

# zivilschutz magazin



Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

## In 23 Sekunden wurde die Stadt zum Trümmerhaufen

Heute: Der Untergang von Messina im Jahre 1908

„Der heftige Erdstoß, der am Morgen des genannten Tages um 5 Uhr 20 Minuten die Bewohner aus dem Schlafe schreckte, begrub ihrer 70000 bis 80000 unter den Trümmern der Häuser, von denen nur wenige unbeschädigt blieben. Das schreckliche Los der lebendig Begrabenen wurde noch dadurch verschlimmert, daß Brände in den Ruinen ausbrachen, während die entkommenen Zuchthäusler und anderes Gesindel zu plündern begannen und Gewalttaten verübten. Da die Vertreter der

des „Meyers Großen Konversationslexikons“, 1909.

Die furchtbare Erdzuckung forderte 80000 Menschenleben, zerstörte den südlichsten Teil Kalabriens und die sizilische Küstenstrecke. Am schlimmsten jedoch wurde die Stadt, die als derzeit schönste und reichste Italiens galt, von dem Erdbeben betroffen. Am 28. Dezember 1908 erlosch das Licht der blühenden Handels- und Hafenstadt Messina mit einem Erdbeben mit Magnitude 7,5.



Behörden, die Beamten, das Personal der Polizei, die Militärmannschaften ebenfalls hingerafft waren, so war in der vernichteten Stadt auch alle Ordnung, Leitung und Hilfstätigkeit mit einem Schlag aufgehoben. Die wenigen Tausende, die verschont geblieben waren, suchten Rettung am Hafen, wo aber gleichzeitig eine gewaltige Sturzwelle, jedenfalls durch die Hebung oder Senkung des Meeresgrundes hervorgerufen, alles fortriß, was auf ihrem Weg lag.“ Dies sind Beschreibungen des schrecklichen Erdbebens von 1908, festgehalten im 21. Band

Es müssen schreckliche Szenen sich in dem Katastrophengebiet abgespielt haben. Ein Schreiber erinnert sich an das Furchtbare: „In panischem Schrecken stürzten die Bewohner halb bekleidet auf die Straßen, während eiskalter Regen auf sie niederprasselte. Wer nicht rechtzeitig hinausstürzte, wurde unter seinem Haus begraben. Hunderte flüchteten sich in die Kirchen, um dort Zuflucht zu finden; sie fanden auch dort ihr Grab unter den einstürzenden Mauern. Aber es wurde noch schlimmer! Nun flammte überall Feuer auf

und setzte Hunderte von Gebäuden in Brand. Da der Regen aufgehört hatte, breitete sich das Feuer mit Windeseile weiter aus. Die Wasserleitungen waren zerstört, es gab keine Möglichkeit, die Brände einzudämmen. Dazu war die ganze Bevölkerung so kopflos geworden, daß niemand daran dachte, zu retten oder zu helfen.“

Da Telefonverbindungen zerstört und Eisenbahnlinien unterbrochen waren, dauerte es volle zwölf Stunden, bis die schrecklichen Ereignisse der Regierung bekannt wurden. Jetzt konnten auch die ersten Anweisungen für Hilfeleistungen erfolgen. Vieles mußte getan werden, und alle Kräfte wurden gebraucht: Die Armee, die Marine, das Deutsche Rote Kreuz, die freiwilligen Hilfsvereine und die fremdländischen Schiffe wetteiferten, Hilfe zu bringen. Dennoch fehlte es in den ersten zwei Wochen der Bevölkerung an Obdach, Kleidung, Wasser und Nahrung. Die Lage der Flüchtlinge wurde durch Regen und Kälte verschlimmert. Um Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen, wurde alle Gewalt in die Hände eines Truppenkommandanten, des Generals Mazza, gelegt. Die Bergung und die Bestattung der vielen Toten und die Erbauung von Baracken für die überlebende Bevölkerung erfolgte durch das Militär.

Auch Kunstschatze wurden bei diesem gewaltigen Erdbeben zerstört. Dazu das „Meyers Große Konversationslexikon“: „Vom Dom, dessen 26 antike monolithische Granitsäulen sämtlich niedergebrochen sind, ist nur die mittlere und ein Teil der südlichen Apsis mit den Mosaikbildern des 14. Jahrhunderts, von seiner buntmarmornen Fassadenbekleidung nur die linke Ecke samt dem Portal erhalten; das rechte und das prachtvolle Mittelportal sind zerstört, das letztere bis auf die ebenfalls aus dem 14. Jahrhundert stammenden skulptierten inneren Wandungen und die thronende Madonna im Giebelfeld.“ Statuen, Brunnen und Kirchen, Denkmäler verschiedener Epochen und unwiederbringlich, wurden ebenfalls von dem Erdbeben zerstört.

80000 Menschen starben infolge des Erdbebens, 300 Ortschaften wurden verwüstet, rund 40000 betrug die Zahl der Verletzten.

# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Februar  
2/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- „Ernst, aber nicht dramatisch“ 8  
Kosmos-Absturz: Katastrophenstab beim Bundesinnenminister trat zweimal zusammen.
- „Ringleitung um Beirut geschlossen“ 10  
Bericht über den vierwöchigen Libanon-Einsatz des Technischen Hilfswerks.
- „Geprüfte Prüfer“ 17  
Der Sonderlehrgang „Prüfer Grundausbildung“ an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.
- „Auf die jeweilige Gefahrenlage sind abgestimmte Reaktionen möglich und vorbereitet“ 23  
Landesregierung Nordrhein-Westfalen berichtet über den Schutz der Bevölkerung bei Ereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle.
- „Die Lagekarte – mikroverfilmt“ 25  
Eine Lösungsmöglichkeit für ein oftmals leidiges Problem.
- „Mit modernem Konzept das alte überholen“ 27  
Neuer BVS-Selbstschutz-Grundlehrgang: weniger Theorie, mehr Praxis.
- „In jeder Hinsicht erfolgreich“ 33  
Jahresbericht der GZS Berlin.
- „Beispielhafter Aufbau einer WD-Leitmeßstelle“ 41
- „Aufgaben und Arbeit der DRK-Leitungsgruppe“ 43
- „ASB-Rettungshundestaffel im Jemen“ 47
- „Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen“ 49
- „MHD beendete Somalia-Einsatz“ 51
- „Präsidium des DFV tagte in Hannover“ 53
- „Wassersportfreunde informierten sich über den DLRG-Wach- und Rettungsdienst“ 60
- „Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Safety first im Brandschutzdienst.



## Umschau

### Explosionsgefahr: Bewohner wurden evakuiert

Mehr als 600 Bewohner aus den Ruhrgebietsstädten Bottrop und Oberhausen mußten nach einem Tankwaggon-Unfall am Rangierbahnhof Osterfeld wegen Explosionsgefahr für mehrere Stunden ihre Häuser räumen. Der mit 40 Tonnen Flüssiggas (Propylen) gefüllte Kesselwagen der Bundesbahn war nachts beim Rangieren auf einem Verladebahnhof an der Grenze beider Städte umgestürzt. Unglücksursache ist vermutlich eine falsche Weichenstellung.

Nach Bekanntwerden des Unglücks wurde von der Polizei und der Feuerwehr ein Katastrophenstab gebildet. Zum Glück bestand nach Meinung des Stabs trotz der hochexplosiven Ladung keine unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung, die nachmittags jedoch im Umkreis von 500 Metern evakuiert wurde. Sie suchte Schutz in Schulen und bei Bekannten, während Spezialtrupps mit der Bergung des umgestürzten Tankwaggons begannen.

Die Spezialtrupps pumpten zunächst die Propylen-Ladung aus dem Kessel, anschließend wurde der Waggon mit Hilfe von Kränen aufs Gleis gesetzt. Diese Arbeit war nach Meinung von Fachleuten schwierig, weil der Waggon bei dem Hebemanöver hätte zurückprallen können und das Gas explodiert wäre.

### „Herbst '82“ in Alzey

Um die volle Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes unter Beweis zu stellen, führte der Landkreis Alzey-Worms die Stabsübung „Herbst '82“ durch. Die Katastrophenschutzübung diente der Aus- und Fortbildung des Personals der Katastrophenschutzleitung, der Mitglieder des KatS-Stabes, der Funk- und Fernmeldezentrale HVB und der TEL Westhofen. Sinn und Zweck der Übung sollte sein, neue Erkenntnisse zu gewinnen, Fehlerquellen aufzuzeigen und bisher nicht bemerkte Mängel zu entdek-

ken. Wie die Kreisverwaltung Alzey-Worms in der Vorbemerkung zu den Übungsunterlagen erklärt, sollte mit der Übung ein positiver Beitrag zur Arbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Alzey-Worms geleistet werden.

Die Leitung der Stabsübung hatten Landrat Klein und Kreisrechtsdirektor Frangel. Die angenommene Lage war eine schon länger anhaltende Schlechtwetterperiode mit Regen und Sturmböen, Nebel, vielen Unfällen mit Verletzten. Die Situation verschärfte sich durch einen Schiffsunfall, bei dem Giftgase ausgetreten waren, durch einen Tanklastzugunfall mit Explosionsgefahr und durch einen weiteren Unfall, durch den radioaktive Substanzen freigesetzt waren. Die öffentliche Wasserversorgung war gefährdet, Strom fiel aus, Verkehrsunfälle, Beunruhigung in der Bevölkerung, Evakuierungsüberlegungen, Hochwasser des Rheins in Worms, Brände von Wohnhäusern, Explosionen – der Stab HVB hatte genug zu tun, um „auf dem Papier“ Herr der Lage zu werden.

Nach vier Stunden wurde die Übung beendet und in der anschließenden Schlußbesprechung festgehalten, daß die Übung ohne größere Probleme verlaufen war.

### MdB Hans Wallow informierte sich an der KSB Ahrweiler

Anläßlich eines Informationsbesuches in seinem Wahlkreis Ahrweiler informierte sich Bundestagsabgeordneter Hans Wallow auch über die Aufgaben der Katastrophenschutzschule des Bundes. In Gesprächen wurde er über den Stand des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie über die Ausbildung der Führungs-



kräfte und des ABC-Dienstes unterrichtet.

Die Probleme der Bediensteten an der KSB trugen die Vertreter des Personalrates vor. Bei einem Rundgang durch die KSB wurden die Ausbildungsmöglichkeiten im Hörsaal und im Gelände praxisnah vorgeführt.

Unser Bild: Fachlehrer Nehr Korn (rechts) erläutert MdB Wallow die Funktion der Heißwasser-Dekontaminationsanlage.

### Staatssekretär Spranger: Keine Schwierigkeiten bei der personellen Bedarfsdeckung

Der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Karl-Heinz Popp, hat in einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, noch einmal die Frage nach dem vorzuziehenden Einsatz von Reservisten der Bundeswehr für Aufgaben der zivilen Verteidigung angesprochen. Popp führte u. a. aus: „So bedarf es meines Erachtens nach einer Regelung über die Modalitäten einer Zusatzausbildung für Reservisten im Zivilschutz, einer konkreten Aufgabenzuweisung, der Abstimmung mit zivilen Stellen bis zu den Gemeinden, der Regelung der dann gültigen fachlichen und disziplinarischen Unterstellungsverhältnisse, um nur einige Probleme anzusprechen.“

Staatssekretär Spranger antwortete dem Abgeordneten am 12. Januar 1983 wie folgt: „Herrn Kollegen Möllemann wurde in einem Schreiben vom 3. Juli 1981 die Sach- und Rechtslage beim Einsatz von Reservisten in der zivilen Verteidigung ausführlich dargelegt.“

Die damaligen Ausführungen gelten unverändert fort.

Ich möchte hier die wesentlichen Punkte nochmals zusammenfassen:

1. Der Deckung des Personalbedarfs der Einheiten und Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes dient § 13a WPflG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 KatSG. Danach werden Wehrpflichtige, die sich mit Zustimmung der zuständigen Behörde auf mindestens 10 Jahre zur Mitarbeit im Zivil- oder Katastrophenschutz verpflichtet haben, vom Wehrdienst freigestellt, solange sie im Zivilschutz/Katastrophenschutz mitwirken. Während dieser Zeit sind sie als Helfer in die Einheiten integriert und erhalten die erforderliche Ausbildung.
2. Für die übrigen Aufgaben der zivilen Verteidigung besteht ein erheblicher zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften. Die

Erfüllung der umfassenden Versorgungsaufgaben für die Bevölkerung stellt vor allem hohe Anforderungen an die private Wirtschaft.

Die Deckung des Personalbedarfs für diesen Bereich wird durch das Arbeitssicherstellungsgesetz gewährleistet. Dieses Gesetz regelt vor allem die Heranziehungsmöglichkeit von Wehrpflichtigen. Es ermöglicht damit auch den Zugriff auf nicht verplante Reservisten der Bundeswehr.

3. Aus vorstehenden Darlegungen ergibt sich, daß es hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen konkreten Fragen wie Zusatzausbildung, Aufgabenzuweisung oder Unterstellungen nicht zu Schwierigkeiten kommen wird.

Für Helfer in Einheiten und Einrichtungen des Zivil-/Katastrophenschutzes folgt dies aus der Tatsache, daß sie in diese klar gegliederten Organisationseinheiten integriert sind. Dort sind Aufgabenzuweisung, Unterstellungsverhältnisse und Ausbildung geregelt.

In den übrigen Bereichen sind diese Fragen unproblematisch, da sie sich mit Zuweisung des konkreten Arbeitsplatzes automatisch beantworten.

4. Bei dieser Sach- und Rechtslage wird einsichtig, daß die für einen Verteidigungsfall getroffenen Vorkehrungen nicht speziell auf das Reservistenpotential der Bundeswehr abstellen können. Sie haben vielmehr die personelle Bedarfsdeckung in ihrer Gesamtheit zu berücksichtigen, wobei die Reservisten der Bundeswehr natürlich eingeschlossen sind."

### **Wechsel im Organisationsreferat des THW**

Seit dem 1. Dezember 1982 ist Norbert Krutzki neuer Leiter des Organisationsreferates (THW 1) der THW-Leitung im Bundesamt für Zivilschutz. Bis zu seiner Ernennung war er stv. Schulleiter der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Bad Neuenahr-Ahrweiler und der Außenstelle in Hoya.

Der Jurist Krutzki trat am 1. August 1973 in die Dienste des Bundesamtes für Zivilschutz. Er war u. a. im Organisationsreferat sowie in den Grundsatzreferaten der Abteilungen Zivilschutz und Katastrophenschutz tätig. Neben der Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen engagierte er sich für die Ausbildung leitender Zivilschutzkräfte. Auch an der Ausarbeitung des Führungskonzepts im Katastrophenschutz war Krutzki beteiligt. Im Oktober 1980 wurde er zur KSB versetzt.



Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist Regierungsdirektor Krutzki wohlvertraut. Krutzki ist THW-Helfer im OV Ahrweiler, als Gründungsmitglied und Beigeordneter gehört er dem Landesvorstand der THW-Helfervereinigung von Rheinland-Pfalz an.

### **Bundesverdienstkreuz für Verleger Rolf Osang**

Der Oberbürgermeister der Bundeshauptstadt Bonn, Dr. Hans Daniels, überreichte am 17. Januar 1983 im Alten Rathaus dem Bonner Verleger Rolf Osang das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Dr. Daniels würdigte dabei in Anwesenheit hoher Repräsentanten der verschiedenen Bundesbehörden die Verdienste des Verlegers Osang um die zivile Verteidigung, den Zivil- und Katastrophenschutz sowie den Selbstschutz.

Der Oberbürgermeister führte u. a. aus: „Herr Rolf Osang hat sich durch sein langjähriges persönliches und berufliches Engagement als freiberuflicher Journalist, Chefredakteur und Verlagsleiter in verschiedenen großen Verlagsunternehmen sowie seit 1962 als selbständiger Verleger um die Erhaltung der demokratischen Grundordnung der Bun-

desrepublik Deutschland besondere Verdienste erworben.

Herr Osang arbeitet im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr intensiv mit dem Bundesministerium der Verteidigung zusammen und hat eine ungewöhnliche Bereitschaft gezeigt, als Staatsbürger Beiträge zur politischen Bildung, namentlich zur Vertretung der sicherheitspolitischen Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den jüngeren Staatsbürgern zu leisten.

Herr Osang hat sich insbesondere in ungewöhnlich hohem Maße für die Belange des humanitären Zivilschutzes eingesetzt und insoweit als Verleger oftmals finanzielle Risiken auf sich genommen, die nur mit seinem ideellen Engagement zu erklären sind. Seit 1970 gibt er die Zeitschrift ‚Zivilverteidigung‘ heraus.

Diese Fachzeitschrift findet inzwischen große Beachtung, da sie dank regelmäßiger Beiträge von bekannten Autoren dem staatlich und gesellschaftlich so wichtigen humanitären Anliegen des Schutzes der Zivilbevölkerung in kritischer, wissenschaftlich unanfechtbarer Weise ein Forum der Kommunikation eröffnet.

Darüber hinaus hat er sich im sozialen Bereich durch sein journalistisches Wirken und persönliches Eintreten für die Ziele des von den humanitären Hilfsorganisationen getragenen Katastrophenschutzes sowie durch seine publizistische Förderung des Selbstschutzes der Bevölkerung hervorgetan."

Unser Foto zeigt nach der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes (von links): Verleger Osang, Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern, Direktor Schuch, Bundesverband für den Selbstschutz, Präsident Dr. Dr. Eichstädt, Akademie für zivile Verteidigung, und Präsident Dr. Kolb, Bundesamt für Zivilschutz.

(Foto: Hilberath)



## „Programm der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit 1983–1986“

„Das Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung mit politischen Initiativen und administrativen Anstrengungen zu verbessern, wurde bisher nur bedingt erreicht“, erklärte der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, vor der Presse in Bonn. Dies gelte insbesondere für die großen „Volkskrankheiten“ unserer Zeit, die Herz-Kreislauf-Krankheiten, den Krebs, rheumatische und psychische Krankheiten, die am häufigsten zu Tod, Invalidität oder Arbeitsunfähigkeit führen.

„Vor diesem Hintergrund liegt es nahe zu fragen, ob wir mit den Möglichkeiten, die Forschung und Technik bieten, einen Beitrag leisten können, hier endlich einen spürbaren Schritt voranzukommen“, erklärte der Bundesforschungsminister bei der Vorstellung des vom Kabinett verabschiedeten Programms „Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“. Das Programm mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von ca. 100 Millionen DM soll der medizinischen Forschung, die vorwiegend in den Hochschulkliniken ihren Ort hat, in ausgewählten Bereichen neue Impulse geben. Die Forschungsarbeiten des Programms zur Verhütung, zur Früherkennung, zur Diagnose und zur Krankheitsbehandlung (z. B. die Entwicklung neuer Blutreinigungsverfahren und neuer bildgebender Diagnoseverfahren) sind in erster Linie auf die bereits genannten vier Krankheiten ausgerichtet. Das Programm soll aber ferner Anreize vermitteln, die Möglichkeiten der Medizintechnik weiterzuentwickeln, um die Versorgung der Patienten zu verbessern und bisher noch unvermeidbare körperliche Belastungen bei Diagnose und Therapie zu vermindern.

Minister Dr. Riesenhuber betonte, daß es Grundsatz der staatlichen Förderung der neuen Bundesregierung sei, selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Handeln dem einzelnen und der Familie gerade in Fragen von Gesundheit und Krankheit nicht vom Staat oder von anonymen Organisationen abnehmen zu lassen. Das Programm der Bundesregierung zeichne sich durch ein ausgewogenes Zusammenspiel von Subsidiarität, Solidarität und Selbsthilfe aus. Riesenhuber hofft, daß damit auch ein Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit der Bürger und zur Eindämmung der Kostenlawine geleistet wird.

## 64 Opfer bei Brand in Turiner Kino

Mindestens 64 Todesopfer forderte am Sonntag, dem 13. Februar 1983, ein Großbrand in einem Kino der norditalienischen Millionenstadt Turin. Unmittelbar nachdem im Kinosaal sich Brandgeruch verbreitete, stürzten die Besucher in Panik zu den Ausgängen; zunächst blieb unklar, wie viele der insgesamt etwa 500 Besucher bei dem Brand erstickt waren oder bei der Flucht aus dem Saal erdrückt wurden.

Das Feuer brach, wie jetzt festgestellt

wurde, durch einen Kurzschluß in einem Korridor hinter dem ersten Rang des Lichtspielhauses aus. Hier gab es auch nach den Ermittlungen der Polizei die meisten Opfer unter den überwiegend jugendlichen Besuchern.

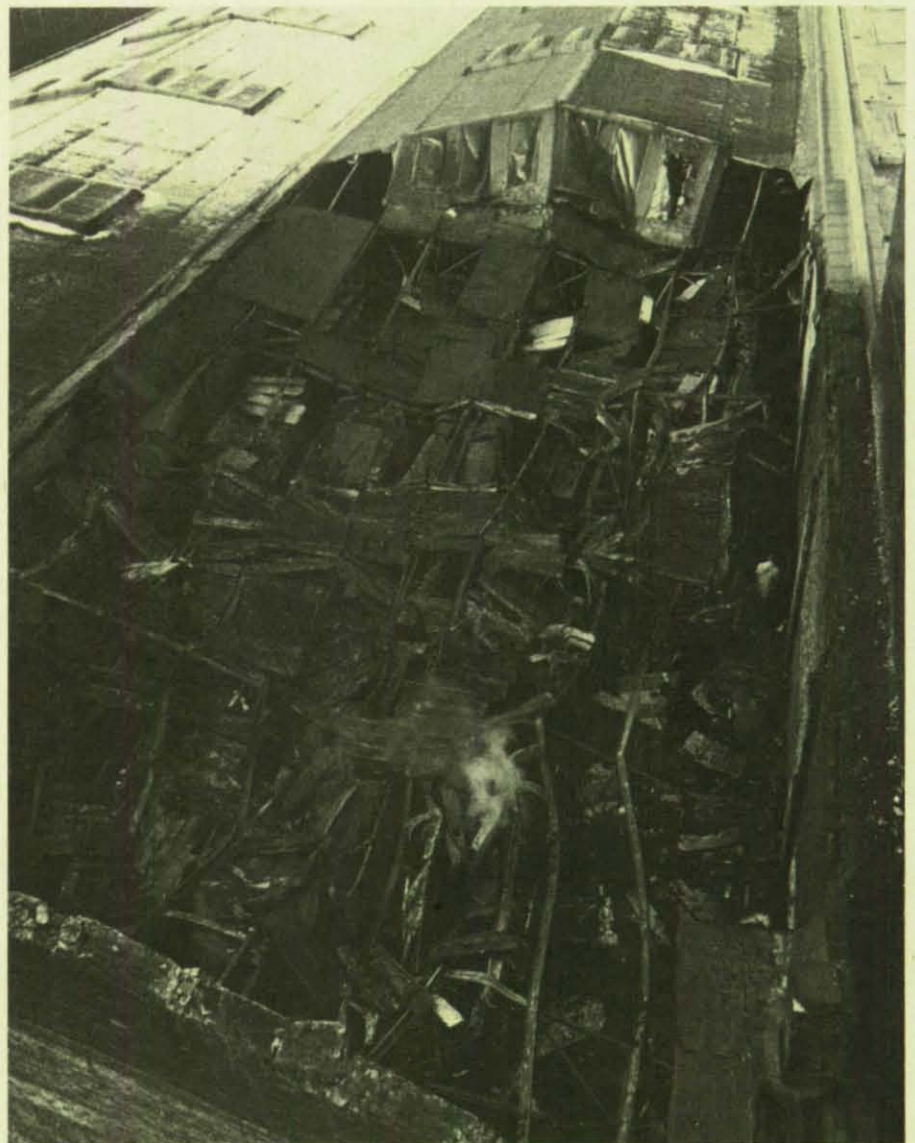
Als Konsequenz aus dieser Brandkatastrophe wurden in ganz Italien zahlreiche Kinos auf ihre Sicherheit hin überprüft; allein in Turin mußten in den Tagen nach dem Brand elf Lichtspielhäuser ihren Betrieb zunächst einstellen.

## Großbrand in Duisburg zerstörte Straßenbahn-Depot

Ein Großfeuer hat in der Nacht zum Mittwoch, 16. Februar 1983, Teile eines Straßenbahn-Depots der Duisburger Verkehrsgesellschaft zerstört. Der Brand war kurz nach 3.00 Uhr in der mittleren von drei Hallen ausgebrochen. Während fünf Straßenbahnzüge ausbrannten, konnte die Feuerwehr noch drei Züge aus der brennenden Halle ziehen. Die

Feuerwehrlleute mußten unter schwerem Atemschutz arbeiten, weil brennende Kunststoffteile in den Straßenbahnzügen giftige Schwaden verursachten. Der Schaden des Großbrandes beträgt nach ersten Schätzungen etwa 20 Millionen DM.

Unser dpa-Bild zeigt einen Blick auf das Dach der Halle, die teilweise einstürzte.



## ASB Köln: Computer steuert Behindertenfahrten

„Einsatzoptimierung“ ist das Ziel eines großangelegten Projekts, das der Ortsverband Köln des Arbeiter-Samariter-Bundes kurz vor Jahresende der Öffentlichkeit vorstellte: In der Leitstelle des ASB wurde ein Bildschirm-Computer installiert, der die jährlich knapp 10000 Behindertenfahrten – insgesamt über 175000 Kilometer – besser den Bedürfnissen der Behinderten und des Trägers des Dienstes anpassen soll. Angemeldete Fahrwünsche können per Computer schneller und wirtschaftlicher geplant werden. Ein besonderer Aspekt der neuen Anlage: Es entstanden zwei Dauerarbeitsplätze für Schwerbehinderte, die den Computer bedienen. Die bisher in der Bundesrepublik einzigartige Einrichtung wurde nicht zuletzt ermöglicht durch einen sechsstelligen Zuschuß der Hauptfürsorgestelle beim Landschaftsverband Rheinland.

In dem sogenannten Programmpaket „Einsatzoptimierung“ für den Computer sind alle Daten über die Transportmittel des ASB Köln hinsichtlich ihrer besonderen Beförderungsleistung, der Fahrgäste, der Art ihrer Behinderung mit den erforderlichen Hilfsmitteln, Personal- und Zeitaufwand, der Fahrstrecken im Stadtgebiet Köln und der Standorte der Fahrzeuge einschließlich der Funkrufnummer enthalten.

Rund 800 behinderte Mitbürger sind in Köln berechtigt, monatlich bis zu zehn Fahrten in Anspruch nehmen zu können. Die angemeldeten Fahrwünsche werden jetzt im Hinblick auf Tageszeit, Fahrstrecke, Verkehrsdichte, Abfahrts- und Zielort registriert; mehrere Fahrten können je nach Situation zusammengelagt und von einem Fahrzeug durchgeführt werden. Dadurch soll die Zahl der Einzelfahrten, damit die gefahrenen Kilometer verringert und letztlich auch der Kraftstoffverbrauch – also die Kosten – gesenkt werden.

Die Übergabe der computergesteuerten Leitstelle beging der ASB mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Soziale Innovation durch Informationstechnik“. Als Vorsitzender des ASB Köln begleitete der Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger die Inbetriebnahme mit den Worten: „Behinderte helfen Behinderten mit Hilfe der Technik.“ Fachleute schilderten in kurzen Ansprachen die Funktion und Arbeitsweise der neuen Anlage und die Aufgaben des ASB im Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungswesen. Das Angebot des ASB, menschliche Notlagen zu lindern, werde durch die durchdachte Informationstechnik individuell ausgerichtet und wirtschaftlich rationalisiert.

In die Zukunft gerichtet ist die Überlegung, auch den gesamten Katastrophenschutz-Alarmplan einzuprogrammieren, also auch Katastrophenschutz-Einsätze und -Übungen durch den Computer zu optimieren. Immerhin verfügt der ASB Köln über 500 Helfer in elf Einheiten mit 17 Fahrzeugen speziell für den Zivil- und Katastrophenschutz.

Denkbar ist etwa eine Helfer-Datei, die über den jeweiligen Ausbildungsstand und damit über den Einsatzwert aller Kräfte Auskunft gibt. Zur schnelleren Alarmierung und zur Straffung der Transporte käme noch eine „automatische“ Steuerung der bestmöglichen Hilfeleistung hinzu. Fachleute wissen dies zu schätzen, denn die umständlichen Rückfrage- und Antwort-Meldevorgänge, die häufig die Funknetze und damit die Kommunikation blockieren, könnten weitgehend entfallen.

## Stuttgart: Behördenselbstschutz für den Notfall gerüstet

Das Amt für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart hat, beginnend im Jahr 1965, den Behördenselbstschutz voll aufgestellt, ausgestattet und ausgebildet. An insgesamt 934 Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätslehrgängen nah-

men bis heute 15277 Teilnehmer aus allen Bereichen der Stadtverwaltung teil. 63 Ämter wurden im Laufe der Zeit mit der vorgeschriebenen Selbstschutz-Ausstattung versehen. Dafür hat die Stadt 1075000 DM aufgewendet.

Trotz der naturgemäß erheblichen Personalfuktuation innerhalb der Verwaltung sind im Behördenselbstschutz 201 Selbstschutzleiter, 178 Stellvertreter und 796 Einsatzkräfte verpflichtet und nahezu vollständig ausgebildet worden. Allein im Jahr 1982 wurden 1192 Mitarbeiter der Stadtverwaltung in 57 Grundlehrgängen, Fachlehrgängen, Fortbildungslehrgängen und 23 Übungen, bei deren Durchführung sich das Amt für Zivilschutz des Bundesverbandes für den Selbstschutz und des Deutschen Roten Kreuzes bediente, aus- und weitergebildet.

An den Fachlehrgängen nahmen auch 204 Bedienstete von Landes- und Bundesbehörden sowie 69 Angehörige in Stuttgart angesiedelter Betriebe teil. Das Amt für Zivilschutz unterstützt den Betrieblichen Katastrophenschutz (BKO) seit Jahren erfolgreich durch Maßnahmen wie Aufklärung von Firmen und Betrieben, Hilfe bei der Erstellung von Werksanalysen und bei Maßnahmen zur Beseitigung von möglichen Schadensschwerpunkten.

## Luxus-Bad abgebrannt: 60 Millionen DM Schaden

Eine der schönsten und aufwendigsten Thermalbadeanlagen der Bundesrepublik, die „Taunus-Therme“ in Bad Homburg, wurde in der Nacht zum 12. Februar 1983 ein Raub der Flammen: Das

mit zahlreichen Freizeiteinrichtungen, Läden, Restaurants und Bars ausgestattete Luxus-Bad brannte völlig aus. Der Sachschaden wird auf rund 60 Millionen DM geschätzt. (Foto: dpa)



## Neun Kriege bis zum Jahr 2000?

Mit neun Kriegen muß bis zum Jahr 2000 auf der Erde gerechnet werden. Davon sollen sechs Kriege auf zwei Staaten begrenzt bleiben und in drei bis vier Kriege mindestens drei Staaten verwickelt sein. Die kriegerische Auseinandersetzung mit atomaren Waffen gilt als „sehr wahrscheinlich“ zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie zwischen Indien und Pakistan, als „eher wahrscheinlich“ zwischen der UdSSR und China, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, und zwar sowohl als regional begrenzter Einsatz als auch global, und zwischen den USA und der UdSSR als regional begrenzter Konflikt. Der globale atomare Krieg zwischen USA und UdSSR ist „am wenigsten wahrscheinlich“, ebenso wie Nuklearkriege zwischen afrikanischen Staaten und zwischen China und Indien. Dies geht aus neueren amerikanischen Veröffentlichungen zum Thema „Kriegsgefahr“ hervor.

Während die zuletzt genannten Prognosen über mögliche Atomkriege durch die „Delphi-Technik“ zustande kamen, eine dem griechischen Orakel nicht unähnliche Schätzung, in diesem Fall von 32 Experten aus Politik, Militär und Wissenschaft, handelt es sich bei den ersteren Aussagen um Resultate der neueren Kriegsursachen- und Friedensforschung. Sie sind Ergebnis der Studie „Militärische Konfrontationen und die Eskalation zum Krieg 1900 bis 2000“ von Wolf-Dieter Eberwein, die im Auftrag des Wissenschaftszentrums Berlin am dortigen Internationalen Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung erstellt worden ist. Die Zusammenfassung der Ergebnisse ist jetzt unter dem Titel „Kriegsgefahr? Eine Prognose bis zum Jahre 2000“ erschienen.

Die Studie war Teil eines Projekts „Globale Sicherheitsprobleme in den nächsten Jahrzehnten“ und ging von der Grundannahme aus, daß die Zukunft der Menschheit in erster Linie durch das politische Verhalten, besser: Fehlverhalten, der Staaten und ihrer Bevölkerungen gefährdet sei, erst in zweiter Linie durch ökonomische oder ökologische Faktoren. Der Autor stützte sich bei seiner Arbeit auf die erste umfassende Datenbank über Kriegsursachen des amerikanischen Professors J. David Singer an der University of Michigan in Ann Arbor, die er als erster deutscher Forscher analysieren konnte. Einige Aussagen nach den dort gesammelten Daten: Im Zeitraum 1900 bis 1976 gab es weltweit 634 militärische Konflikte (ohne die beiden Weltkriege), davon eskalierten 42

zum Krieg, das sind 6,6 Prozent. Rechnet man auf dieser Basis bis zum Jahr 2000 hoch, kommen die eingangs zitierten Voraussagen zustande, wobei Abweichungen mitgedacht sind.

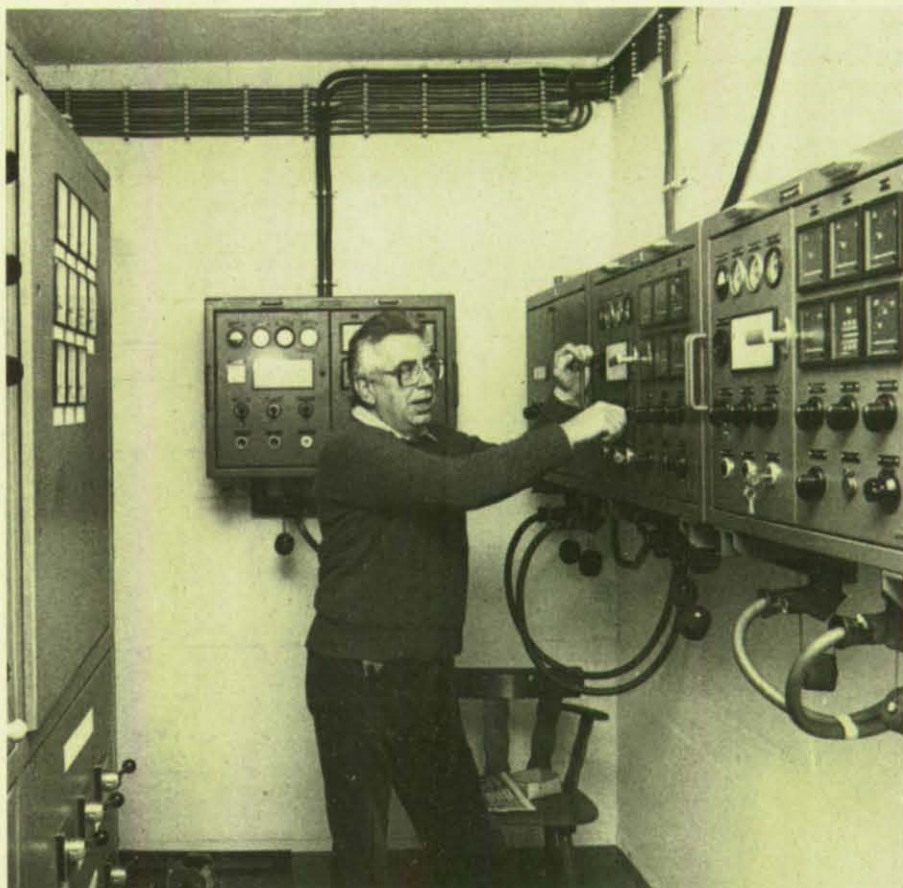
## HKH Bentheim für 60 Patienten

Innerhalb von 48 Stunden betriebsbereit ist das unterirdische Hilfskrankenhaus, das unter dem Kurzentrum von Bad Bentheim für die Versorgung von 60 Pa-

tienten eingerichtet wurde; 600 Personen können in den oberirdischen Gebäuden untergebracht werden. Das Bentheimer Hilfskrankenhaus wurde 1973 mit einem Finanzaufwand von rund 2,2 Millionen DM gebaut; die jährliche Unterhaltung der Anlage erfordert bis zu 30000 DM.

Unser Foto zeigt die „Schaltzentrale“ des Hilfskrankenhauses, die Bedienungselemente der Notstromanlage.

Foto: Bulla



## Neue BVS-Broschüre „Der Selbstschutz in Behörden“

Die soeben vom Bundesverband für den Selbstschutz herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Der Selbstschutz in Behörden“ gibt auf 136 Seiten auf der Grundlage der vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebenen Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden einen Überblick über diesen speziellen Bereich des Selbstschutzes. Die Publikation wendet sich an die Leiter der Behörden, Verwaltungen und Dienststellen auf allen Ebenen, die für den behördlichen Selbstschutz verantwortlich sind; ebenso an die Mitarbeiter in diesen Einrichtungen, die den Aufbau des Behördenselbstschutzes durchführen sollen, sowie an die Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden.

Es ist Auftrag des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die Behörden auch beim Aufbau ihres Selbstschutzes zu unterstützen. Insoweit zeigt diese neue Broschüre gleichzeitig das Ausbildungsangebot des BVS für Behörden auf.

Selbstschutz der Bevölkerung, Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten, in Behörden, Bedeutung und Aufgaben des Behördenselbstschutzes, der BVS, Unterstützung der Behörden durch den BVS und die Ausbildung der Führungs- und Einsatzkräfte werden kurz erläutert, dann geht es in der Broschüre weiter mit den Lehrstoffplänen für die Ausbildung des Behördenselbstschutzes. Es schließen sich an die Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden nach § 17 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes vom 11. Mai 1971.



## **Mysteriöser „Rundfunksender“ sprach von Trinkwasser-verseuchung**

Einen üblen Scherz erlaubten sich Unbekannte, die im Kölner Stadtgebiet vereinzelt Unsicherheiten hervorriefen, durch eine mysteriöse Rundfunksendung: Auf der Frequenz 94,8 Megahertz, auf der in Köln das dritte Rundfunkprogramm des Südwestfunks (SWF) zu empfangen ist, verbreitete ein Pirsensender unter anderem, das Kölner Trinkwasser sei verseucht. Die Polizei ermittelt gegen die unbekanntes Urheber und Verbreiter der Panik-Meldung wegen Verstoßes gegen das Fernmeldeanlagengesetz.

Am Montag, 21. Februar, gegen 10.15 Uhr, meldete eine Frauenstimme, bei einer „Umweltkatastrophe größeren Ausmaßes“ seien im Raume Köln Trinkwasser und Wälder verseucht worden. Weiteres dazu könne die Bevölkerung um 11.00 Uhr auf der Frequenz 101 Megahertz hören.

Viele besorgte Kölner wollten sich bei der Polizei und bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken (GEW) erkundigen, was es mit der Verseuchung auf sich habe. Die GEW bezeichneten die Rundfunksendung als „Falschmeldung und kriminelle Aktion von Amateuren“. Von einer Beeinträchtigung der Wasserqualität war nichts bekannt. Nach Rücksprache mit dem Südwestfunk erfuhr man, daß dieser eine solche Meldung gar nicht verbreitet hatte.

Das Unternehmen schaltete die Post ein, und kurz darauf gingen deren Peilfahrzeuge auf die Suche nach dem mysteriösen Sender. Um 11.00 Uhr meldete sich der Sender nicht wieder, der SWF und auch der Westdeutsche Rundfunk dementierten die Meldung, daß Kölns Trinkwasser verseucht sei. Ob man den Urhebern der fragwürdigen Aktion je auf die Spur kommen wird, ist fraglich.

Wenn es tatsächlich zu einer Trinkwasser-verseuchung kommen würde, würde ein auf- und abschwellender Heulton der Sirenen den Bürgern signalisieren: „Rundfunkgerät einschalten und auf Durchsagen achten.“

## **Modellversuch mit dem Haus-Notruf in Frankfurt**

Seit einem halben Jahr läuft in Frankfurt ein Modellversuch, den die Stadt als erste Großstadt der Bundesrepublik gestartet hat: den Haus-Notruf für alleinstehende, alte Menschen. Ein Kunststoffkästchen, klein wie eine Zigarettenschachtel, tragen die Versuchsteilnehmer

an einer Kordel um den Hals. Voraussetzung für die Montage des Haus-Notrufes ist ein Telefonanschluß, weil die Verbindung zwischen Altenwohnung und Zentrale über Telefonleitung läuft. Mit dem Telefon gekoppelt wird eine Teilnehmerstation, die Notruftaste, Mikrofon und Lautsprecher enthält. Die Zentrale in Frankfurt ist mit einem Monitor ausgestattet, auf dem – sobald der Notruf eingegangen ist – automatisch persönliche Daten des Teilnehmers erscheinen: Name, Anschrift, Alter, Krankheiten, Medikamente, behandelnder Arzt, Nachbarn. Inzwischen sind 150 Teilnehmer an den Haus-Notruf angeschlossen. In der Zentrale arbeiten fünf Helfer (Krankenschwestern, Pfleger, Sozialarbeiter).

Für jeden Notruf-Kandidaten wird in Frankfurt zunächst einmal jemand gesucht, der bereit ist, in Notfällen Nachbarschaftshilfe zu leisten. Bis auf eine Ausnahme wurden bislang immer hilfsbereite Nachbarn gefunden.

## **Fundsachen**

Ein Autofahrer hat die Polizisten in einer Autobahnwache bei Düsseldorf in Schrecken versetzt: Der Mann war mit seinem Wagen auf der Autobahn von Leverkusen nach Düsseldorf ins Schleudern geraten; das Fahrzeug geriet über

die Leitplanke vor der Polizeistation und landete schließlich zwischen dem Funkmast und dem Gebäude. Bei dem Unfall löste sich ein Rad des Autos und schoß durch eines der Fenster der Polizeistation in ein Büro.

Der Autofahrer habe leichte Verletzungen davongetragen, hieß es danach im Polizeibericht.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Ein 25 Jahre alter Amerikaner wurde in der texanischen Stadt Houston zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich eine Magenoperation „erschlichen“ hatte. Er war unter dem Namen eines Freundes, der – anders als er selbst – bei einer Krankenkasse eine Versicherung hatte, in ein Hospital gegangen, um sich ein Geschwür entfernen zu lassen. Der Schwindel flog auf, als Freunde ihn besuchten.

(Agence France Press)

In einem atombombensicheren Bunker kann man bei einem Gastwirt in Arcey bei Belfort (Ostfrankreich) essen. Ein Besucher schrieb ins Gästebuch: „Noch nie habe ich mit einer solchen Gänsehaut wie hier eine Gänsebrust mit Beilagen verspeist.“

(Darmstädter Echo)

## **STELLENAUSSCHREIBUNG**

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist in nächster Zeit die Stelle des

### **Leiters der BVS-Landesstelle Hamburg in Hamburg**

neu zu besetzen.

Von dem Stelleninhaber werden Führungseigenschaften, organisatorische Fähigkeiten, Durchsetzungsvermögen und allgemeine Verwaltungserfahrung verlangt.

Zu seinen Aufgaben gehört die Kontaktaufnahme und die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Innensenator, mit Parteien, Organisationen und Massenmedien. Es werden daher auch Kontaktfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick vorausgesetzt.

Wenn Sie glauben, diesen vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein, und möglichst über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz verfügen, dann sollten Sie sich bewerben.

Geboten werden eine Vergütung bis Vergütungsgruppe III BAT sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen sind mit allen erforderlichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) bis zum **31. März 1983** an den

### **Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Str. 74, 5000 Köln 41**

zu richten.

Ein Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei hauptamtlichen Mitarbeitern des Verbandes genügt formlose Bewerbung.

Dorothee Boeken

Katastrophenstab beim Bundesminister des Innern trat zweimal zusammen

## Ernst, aber nicht dramatisch

Kosmos-1402-Absturz ohne direkte Gefahr für die Bundesrepublik

„Atom-Satellit: Welt im Alarm“ oder „Atom-Satellit – Explosion am 23.“ und gar Fotos der „näherückenden Atomtonne“ – solche Schlagzeilen füllten einschlägige Boulevard-Blätter seit Tagen. Der Hintergrund war zwar ernst, aber nicht dramatisch: Denn die Aussicht, daß Teile des 2,7 Tonnen schweren sowjetischen Kosmos-1402-Satelliten auf die Bundesrepublik niedergehen würden, war „äußerst gering“. Dies bestätigt Ministerialrat Dr. Ewald Andrews, Leiter des Referates „Katastrophenschutz“ im Bundesministerium des Innern. Dr. Andrews muß es wissen: Als Stellvertreter von Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im BMI, führte er mit ihm den in Bonn gebildeten „Krisenstab“, den er allerdings lieber als „interministerielles Beratungsgremium“ verstehen möchte.

Schon am 6. Januar wurden erste Maßnahmen in Bonn getroffen, um sich mit dem zu erwartenden Niedergang des am 30. August 1982 gestarteten, mit einem Kernreaktor ausgestatteten Satelliten zu befassen. Dr. Andrews: „Natürlich war es ein Ernstfall, und wir mußten dafür sorgen, daß die Beunruhigung aus der Bevölkerung ferngehalten wurde. Da aber ein Niedergang des Satelliten in der Bundesrepublik kaum zu erwarten war, konnten während der Arbeit des Beratungsgremiums die Konzentration und die Energie auf Fragen und Punkte gelenkt werden, die übungs-mäßig von Bedeutung sind.“

### Kontakte auch zu den Nachbarländern

Nach einer ersten hausinternen Besprechung, an der auch Vertreter der Abteilung „Reaktorsicherheit“ teilgenommen hatten, wurde Kontakt zum Auswärtigen Amt aufgenommen, um Informationen aus den USA über den außer Kontrolle geratenen Satelliten zu erhalten. Auch bei den Nachbarländern England, Frankreich und Italien wurde nachgefragt, wie und in welcher Form dort Vorsorge für einen Ernstfall getroffen wurde. Dr. Andrews: „Schweden, Österreich, Dänemark, die Schweiz, Belgien und sogar die Volksrepublik China haben uns gebeten, ihnen Informationen über unsere Erkenntnisse und unser Tun zu geben.“



Kosmos 1402: Der „Blätterwald“ war gefüllt mit Schlagzeilen.

In Ressortbesprechungen im Innenministerium wurde dann erörtert, wie das weitere Verfahren in zeitlicher und finanzieller Hinsicht geplant werden sollte. Das Ergebnis war, daß jedes Ressort die bei ihm entstandenen Kosten selbst übernehmen sollte. Ein Schreiben des Bundesinnenministers vom 25. Oktober 1982 sieht die Regelung der Finanzen vor. So liegt die Verantwortung bei friedensmäßigen Katastrophen bei den Ländern. „Aber schon 1978 bei dem Satelliten Kosmos 954 und bei Skylab hat der Bund den Ländern geholfen, vernünftige Vorsorge und Abwehrmaßnahmen zu treffen“, erklärte Dr. Andrews. Schließlich seien Kontakte des Bundes zu anderen Staaten und Forschungsanlagen vorhanden, und „im Luftverkehr besteht eine gewisse Eigenständigkeit des Bundes“.

### „Zurückhaltend“ bei der Informationsvermittlung

Das Bundesinnenministerium hat bei Kosmos 1402 die zentrale Steuerung der Informationen übernommen, um die Beunruhigung aus der Bevölkerung fernzuhalten.

„Mit dieser Regelung waren die Länder einverstanden“, so Dr. Andrews gegenüber dem Zivilschutz-Magazin. „Zurückhaltend“ hat man sich im BMI auch bei der Informationsvermittlung im Vorfeld verhalten. Um Spekulationen auszusräumen, wurden die Medien (Hörfunk und Fernsehen) zu einem Pressegespräch eingeladen, in dem eine offizielle Erklärung des Bundesinnenministers zur Lage abgegeben wurde.

### Fachliche und politische Abstimmung

Der Katastrophenstab beim Bundesminister des Innern, der auch bei der Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein zur Jahreswende 1978/79 als interministerielles Beratungsgremium zusammengekommen war, traf sich am Tag des vorauszusehenden Niedergangs von Kosmos 1402, um sich fachlich und politisch auf Referats- und Abteilungsebene abzustimmen. „Die Zusammensetzung des Gremiums“, so Dr. Andrews, „erfolgt je nach Bedarf an Sachverstand. Am Sonntag, 23. Januar, trafen sich Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Ministerien für Verteidigung, Post,

Verkehr, des Innern, für Forschung und Technologie sowie des Forschungsinstitutes für Hochfrequenzphysik Wachtberg."

Vorsorglich wurde eine feste Verbindung zur Großradaranlage Wachtberg bei Bonn und zum Großrechner hergestellt. In den beiden Einrichtungen wurde der Satellit erfaßt, die Daten wurden übermittelt und umgesetzt in die Absturzprognose. So waren die Mitglieder des Gremiums laufend informiert über die jeweilige Situation.

### **ABC-Züge und Spürhubschrauber standen bereit**

Im Vorfeld waren in den Ressortbesprechungen die Fragen erörtert worden, was konkret im „Fall des Falles“ geschehen sollte, wenn die Länder Hilfe anfordern würden. Für diesen Zweck standen dem Bund, der für den erweiterten Katastrophenschutz zuständig ist, 244 ABC-Züge zur Verfügung. „Auf dieses Potential kön-

nen die Länder zurückgreifen“, erläuterte Dr. Andrews.

Falls es zu einer Verteilung von Radioaktivität über bundesdeutschem Gebiet gekommen wäre, wäre ein großflächiges Absuchen erforderlich gewesen. Für diesen Fall hatte die Bundeswehr drei und ein privates Forschungsunternehmen einen Hubschrauber zur Verfügung gestellt. Für diese Hubschrauber wurde 1978 eine spezielle „Spürausrüstung“ angeschafft, weil nach dem Kosmos-954-Absturz in Kanada befürchtet werden mußte, daß ähnliches auch in der Bundesrepublik passieren könnte. „Auch die Amerikaner haben sich angeboten, im Katastrophenfall zu helfen“, so Dr. Andrews. Darüber hinaus hatte die Bundeswehr ABC-Abweereinheiten bereitgestellt, um bei einer eventuellen Bergung des Materials zu helfen. Auch der kerntechnische Hilfsdienst in Karlsruhe wurde von der Bundesregierung vorab informiert.

### **Ein zweites Zusammentreffen des Stabes**

Nachdem der Hauptteil des außer Kontrolle geratenen Raumkörpers am 23. Januar in den Indischen Ozean gestürzt war, mußte am 7. Februar der Katastrophenstab beim Bundesminister des Innern erneut zusammentreten: Der Absturz des Reaktorteils des sowjetischen Aufklärungssatelliten „Kosmos“ wurde erwartet. Die Experten vermuteten, daß dieser Satellitenrest beim Eintreten in die Erdatmosphäre verglühen würde.

Am frühen Morgen hielt der „Krisenstab“ die Stellung, und auch die Lagezentren der Länder waren in Bereitschaft. Als kurz nach Mittag die Meldung kam, der Flugkörper werde nicht mehr geortet, sah der Stab „seine Aufgabe als beendet“ – so Dr. Andrews. Die Bundesländer und Institute und auch das Ausland wurden informiert. Die Gefahr war vorbei.

## **Buschfeuer in Australien forderte bereits 80 Tote**

Bei der größten Buschfeuer-Katastrophe in der Geschichte des australischen Kontinents sind nach Angaben der Behörden bis Mitte Februar 80 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 100 Personen wurden mit schweren Brandverletzungen in Krankenhäuser eingeliefert.

Große Gebiete Süd- und Südostaustraliens stehen in Flammen, im Bundesstaat Victoria wurden bislang sieben Ortschaften eingeeäschert, in der Umgebung von Melbourne vernichtete die Feuerwalze mehr als 2000 Häuser. Während die verheerenden Brände im Nachbarstaat Südaustralien unter Kontrolle gebracht werden konnten, wütete das Feuer in Victoria weiter; 10000 Helfer sind im Einsatz, um den Flächenbrand einzudämmen. Die Polizei befürcht-

et, daß sich die Zahl der Toten noch erhöhen kann, da man bisher zu vielen abgelegenen Farmen noch nicht vordringen konnte. Zur Zeit herrscht in Australien eine große Dürre, bei Temperaturen um 40 Grad und kräftigem Wind frißt sich das Feuer mit großer Geschwindigkeit weiter.

Der australische Ministerpräsident Frazer unterbrach angesichts der Katastrophe eine Wahlkampfreise und erklärte nach einem Flug über die verbrannten Gebiete, dies sei die schlimmste Buschfeuer-Tragödie in der Geschichte seines Landes. Mehr als 120000 Hektar sind abgebrannt, 13000 Schafe und 6000 Rinder kamen in den Flammen um. Während es in Australien jährlich etwa 600 Buschfeuer gibt, die durch Selbstentzündung entstehen, ver-

mutet die Polizei diesmal, daß Brandstiftung vorliegt.

Zu unserem Bild: In der ausgebrannten Ortschaft Cockatoo fanden die Retter über 120 Personen, die das Inferno im örtlichen Kindergarten überlebt haben. In nasse Decken gehüllt, konnten die Frauen, Männer und Kinder überleben, weil das Feuer als einziges Gebäude den Kindergarten wie ein Wunder verschonte. Nahe des Ortes kamen jedoch zwölf Feuerwehrmänner ums Leben, nachdem sie von den Flammen eingeschlossen worden waren; sie suchten Schutz unter ihren beiden Feuerwehrfahrzeugen (Bild), die jedoch völlig ausbrannten.

(Foto: dpa)





Jürgen Delle

Fotos: Horst-Peter Müller,  
Johann Schwepfinger und Jürgen Delle

Am Ende des vierwöchigen  
Libanon-Einsatzes des THW hieß es:

## „Ringleitung um Beirut geschlossen“

75 THW-Angehörige mit zwölf  
Einsatzfahrzeugen leisteten humanitäre Hilfe  
für die libanesische Hauptstadt Beirut –  
In fast allen Stadtteilen gibt es wieder  
rund um die Uhr Trinkwasser

75 THW-Angehörige waren vom 22. Oktober bis zum 18. November 1982 in Beirut eingesetzt, um die Wasserversorgung der libanesischen Hauptstadt instand zu setzen. Mit zwölf Einsatzfahrzeugen, einem Führungsfahrzeug, einer Netzersatzanlage 58 kVA und einem Feldkochherd (Anhänger) sowie der STAN-Ausstattung und speziellem technischem Gerät ging es über Ravenna auf dem Seeweg nach Beirut. In der Bundesrepublik Deutschland beschafftes Material für die Instandsetzung der Wasserversorgung wurde ebenfalls mitgeführt.

Der Einsatz in Zahlen: 8171 Einsatzstunden erbrachten die Helfer an den Baustellen in Beirut; 15675 Gesamtstunden Aufenthalt im Libanon wurden errechnet; mit allen Fahrzeugtransporten nach und von Ravenna sind 21 000 Helferstunden aufgewandt worden.

Für den Einsatz des THW im Rahmen der deutschen humanitären Hilfe im Ausland stellte das Auswärtige Amt 1 Million DM zur Verfügung. Die UNICEF unterstützte das THW vor Ort mit ca. 200 000 DM.

Nach Abschluß der Arbeiten konnte am 17. November 1982 gemeldet werden: Die Wasserversorgung von Ost- und West-Beirut ist durch Zusammenschluß der Ringleitung sichergestellt, in fast allen Stadtteilen gibt es rund um die Uhr Trinkwasser.

### Erkundung des THW im Südlibanon

Im Juli 1982 erwog das Auswärtige Amt, sich an der Wiederherstellung der Wasserversorgung in den südlibanesischen Städten Saida und Tyros im Rahmen der humanitären Hilfe zu beteiligen. Die Kampfhandlungen zwischen Israelis einerseits, der PLO und libanesischen Einheiten andererseits waren in diesem Bereich beendet.

Zur Feststellung der Schadenslage und der Hilfsmöglichkeiten für den Instandsetzungsdienst des Technischen Hilfswerks wurde am 21. Juli 1982 ein dreiköpfiges Erkundungsteam in den Südlibanon entsandt. THW-Landesbeauftragter Reiner Vorholz, Hauptsachgebietsleiter Dirk-Hubertus Bosse und der ehrenamtliche Helfer Heinz-Klaus Bernert, seines Zeichens Wassermeister bei den Stadtwerken Rosenheim, kamen nach vielen Widrigkeiten und Umwegen am Freitag, dem 23. Juli 1982, um 11.00 Uhr im Hafen von Jounie an.

Nach informativen Gesprächen mit Dr. Günter Altenburg von der Deutschen Botschaft sowie Vertretern der UNICEF wird

Zu unserem Titelbild: THW-Helfer befestigen die letzte Kupplung für die Wasserleitung (eine 450er) auf dem Place des Martyrs im Zentrum von Beirut.



Gruppenbild der THW-Einsatzkräfte vor dem Abflug auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen.

am Sonntag, dem 25. Juli 1982, die erste Erkundung im Südlibanon durchgeführt. Den THW-Männern bietet sich in Saida und Tyros ein Bild kriegsbedingter Zerstörungen. Die Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist erheblich gestört. Bewässerungssysteme für Plantagen werden notdürftig aufrechterhalten.

Ca. 70 000 Personen sind obdachlos. Schulen und Krankenhäuser sind erheblich

beschädigt, der Betrieb in diesen Bereichen kann notdürftig versehen werden.

Zusammenfassend stellt das Erkundungsteam fest, daß in den südlibanesischen Städten die Instandsetzungsarbeiten an den lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen zügig vorangehen. Mit Hilfe der Israelis, der UNICEF und durch Selbsthilfeaktionen der libanesischen Versorgungsunternehmen werden die größten Schäden

Beirut: Die einstmals blühende Metropole des Libanons hat unter dem seit 1975 anhaltenden Krieg schwer gelitten.



behalten, so daß ein Einsatz des THW-Instandsetzungsdienstes nicht notwendig erscheint.

Im Gegensatz zu den Städten im Südlibanon erweist sich die Schadenslage in Beirut als umfangreich, gerade hinsichtlich der Wasserver- und -entsorgung. Durch die Kampfhandlungen in West-Beirut, die während der Erkundung noch anhielten, wurde die schon seit dem Bürgerkrieg 1975 notdürftig aufrechterhaltene Wasserversorgung in manchen Bereichen total zerstört. Die Wasserversorgung West-Beiruts war nicht mehr sichergestellt, in Ost-Beirut floß ab und zu Wasser durch die Leitungen.

Die Einsatzmöglichkeit des THW konzentriert sich immer mehr auf Beirut. In fast allen Gesprächen wird festgestellt, daß der dringendste Bedarf für den Einsatz des Instandsetzungsdienstes des THW in West-Beirut vorhanden sei.

Da jedoch die Kampfhandlungen noch anhielten, ist ein sofortiger Einsatz nicht möglich. Auf Vorschlag des Erkundungsteams sollen jedoch alle Vorbereitungsmaßnahmen so getroffen werden, daß spätestens 48 Stunden nach Beendigung der Kampfhandlungen die ersten THW-Kräfte in West-Beirut einsetzbar sind.

In enger Abstimmung mit der Deutschen Botschaft, der UNICEF und den Wasserwerken Beiruts ergibt sich ein umfangreicher Aufgabenkatalog zur Wiederherstellung der Wasserversorgung dieser ehemals herrlichen Stadt. Da nach Abschluß der Kampfhandlungen mit der Rückkehr der Bevölkerung gerechnet wird, muß die Wasserversorgung als wichtigste Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Stadt angesehen werden.

Mit diesem Erkundungsergebnis geht es am Dienstag, dem 27. Juli 1982, nach Tel Aviv, um von dort aus den Rückflug nach München anzutreten.

Nach der mündlichen Berichterstattung durch Dirk-Hubertus Bosse im Bundesministerium des Innern wird am 5. August 1982 vom Auswärtigen Amt entschieden, daß derzeit keine weiteren Einsatzvorbereitungen zu treffen seien.

## Warten, warten, warten . . .

Die planerischen Vorbereitungen für einen Auslandseinsatz des Technischen Hilfswerks liefen bei den beteiligten Ortsverbänden jedoch zügig weiter. Die STAN-Ausstattung der Einsatzfahrzeuge wurde überprüft und vervollständig. Jeder Helfer trug mit seinem Fachwissen dazu bei, daß Frage um Frage beantwortet und erledigt werden konnte.

Mit den Arbeitgebern wurde wegen möglicher Freistellung von der Arbeit verhandelt. Ärztliche Untersuchungen ließ man über

Orten einer Leckstelle in der Rue de Damas.



sich ergeben – und eine Spritze gegen Tetanus schadet auch nicht. Man beschäftigte sich mit Land und Leuten, den politischen und religiösen Verhältnissen im Libanon, und man verschlang jede Meldung, die aus der „Schweiz des Ostens“ kam.

## Zweite Erkundung

Ein Einsatz des THW in West-Beirut sei geplant, so die Angaben aus dem Bundes-

ministerium des Innern und dem Bundesamt für Zivilschutz. Am 16. September 1982 kam es schriftlich: Eine weitere Erkundung sei durchzuführen.

Der Auftrag an das Team lautete, vor Ort die Möglichkeiten technisch-humanitärer Hilfe durch das THW auf dem Gebiet der Instandsetzung von Versorgungsanlagen in West-Beirut zu untersuchen.

Am 17. September 1982 starteten vom Flughafen Frankfurt Wolfgang Such, Orts-

Die Suche und Freilegung der Wasserleitungen in der zerstörten Innenstadt erforderte oftmals schwerste Handarbeit.



Wieder ist ein Leck im Leitungsnetz gefunden.



beauftragter des Ortsverbandes Siegburg, Dirk-Hubertus Bosse, vorgesehener Einsatzleiter des 40. Auslandseinsatzes, und Max Steindl, Geschäftsführer des Geschäftsführerbereiches Weilheim/Oberbayern.

Über das Erkundungsergebnis berichtete das Zivilschutz-Magazin in der Ausgabe 10/82 ausführlich.

## Einsatzauftrag . . . es geht los!

Es ist Freitag, der 8. Oktober 1982, 18.00 Uhr: Der Fernschreiber rattert, der Einsatzauftrag für die humanitäre Hilfe für den Libanon wird vom BZS erteilt. Fünf Projekte der West-Beiruter Wasserversorgung sollen von insgesamt 75 Helfern des THW in vierwöchiger Arbeit instand gesetzt werden.

Einsatzleiter D.-H. Bosse, Ortsbeauftragter Horst-Peter Müller als fachtechnischer Berater, sechs THW-Helfer aus Berlin, ein THW-Helfer aus Nordrhein-Westfalen, zwei Mitarbeiter der Katastrophenschutzschule des Bundes und 64 Helfer und Mitarbeiter aus dem Landesverband Bayern machen sich bereit, um in Beirut zu helfen.

Das Vorauskommando wird nach einer Einweisung durch die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und das BZS am 13. Oktober 1982 von Rosenheim aus nach Ravenna in Marsch gesetzt. Einsatzleiter Bosse fliegt am 15. Oktober 1982 zur genauen Erkundung und wegen der notwendigen Verbindungsaufnahme nach Beirut. H. P. Müller kommt am 19. Oktober '82 in Beirut an. Die übrigen Einsatzmitglieder werden am 20. und 21. Oktober 1982 im Warnamt in Usingen und bei der DSE in Bad Honnef auf ihren Einsatz vorbereitet.

## Die ersten Probleme

Um 8.00 Uhr sitzen alle Einsatzkräfte im Flugzeug der Middle East Airlines nach Beirut; es ist Freitag, der 22. Oktober 1982. Von Frankfurt kommend werden die Helfer um 14.40 Uhr Ortszeit auf dem Flughafen in Beirut vom Einsatzleiter (EL) Bosse in Empfang genommen und mit der Nachricht überrascht, daß die „Seamond Primo“, auf der sich alle Fahrzeuge und ein Teil der Hilfsmannschaft befinden, noch nicht in Beirut eingetroffen ist. Wie sich nach der Ankunft der „Seamond Primo“ – am nächsten Tag – herausstellt, lief das Schiff unvorhergesehen Tripolis an und löschte dort Fracht.

Bosse war aber nicht unvorbereitet. Für die Helfer ist Quartier reserviert in einem Beiruter Hotel. Am Samstag nachmittag, dem 23. Oktober 1982, können Fahrzeuge und

Die Arbeiten des THW verfolgte auch ein Kamera-Team des Zweiten Deutschen Fernsehens (links im Bild).



Unter Einsatz von 20-Tonnen-Öldruckhebern wird die Asbestzement-Kupplung unbeschädigt vom Rohr abgezogen.



Blick in eine der zahlreichen Baustellen des THW.



Die Verlegung einer Hauptversorgungsleitung von Ost- nach West-Beirut ist fast beendet.



Gerät in Empfang genommen werden. Das THW-Camp im Industry Institute, an der Avenue de Paris direkt am Meer gelegen, wird eingerichtet. Tonnenweise Schutt, Schmutz und Erdreich müssen abgefahren werden, um das Lager überhaupt einrichten zu können.

Das gestreute Rattengift gelang durch Unachtsamkeit libanesischer Reinigungskolonnen in den institutseigenen Haus-

brunnen – Wassermangel auch bei den Deutschen.

### Die Einsätze an den Baustellen laufen an

Durch die verspätete Ankunft des Frachtschiffes in Beirut sind mindestens zwei Tage Einsatzzeit verloren. Die umfangreichen Erkundungen, die Absprachen mit

der Deutschen Botschaft, der UNICEF, den Wasserwerken Beirut, waren Voraussetzung dafür, daß an den Einsatzstellen die Arbeit der THW-Helfer sofort beginnen kann. Vielleicht gelingt es trotz dieser Verzögerung, das Einsatzziel zu erreichen: Die Ringleitung für die Wasserversorgung Beiruts unter Druck zu setzen.

In Abänderung der Erkundungserkenntnis-se werden folgende Projekte in Angriff genommen:

#### Chouhla-Brücke

Reparatur der Hauptwasserleitung DN 700 mm aus Asbestzement (AZ), Länge 4700 m, Hauptschieber ausgebaut, abgedichtet, wieder eingebaut. Weitere Schadensstelle durch Neuverlegung auf 30 m behoben.

#### Palästinenserlager Sabra – St. Michel

Beheben einer großen Leckage an der Wasserversorgungsleitung DN 700 mm aus AZ im Süden West-Beirut durch Einbau zweier neuer AZ-Rohre.

#### Place des Martyrs

Verbindung der Hauptwasserleitung Grauß mit Blei-Stemmuffen DN 450 und 500 zwischen West- und Ost-Beirut im stark zerstörten Parlamentsviertel. Hauptschieber gesucht und repariert und Leitung nach sechs Jahren wieder in Betrieb genommen. Schließen unzähliger kleiner Leckagen; Verlegung von mehr als 75 Hausanschlüssen.

#### Phoenicia

Verlegung einer zerstörten DN 250er Leitung. Dichtarbeiten mit dreiteiligen Dichtschellen im Stadtteil Phoenicia.

#### de Bustros

Abdichten und Verlegen der Rohrleitung von Druckerhöhungsstation Achrafieh (Ost-Beirut) nach West-Beirut DN 300 bzw. DN 350 entlang der Rue Selim de Bustros.

#### Debaye

Neuverlegung einer zerstörten Rohwassertransportleitung DN 600 auf 150 m Länge von Debaye nach Beirut.

#### El Baida

Instandsetzung der Abwasserleitung auf einer Länge von 200 m entlang der Avenue Ramlet El Baida. Die 150-mm-Leitung war durch Granattreffer zerstört.

#### Spinners I und II:

Legen eines Bypass für Abwasserkanal 1200 mm DN mit Maschineneinsatz der Firma Oger-Liban und Verlegen von 30 m Rohrmaterial aus Asbestzement.



THW-Helfer aus Rosenheim schweißen eine Verstrebung zum Abziehen einer 700-mm-Rohrkupplung; im Hintergrund die zerstörte Kirche St. Michel.



Einsetzen eines Schiebers.



200 m westlich dieser Einsatzstelle brach neben einer ehemaligen syrischen Abwehrstellung der dort vorbeiführende Abwasserkanal ein und wurde ausgespült. Dieses Projekt konnte vom THW nicht abgeschlossen werden, da der Rückflug nach Frankfurt auf den 18. November 1982 festgelegt war.

### **Ypard**

Abdichten der Hochdruckwasserleitung in Ypard/Ost-Beirut auf einer Länge von 500 m an drei besonders undichten Stellen mit Stemmichtringen und Überschieber.

Diese Leitung konnte nicht entleert werden. Die Abdichtarbeiten wurden unter Druck durchgeführt.

### **Rue Hamra**

Abdichten von unzähligen kleinen Leckagen an Hauswasseranschlüssen und Verteilern mit NW 300 und 350 mm. Installation vieler Wasseranschlüsse und Montage von Wasserhähnen im Bereich der Rue Hamra, der Pracht- und Geschäftsstraße Beiruts.

### **Elektroinstallation**

Durch die Elektro-Gruppe wurden in der Nähe des Stade Municipal Schaltanlagen neu installiert. Ebenfalls sind zwei Pumpstationen instand gesetzt worden, um den Leitungsdruck zu erhöhen. Die Elektro-Gruppe baute im THW-Camp die gesamte Stromversorgung auf.

### **Organisatorischer Tagesablauf**

Von Montag bis einschließlich Samstag wird mit Hochdruck gearbeitet. Um 5.00 Uhr wird geweckt, anschließend ein sehr gutes Frühstück, das Köchin und Koch ab 4.00 Uhr zubereitet haben. 6.15 Uhr antreten, Neuigkeiten bekanntgeben, auch Geburtstage wurden nicht vergessen, abrücken zu den Einsatzstellen.

Im Camp wurde die Funkstelle besetzt, die Einsatzleitung, bestehend aus Geschäftsführer Bert Aberle als S 1/S 4, der für Personal, Versorgung und Finanzen zuständig war, und Geschäftsführer Dieter Pfefferkorn als S 2/S 3 für Lageführung, fachlicher Einsatz und Technik auserkoren, waren mit ihren Aufgaben – wie übrigens alle Einsatzkräfte – voll ausgelastet.

Die organisatorischen Anforderungen dieses Einsatzes waren ohne jeden Zweifel sehr hoch. Wechselnde Einsatzstellen, Koordinierung des Maschineneinsatzes, Versorgung der Einsatzkräfte, Zuführung von Ersatzteilen, orientalische Mentalität der Beschäftigten der Beiruter Wasserwerke und der Fa. Oger-Liban, die das THW



Von der UNICEF finanziert, vom THW an die 700er Leitung gekuppelt: Montage des Schiebers bei brütender Hitze.



Die Baustelle Spinners I, hier wurde ein zerstörter Abwasserkanal neu verlegt.



Abwasser, Brauchwasser und Trinkwasser flossen in diesem Bombenrichter vor dem Lager Sabra zusammen; einen Tag vor dem Heimflug konnte das THW auch diese Baustelle abschließen.



Täglich quälten sich die blauen THW-Fahrzeuge (Bildmitte) durch den dichten Beiruterverkehr.



Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Libanon, Dr. Antonius Eitel (links hinten neben Einsatzleiter Bosse), nahm an einer der abendlichen Gruppenführer-Besprechungen teil.



Auch im Palästinerlager Sabra fließt das Wasser wieder: Jugendliche holen Wasser an der vom THW eingerichteten Entnahmestelle.

großzügig unterstützte, machen auch einem technischen Laien klar, daß dieser Einsatz Immenses forderte.

Ohne Bauleiter Horst-Peter Müller, BauIng. (grad.), der in der Anfangsphase wesentlich zum Gelingen des Einsatzes beitrug, wäre wohl manches nicht so reibungslos abgelaufen – gerade im baufachlichen Bereich.

Anfangs die Hitze, zwei Wochen später Regen in Unmengen und nächtliche Kälte. Der Sanitäter versorgte von den 75 Helfern 59, davon mußten drei Helfer im Krankenhaus untersucht werden. Insgesamt waren 137 sanitätsdienstliche Versorgungen notwendig, 17 Krankentage wurden gezählt.

An fast allen Baustellen wurde mit Unterstützung der Fa. Oger-Liban gearbeitet, deren Arbeitszeit allerdings um 14.00 Uhr endete. Durch Vereinbarung konnte der Einsatzleiter erreichen, daß bis 16.00 Uhr gearbeitet wurde – in der letzten Arbeitswoche wurden an manchen Tagen bis spät in die Nacht Wasserrohre verlegt.

Täglich um 17.00 Uhr war Besprechung mit den Gruppenführern. Die Einsatzleitung nahm die Tagesberichte entgegen, protokollierte diese und legte den Maschinen- und Materialeinsatz für den nächsten Tag fest. An einer dieser Besprechungen nahm auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Libanon, Dr. Antonius Eitel, teil, der allen Beteiligten uneingeschränkte Anerkennung aussprach: „Was Sie hier in dieser zerstörten Stadt für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in vier Wochen geleistet haben, werde ich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in vier Jahren erreichen.“

### Der Bundeskanzler dankt dem THW

Die libanesische Presse berichtete fast täglich über den Einsatz der THW-Helfer in West- und Ost-Beirut. In der Bundesrepublik Deutschland war die Resonanz in Presse, Rundfunk und Fernsehen ebenfalls sehr hoch.

Dieser überaus effektive Einsatz und die Leistungen aller Beteiligten – ob vor Ort oder zu Hause in den Landesverbänden wie auch im Bundesamt für Zivildienst – haben diese breite Beachtung verdient.

Ein Schreiben des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Dezember 1982 an den Direktor der Bundesanstalt THW beinhaltete u. a. auch hohes Lob für den 40. THW-Auslandseinsatz: „Die Mitarbeiter und freiwilligen Helfer des Technischen Hilfswerkes geben ein Beispiel für den heute besonders erforderlichen Gemeinsinn – dafür möchte ich Ihnen danken und den Einsatz Ihrer Helfer in Beirut besonders hervorheben.“

# Geprüfte Prüfer

Theoretische und praktische Aufgaben sollen Beurteilungsvermögen schulen –  
Ausbildungsziel: örtlicher Prüfer bzw. Prüfungsleiter

Gemäß der allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die zusätzliche Ausbildung des Katastrophenschutzes (KatS-Ausb-VwV) sind die Einheiten so auszubilden, daß sie auch die besonderen Gefahren und Schäden bekämpfen können, die im Verteidigungsfall drohen. Dementsprechend erhalten die Helfer des Technischen Hilfswerks, soweit sie im

- Bergungsdienst
- Instandsetzungsdienst
- ABC-Dienst
- Fernmeldedienst
- Versorgungsdienst
- in Einheiten und Einrichtungen der Führung

eingesetzt sind, eine ihren Aufgaben entsprechende Vollausbildung. Diese Gesamtausbildung gliedert sich in drei aufeinander aufbauende Abschnitte:

- Grundausbildung
- Fachausbildung
- Gemeinschaftsausbildung.

Vorgegeben ist der stoffliche Inhalt der Ausbildung nach den Musterausbildungsplänen, die jedem der genannten Ausbildungsabschnitte und jeder fachdienstlichen Verwendung zugeordnet sind.

## Grundausbildung – Basis der THW-Ausbildung

Mit der Herausgabe des „Ausbildungs- und Prüfungskataloges für die Grundausbildung im Technischen Hilfswerk“ (Handbuch THW, Sonderteil 51) wurde die Grundausbildung neu geregelt, um einen einheitlichen Ausbildungsstand aller Helfer nach Abschluß der Grundausbildung zu gewährleisten. Unter anderem sind hierzu folgende Regelungen getroffen worden:

Helferneuzugänge sollen nach Möglichkeit für die Dauer der Grundausbildung in besonderen Gruppen oder Trupps zusammengefaßt werden. Das STAN-mäßige Aufstellungssoll des Ortsverbandes darf dadurch aber nicht überschritten werden.

Als Ausbilder für diese Helfer ist ein erfahrener und für die Ausbildungstätigkeit besonders geeigneter Unterführer einzusetzen.

Beim Umgang mit Leitern ist der Leistungsstand der Helfer durch eine Reihe von praktischen Aufgaben zu überprüfen.



Der Prüfer bewertet die Prüfungsaufgabe: „Durchführen der Dichtprobe“.



Ablängen eines Rundholzes mit der Motorsäge. Mögliche Fehler: Unfallverhütungsvorschrift nicht beachtet, Rundholz nicht festgelegt, Säge nicht mit Vollgas angesetzt.





Das Teilgebiet 6 der Grundausbildung beinhaltet u. a. den Umgang mit der Motorsäge. Als Prüfungsaufgabe wird das Herstellen der Fallkerbsohle demonstriert.



Beim Herstellen von Teilen eines Faschinenbank-Pfahlbockes wird neben der fachlichen Ausführung besonderes Gewicht der Unfallverhütung beigemessen.

Die Grundausbildung gliedert sich gemäß Musterausbildungsplan 201 in insgesamt 14 Teilgebiete einschließlich Prüfung:

- Teilgebiet 0 = Organisation des THW
- Teilgebiet 1 = Allgemeine zusätzliche Ausbildung
- Teilgebiet 2 = Erste-Hilfe-Ausbildung
- Teilgebiet 3 = Aufgaben, Gliederung und Ausstattung der Fachdienste
- Teilgebiet 4 = Arbeiten mit Faserseilen, Drahtseilen und Ketten
- Teilgebiet 5 = Umgang mit Leitern
- Teilgebiet 6 = Holzbearbeitung
- Teilgebiet 7 = Metallbearbeitung
- Teilgebiet 8 = Gesteinsbearbeitung
- Teilgebiet 9 = Erdarbeiten
- Teilgebiet 10 = Bewegung von Lasten
- Teilgebiet 11 = Arbeiten bei Wasser-gefahren
- Teilgebiet 12 = Ausleuchten von Einsatzstellen und Wegen
- Teilgebiet 13 = Gefahren der Einsatzstelle
- Teilgebiet 14 = Prüfung

Die abgeschlossene Grundausbildung ist Voraussetzung für die Eingliederung des jeweiligen Helfers in die gemäß STAN aufgestellten Katastrophenschutz-Einheiten und für die weitere Teilnahme an der Fach- und Gemeinschaftsausbildung sowie an Aus-, Fortbildungs- und Sonderlehrgängen oberhalb der Standortebene (Katastrophenschutzschulen der Länder bzw. des Bundes).

Der Ausbildungsstand der Helfer wird im Laufe der Grundausbildung durch Zwischenprüfungen überwacht. Am Ende der Grundausbildung wird eine Abschlußprüfung durchgeführt.

(Praxis). Die Prüflinge sollen dabei selbstständig, jedoch unter Beaufsichtigung durch den Prüfer, die gestellten Aufgaben lösen. Die Prüfer bewerten die Leistungen der Prüflinge und kontrollieren damit den Ausbildungs- und Lernerfolg.

### Durchführung der Prüfungen

Sowohl die Zwischenprüfungen als auch die Abschlußprüfung enthalten einen theoretischen und praktischen Teil. Die theoretische

Abschlußprüfung besteht in der schriftlichen Beantwortung von Fragen durch Ankreuzen. Es müssen hierbei je Prüfung insgesamt 40 Fragen aus den zur Abschlußprüfung anstehenden Teilgebieten beantwortet werden. Die praktische Abschlußprüfung wird in der Regel aufgeteilt auf fünf Stationen. Je Prüfling müssen insgesamt 24 Aufgaben aus den Teilgebieten bearbeitet werden.

Theoretischer und praktischer Prüfungsteil werden getrennt bewertet. Die Prüfung gilt

**Der Umgang mit dem Trennschleifer birgt insbesondere hinsichtlich der Unfallverhütung sehr viele Fehlerquellen in sich, z. B.: Helfer steht nicht außerhalb der Schneidrichtung, Werkstück ist nicht festgelegt, Trennschleifer wird mit laufender Scheibe abgelegt.**



### Zweck der Prüfungen

Prüfungen dienen der Feststellung des Wissens- (Theorie) und Leistungsstandes

als bestanden, wenn der Prüfling sowohl mindestens 75% der Fragen als auch mindestens 75% der Aufgaben richtig gelöst hat. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn weniger als 50% der Fragen bzw. Aufgaben richtig beantwortet bzw. gelöst wurden.

Ein Prüfungsergebnis mit 50 bis 74% richtiger Lösungen kann der Helfer durch Beantwortung von Zusatzfragen bzw. Zusatzaufgaben verbessern und dadurch noch die Prüfung bestehen. Wird das Prüfungsziel auch hierbei nicht erreicht, kann der Helfer den nicht bestandenen Prüfungsteil zu einem späteren Zeitpunkt (spätestens nach sechs Monaten) wiederholen. Es sind insgesamt zwei Wiederholungsprüfungen möglich. Erreicht ein Prüfling nach der zweiten Wiederholungsprüfung das Prüfungsziel nicht, muß für den Betreffenden das Verfahren der Entpflichtung eingeleitet werden.

## Aufgaben der Prüfer

Zur Unterstützung der Grundausbildung soll jeder THW-Ortsverband über mindestens einen „Prüfer Grundausbildung“ verfügen. Die Prüfer werden durch den Landesbeauftragten eingesetzt, nachdem sie sich dafür qualifiziert haben, und nehmen ihre Aufgabe zusätzlich neben ihren sonstigen Funktionen wahr.

Als „Prüfer Grundausbildung“ kann eingesetzt werden, wer über langjährige Erfahrungen als Unterführer verfügt. Hierdurch ist gewährleistet, daß der Prüfer über die fachdienstliche Qualifikation verfügt. Er hat außerdem die erforderliche Erfahrung im Umgang mit Helfern und verfügt über das entsprechende Führungswissen. Darüber hinaus ist er geübt in der „Ausbildungspraxis“. Als zusätzliche Eignungsvoraussetzung muß der Prüfer an einem Lehrgang

„Prüfer Grundausbildung“ mit Erfolg teilgenommen haben.

Der Prüfer hat eine Reihe von speziellen Aufgaben:

- Mitwirkung bei der Auswahl der Ausbilder für die Grundausbildung im eigenen Ortsverband
- Mitwirkung bei der Erstellung der Dienstpläne für die Grundausbildung
- Beratung des für die Grundausbildung verantwortlich eingesetzten Ausbilders
- Durchführung von Zwischenprüfungen als „örtlicher Prüfer“ im eigenen Ortsverband
- Leitung bzw. Mitwirkung (bei der Abschlußprüfung) in der Prüfungskommission in anderen Ortsverbänden.

Die Prüfertätigkeit vollzieht sich auf zwei Ebenen; dementsprechend unterscheiden sich die erforderlichen Kenntnisse. Neben



Durchtrennen eines Metallrohres mit der Metallsäge: Der Prüfer bewertet die Ausführung der Aufgabe auch hinsichtlich der Arbeitssicherheit (Tragen von Schutzhandschuhen).



In Wasserhosen arbeitende Helfer müssen mit Hilfe einer Leine gesichert werden. Unterbleibt diese Sicherung, ist die Durchführung der Prüfungsaufgabe als „falsch“ zu werten.



Im Teilgebiet Metallbearbeitung ist als Prüfungsaufgabe eine Schraubenverbindung mit Hilfe von Rohrzanzen-Einhändern zu lösen.



Zwei Lehrgangsteilnehmer demonstrieren das Bohren mit dem Gesteinsbohrhammer in waagerechter Richtung. Beide Helfer haben Schutzbrille und Schutzhandschuhe zu tragen.

der eigentlichen Prüfertätigkeit ist der Prüfer (bei den örtlichen Zwischenprüfungen) für eine Reihe organisatorischer Vor- und Nachbereitungen verantwortlich. Darüber hinaus ist es seine Aufgabe, aus den nach dem Prüfungskatalog zur Verfügung stehenden Aufgaben und Fragen die jeweils erforderlichen nach Anzahl und Schwierigkeitsgrad auszuwählen und festzulegen. Es obliegt ihm weiterhin, insbesondere die Nachweise über bestandene Zwischenprüfungen zu führen und bei der Abschlußprüfung der Prüfungskommission vorzulegen.

Zur Durchführung der Abschlußprüfungen wird eine Prüfungskommission durch den THW-Landesbeauftragten eingesetzt. Die Kommission besteht aus einem Prüfungsleiter und mindestens fünf beisitzenden Prüfern, die nicht dem Ortsverband angehören dürfen, dessen Helfer zur Prüfung anstehen. Der Prüfungsleiter muß aus einem anderen Geschäftsbereich kommen sowie über eine abgeschlossene Ausbildung als Zugführer verfügen.

Die Grundausbildung stellt das Fundament der gesamten Ausbildung eines Helfers dar. Es ist wichtig, daß den damit betrauten Ausbildern alle erdenkliche Hilfe bei dieser Aufgabe geboten wird. Der „Prüfer Grundausbildung“ kann aufgrund seiner Vergleichsmöglichkeiten steuernd eingreifen. Trotz fehlender Weisungsbefugnisse sollte er den Ausbilder bei der Unterrichtsgestaltung, der Medienauswahl und auch bei finanziellen und organisatorischen Problemen der Ausbildung beraten.

### **Lehrgang „Prüfer Grundausbildung“**

Um die „Prüfer Grundausbildung“ mit den notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten, die neben ihrer fachdienstlichen Erfahrung erforderlich sind, auszustatten, erhalten sie eine besondere Ausbildung in einwöchigen Sonderlehrgängen, die an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, durchgeführt werden. Der Lehrgang umfaßt einen umfangreichen theoretischen und praktischen Teil. Zur Vertiefung der aus der Praxis stammenden Kenntnisse der Lehrgangsteilnehmer werden im Unterricht die Anwendungsmöglichkeiten und der Gebrauch vorhandener Ausbildungsunterlagen besprochen. Der Teilnehmer erlernt den Umgang mit den für die Ausbildung einzusetzenden visuellen und audiovisuellen Lehrmitteln.

Ein weiteres Thema ist die Ausbildungs- und Prüfungspraxis, insbesondere die Beurteilung der „Prüfungsgangst“ und Möglichkeiten, sie abzubauen.

In Gruppenarbeit werden Ausbildungspläne für die Grundausbildung erstellt. Der Übende soll dabei die Musterausbildungs-

**Der Elektro-Gesteinsbohrhammer ist grundsätzlich von zwei Helfern zu bedienen.**



**Der Umgang mit der Hydropresse ist gleichfalls Bestandteil der praktischen Prüfung. Hier wird das Anheben einer Last demonstriert.**



pläne, verfügbare Ausbildungsplätze und verschiedene andere äußere Bedingungen einarbeiten. Bei der Auswertung dieser Arbeiten zeigt sich oft, daß Zeit für Diskussionen offengehalten werden muß. Trotz der vorhandenen Reglementierung der Grundausbildung bleibt ein wünschenswerter Freiraum für länderspezifische Lösungen von Einzelfragen. Gerade dies ist oft Anlaß für – durchaus wünschenswerte – Auseinandersetzungen zwischen den Lehrgangsteilnehmern. Hierdurch wird die Phantasie zur Bereicherung des Vorhandenen geweckt und gleichzeitig der Sinn für das „Machbare“ geschärft.

Ganz konkret erlernt der Lehrgangsteilnehmer die Anwendung der Prüfungsbestimmungen und die Organisation des Prüfungsablaufs in weiteren theoretischen Unterweisungen kennen. Für das Üben der Aufgabenstellung für den praktischen Teil und der Zusammenstellung der Fragen für den theoretischen Teil einer Zwischenprüfung wird wieder die Form der Gruppenarbeit gewählt. Im praktischen Teil des Lehrgangs wird dem künftigen Prüfer anhand von Lehrvorführungen die Organisationstechnik für die Durchführung sowohl von praktischen Zwischen- als auch Abschlußprüfungen demonstriert. Weiterhin werden die praktischen Aufgaben verschiedener Teilgebiete des Musterausbildungsplanes

Auch der Gebrauch einfacher mechanischer Ausstattung kann Fehlerquellen beinhalten. Hier wird das Vorbereiten des Klapphackspatens zum Schanzen gezeigt.



Das Bewegen von Lasten mit dem Hydraulikheber ist ebenfalls Bestandteil der praktischen Abschlußprüfung. Hierbei bewertet der Prüfer die richtige Ausführung der korrekten Handhabung des Hydraulikhebers, der Verwendung von Unterleg hölzern und die Arbeitssicherheit.



Zum „Bewegen von Lasten“ muß nicht immer hydraulisches Gerät eingesetzt werden. Bei richtiger Anwendung können auch einfache Werkzeuge – hier die Brechstange – wirkungsvoll Verwendung finden.



Der Prüfer hat die Handhabung des Greifzugs zu beurteilen. Im obigen Beispiel wird kein Baumschutz verwendet. Dementsprechend ist die Aufgabenlösung als „falsch“ zu bewerten.



Das Verlegen von Sandsäcken ist Bestandteil der Ausbildung im Teilgebiet 9 und als Prüfungsaufgabe der Zwischenprüfung zu lösen.



Die Starklichtlaterne ist in Betrieb! Der Prüfling – dargestellt durch einen Lehrgangsteilnehmer – hat die Aufgabe richtig gelöst.

201 geprobt. Hierbei spielen die Lehrgangsteilnehmer die Rollen von Prüflingen und Prüfern. Selbstverständlich soll damit nicht die Fachkenntnis des einzelnen überprüft werden, diese muß vorausgesetzt werden. Vielmehr dient die Übung dazu, den Blick für mögliche Fehler und ihre Abstufungen zu schulen. Der künftige Prüfer muß selber einen Einblick in sein Beurteilungsvermögen bekommen.

Niemand wird von einem einwöchigen Lehrgang erwarten können, daß er die erforderliche Praxiserfahrung ersetzt. Vielmehr muß dem neuen Prüfer Zeit zur Einarbeitung gegeben werden, damit er genügend Routine gewinnen kann. Dies ist u. a. Voraussetzung für einen gewissen Standard im Prüfungs- und Ausbildungswesen.

Eine Lernerfolgskontrolle schließt den Sonderlehrgang „Prüfer Grundausbildung“ ab. Dabei wird die Lösung praktischer Aufgaben durch das Ausbildungspersonal der Schule demonstriert. Der Lehrgangsteilnehmer muß die richtige bzw. zum Teil bewußt falsche Durchführung beurteilen.

Eine Urkunde über die erfolgreiche Teilnahme weist den Lehrgangsteilnehmer als geeignet für die Verwendung als „Prüfer Grundausbildung“ aus, und er kann in der Folge vom Landesbeauftragten in sein Amt eingesetzt werden.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule Niedersachsen in Bad Nenndorf ist ab sofort die Stelle des

### Lehrgruppenleiters Bergungsdienst

– Verg.-Gr. IVa BAT –

neu zu besetzen. Die Möglichkeit des Bewährungsaufstiegs nach Ver.-Gr. III BAT ist gegeben.

Der Bewerber muß in der Lage sein, in umfassender Weise im Fachgebiet Bergung zu unterrichten und praktische Ausbildung durchzuführen. Er muß darüber hinaus im fachübergreifenden Einsatz fundierte Ausbildung in den Fachbereichen Führung und Fernmeldedienst des Katastrophenschutzes betreiben können.

Er soll eine abgeschlossene Ausbildung möglichst als Ingenieur (grad.) der Fachrichtung Hoch- oder Tiefbau haben und nach Möglichkeit einer Katastrophenschutzorganisation (z. B. THW) angehören oder eine Offiziersausbildung haben.

Es werden Organisationsvermögen, Entscheidungsfreude, Selbständigkeit und Befähigung zur Menschenführung im Umgang mit freiwilligen Helfern erwartet.

Führer von Einheiten des KatS bzw. Offiziere (z. B. Pioniere) mit einschlägigen Lehrerferahrungen werden bevorzugt.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang sind bis zum 31. März 1983 zu richten an den Leiter der

**Katastrophenschutzschule Niedersachsen**

**Niedernfeld 2 u. 4**

**3052 Bad Nenndorf**



## Auf die jeweilige Gefahrenlage sind abgestimmte Reaktionen möglich und vorbereitet

Nebelwolke aus rauchender Schwefelsäure war Anlaß für zwei Anfragen an die Landesregierung NRW – Bei der Bekämpfung solcher Gasfreisetzungen bestehen noch ungelöste Schwierigkeiten

Im Juni 1982 trat in einem chemischen Werk in Leverkusen aus einem Mischbehälter rauchende Schwefelsäure aus. Es bildete sich eine Nebelwolke, die nach Nordwesten getrieben wurde. Landtagsmitglied Jürgen Guttenberger (SPD) forderte daraufhin seinerzeit in einer ersten Kleinen Anfrage von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen Auskunft darüber, wie es bei solchen Fällen mit dem Schutz der Bevölkerung bestellt ist. In seiner Antwort wies Innenminister Dr. Herbert Schnoor darauf hin, daß es sich bei dem Vorfall nicht um einen „Katastrophenfall“ gehandelt habe. Die Konzentration der Nebelwolke habe unter den für Arbeitsplätze zulässigen Werten gelegen. Gesundheitsschäden bei Menschen seien nicht bekanntgeworden.

In einer weiteren Kleinen Anfrage ersuchte Landtagsabgeordneter Jürgen Guttenberger jetzt um Auskunft, welche Folgerungen aus dem Ergebnis für den Katastrophenschutz gezogen wurden. Die Anfrage des Abgeordneten hatte folgenden Wortlaut:

In der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage heißt es u. a., daß Vorfälle der am 3. Juni 1982 eingetretenen Art nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen seien. Weiter heißt es, daß generelle Schlußfolgerungen erst nach Abschluß kriminalpolizeilicher Untersuchungen gezogen werden könnten.

Weiter heißt es in der Antwort zur Frage 3, daß Schulleitungen geeignete Mittel für eine wirksame erste Hilfe bereithalten müßten. In diesem Zusammenhang wird auf die Merkblätter hingewiesen, die Hinweise über Verhalten bei Gefahren enthalten sollen. Zusätzlich wird gesagt, daß fernmündlich Kindergärten und andere Einrichtungen von einer Gefahrenlage informiert würden.

Nach den von mir getroffenen Feststellungen ist, zumindest soweit dies für den Kreis Mettmann zutrifft, von den genannten Merkblättern nichts bekannt gewesen. Es sind Schulen und ähnliche Einrichtungen über „geeignete Mittel für eine wirksame erste Hilfe“ nicht unterrichtet, und auch die Katastrophenschutzbehörden haben keine Kenntnis, wie auf eine Giftgaswolke „umfassend“ reagiert werden kann, solange unklar ist, ob von einer solchen „Giftgaswolke“ eine reale Gefahr ausgeht oder nicht.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung im Sinne der Beantwortung der Frage 2 der o. g. Kleinen Anfrage zwischenzeitlich die Verwaltungsvorschriften und Einzelanweisungen in Abstimmung mit neuen Erkenntnissen und Erfahrungen fortentwickelt, um sicherzustellen, daß eine Gefahrenlage, wie sie am 3. Juni 1982 vom Bayer-Werk Leverkusen ausging, künftig technisch ausgeschlossen werden kann, und sind dabei die kriminalpolizeilichen Erkenntnisse verwertet worden?

2. Auf welche Art und Weise hat die Landesregierung sichergestellt, daß z. B. Schulleitungen geeignete Mittel der ersten Hilfe im Gefahrenbereich der Bayer-Werke oder ähnlicher Gewerbeunternehmen zur Verfügung stehen, um auf eine ggf. eingetretene Gefahrenlage reagieren zu können?

3. Ist sichergestellt, daß Merkblätter, die die Stadt Leverkusen (nach meinen Feststellungen ausschließlich) für das Verhalten bei Gefahren erstellt hat, an die Bevölkerung des gesamten Gefahrenbereiches verteilt werden, und daß insbesondere solche Merkblätter auch Schulen und Kindergärten sowie Altenheimen zur Verfügung stehen, so daß nach einer evtl. fernmündlichen Information nicht, wie geschehen, die betroffene Bevölkerung nach Hause geschickt, sondern in den Gebäuden zu ihrem eigenen Schutz zurückgehalten wird?

4. Kann die Landesregierung darüber Auskunft geben, ob für die umfassenden Vorbereitungen für eine rechtzeitige und wirksame Katastrophenabwehr genügend differenzierte, d. h. auf die jeweilige Gefahrenlage abgestimmte Reaktionen möglich sind, wenn ja: Welcher Art sind diese Vorbereitungen?

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor beantwortet diese Anfrage am 6. Januar 1983 wie folgt:

Zu 1: Aus der Untersuchung des Vorfalles vom 3. Juni 1982 haben sich bisher keine Erkenntnisse für eine Fortschreibung sicherheitstechnischer Regelungen ergeben. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Köln hat keine technischen oder organisatorischen Mängel feststellen können. Da die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

noch nicht abgeschlossen sind, bleibt bis auf weiteres offen, ob menschliches Fehlverhalten zu der Freisetzung der Schwefelsäure geführt hat.

Zu 2: Bei einer gesundheitlichen Gefährdung durch freigesetzte chemische Stoffe reichen die in Schulen, Kindergärten, Betrieben und ähnlichen Einrichtungen für die erste Hilfe üblicherweise vorgehaltenen Mittel nicht aus. Hier kommt es im wesentlichen darauf an, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß Menschen mit den freigesetzten Stoffen erst gar nicht in Berührung kommen oder Gase nicht inhalieren. Personen, bei denen durch Einwirkung von chemischen Stoffen die Gefahr von gesundheitlichen Schädigungen besteht, sind so bald wie möglich der ambulanten ärztlichen Versorgung zuzuführen oder in ein Krankenhaus einzuweisen.

Gefahren der hier genannten Art liegen überwiegend unterhalb der mit dem Katastrophenschutzgesetz NW gesetzten Katastrophenschwelle und sind daher in erster Linie auf der Grundlage des Ordnungsbehördengesetzes und des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen von den Ordnungsbehörden abzuwehren. Zu den Aufgaben der Ordnungsbehörden gehört es auch, die Bevölkerung in der Umgebung chemischer Betriebe, insbesondere Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, größere Betriebe und ähnliche Einrichtungen, über Gefahren bei einem Störfall zu informieren und ihr allgemeine Verhaltenshinweise für die eigene Sicherheit zu geben. In einem Schadensfall veranlaßt die Ordnungsbehörde die zur Gefahrenabwehr notwendigen Maßnahmen. Hierzu gehören die Unterrichtung der Schulen, Krankenhäuser und ähnlicher Einrichtungen, Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung durch Lautsprecher- oder Riodurchsagen und, falls notwendig, Maßnahmen für die ärztliche Versorgung. Zur Durchführung der Maßnahmen wird es in der Regel geboten sein, einen Einsatzstab aus Vertretern der Fachämter (Ordnungsamt, Gesundheitsamt, Chemisches Untersuchungsamt), der Feuerwehr und der Polizei zu bilden.

Soweit ein Ereignis zur Auslösung des Katastrophenalarms führen sollte, sind die notwendigen Maßnahmen nach dem Kata-

strophenschutzplan oder dem Sonder-  
schutzplan durchzuführen.

Zu 3: Die Katastrophenschutzbehörden haben nach dem KatSG NW umfassende Vorbereitungsmaßnahmen für die Abwehr von Katastrophengefahren und die Beseitigung von eingetretenen Schäden zu treffen. Hierzu gehört es auch, die Bevölkerung über mögliche Gefahren zu informieren und auf die Notwendigkeit der privaten Vorsorge und des Selbstschutzes sowie die Einhaltung allgemeiner Verhaltensregeln in Katastrophenfällen in geeigneter Form hinzuweisen.

Mit Runderlaß des Innenministers vom 15. 12. 1980 wurden den Katastrophenschutzbehörden die von der Innenministerkonferenz am 28. 11. 1980 beschlossenen „Empfehlungen zur Katastrophenvorsorge und für das Verhalten in Katastrophenfällen“ zur Auswertung übersandt. Diese Empfehlungen sehen u. a. vor, die Bevölkerung durch umfassende und vorsorgliche Aufklärungsmaßnahmen über mögliche Katastrophengefahren, das bei Katastrophen gebotene persönliche Verhalten sowie Vorbereitungen und geplante Maßnahmen der Katastrophenschutzbehörden zu unterrichten.

Inzwischen hat die Deutsche Bundespost ein neues Amtliches Verzeichnis der Ortsnetz-kennzahlen (AVON) herausgegeben, auf dessen letzten beiden Seiten der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) über den Selbstschutz – Vorsorge und Eigenhilfe der Bürger – informiert. Diese Informationen beziehen sich zwar in erster Linie auf den Verteidigungsfall, sie enthalten jedoch auch Hinweise für das Verhalten bei Unglücksfällen und Katastrophen.

Außerdem hat der Bundesverband für den Selbstschutz im Auftrag des Bundesministers des Innern eine Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ herausgegeben. Mit dieser Broschüre werden dem Bürger Informationen und Ratschläge gegeben, wie er sich, seinen Angehörigen und seinen Nachbarn im Notfall helfen kann.

Ferner hat nach der Bekanntmachung des Bundesministers des Innern vom 9. 3. 1982 (GMBl. Seite 154) das Bundesamt für Zivilschutz die Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten nach § 16 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (Vwv-Selbstschutz) neugefaßt. Die der Bevölkerung danach zu empfehlende Selbstschutzausstattung für eine wirkungsvolle Selbsthilfe im Verteidigungsfall kann – so wird in den Empfehlungen herausgestellt – auch im Frieden bei Unglücksfällen und bei Katastrophen gute Dienste leisten.

Der Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz ist in seiner Sitzung am 13./14. Mai 1982 zu der Auffassung gelangt, daß inzwi-

schon durch diese Veröffentlichung sowie durch entsprechende Informationen der Länder und Kommunen der Bevölkerung genügend Hinweise für das Verhalten bei Unglücksfällen, Katastrophen und im Verteidigungsfall zur Verfügung stehen.

Es bleibt die Aufgabe aller verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß diese Informationen immer von neuem an die Bevölkerung herangetragen und, soweit erforderlich, auch inhaltlich ergänzt werden.

Aufgrund bisheriger Erfahrungen sind Auswirkungen im Zusammenhang mit Schadensereignissen in den Bayer-Werken in Leverkusen und Dormagen über das Gebiet der Städte Leverkusen und Dormagen hinaus nur bei extremen Wetterlagen möglich. Diese weiterreichenden Auswirkungen sind nach Meinung der Fachleute in der Regel aber nicht gesundheitsschädigend, sondern werden nur als Geruchsbelästigungen wahrgenommen. Bei besonders empfindlichen Personen können sie zusätzlich noch einen Hustenreiz auslösen.

Trotzdem haben die Oberstadtdirektoren Leverkusen, Solingen, Remscheid, Wuppertal und Düsseldorf und Oberkreisdirektoren Mettmann und Neuss Merkblätter herausgegeben oder bereiten die Herausgabe vor. So haben z. B. die Städte Leverkusen, Düsseldorf, Dormagen und Wuppertal allgemeine oder besondere Merkblätter herausgegeben und der Bevölkerung sowie auch den Schulen zur Kenntnis gebracht. Die Kreise Mettmann und Neuss, die Städte Remscheid und Solingen beabsichtigen, im Jahre 1983 Merkblätter mit allgemeinen Hinweisen herauszugeben.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß mit solchen Merkblättern nicht alle Verhaltensweisen gegenüber den vielen in der Chemie vorkommenden Stoffen abgedeckt werden können. Sie können nur auf die am häufigsten auftretenden Schadensereignisse ausgerichtet sein. Im Einzelfall muß eine auf das spezielle Ereignis abgestellte besondere Information mit nur für diesen Schadensfall geltenden besonderen Verhaltenshinweisen über Lautsprecher, Rundfunk oder Fernsehen erfolgen.

Es kann jedoch auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, daß es – wie am 3. 6. 1982 in einzelnen Fällen geschehen – zu Fehlreaktionen aus der Bevölkerung kommt, behördliche Verhaltensmaßregeln nicht beachtet und daß durch das den behördlichen Weisungen zuwiderlaufende Verhalten u. U. Menschen gefährdet werden.

Andererseits kann mit Sicherheit angenommen werden, daß bei einer konkret wahrnehmbaren Gefahr, die am 3. 6. 1982 objektiv nicht gegeben war, die behördlichen Anweisungen von der Bevölkerung beachtet werden.

Zu 4: In allen Katastrophenschutzplänen der Oberstadt- und Oberkreisdirektoren ist die Warnung der Bevölkerung über Rundfunk und durch Lautsprecherdurchsagen geregelt. In einigen Fällen liegen vorbereitete Tonbänder vor, in anderen Fällen wird je nach Gefahrenlage und freigewordenem chemischen Stoff kurzfristig der Warntext vorbereitet.

Neben den allgemeinen Katastrophenschutzplänen der Behörden liegen für den Bereich der chemischen Großindustrie im Raum Leverkusen/Dormagen die nach § 18 KatSG NW geforderten Sonderenschutzpläne vor. Sie sind Gegenstand regelmäßiger Übungen zwischen den KatS-Behörden, der Polizei, den Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie Betreiberfirmen. Die Pläne enthalten auch detaillierte Meldeverfahren und Anweisungen zur Warnung der Bevölkerung.

Außerdem stehen umfangreiche Handbücher über gefährliche Güter zur Verfügung, die Schutz- und Einsatzmaßnahmen auf den jeweiligen Stoff bezogen aufzeigen. Diese Pläne und Unterlagen werden für ausreichend gehalten, um im Gefahrenfall schnell und zweckdienlich reagieren zu können.

Es ist mir nicht möglich, im Rahmen der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage alle getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen darzustellen. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß auf die jeweilige Gefahrenlage abgestimmte Reaktionen möglich und auch vorbereitet sind.

Bei der Bekämpfung von Gasfreisetzungen bestehen allerdings noch ungelöste Schwierigkeiten. Die Sicherheits- und Abwehrmaßnahmen reichen derzeit noch nicht aus, um Gasfreisetzungen schnell und wirksam zu bekämpfen, die sich in Höhen über ca. 90 Meter wolkenartig verdichten und je nach Thermik, Windrichtung, Windgeschwindigkeit und Topographie infolge ihrer explosiven oder toxischen Eigenschaft auch weiter entfernte Bereiche gefährden können. In diesem Zusammenhang wird überlegt, ob und ggf. wie heute bereits Hubschrauber und Flugzeuge bei der Bekämpfung von Gaswolken eingesetzt werden können oder ob spezielle Fluggeräte und besondere Hilfsmittel entwickelt werden müssen. Wegen der Vielschichtigkeit der Problemstellung und des länderübergreifenden Interesses an dieser Thematik hat auf Vorschlag von Nordrhein-Westfalen der Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz den „Unterausschuß Feuerwehrangelegenheiten“ durch Beschluß vom 20. 10. 1982 beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wie die Bekämpfung von Katastrophengefahren, die durch Giftwolken und Brände hervorgerufen werden, aus der Luft verbessert werden kann. Mit der Vorlage eines Prüfungsberichts wird nicht vor Ende 1984 gerechnet.

## Die Lagekarte – mikroverfilmt

Eine Lösungsmöglichkeit für ein oftmals leidiges Problem – Mit Mikrofilm-Jackets sind Maßstäbe bis 1:400 möglich

Nachdem auf der Ebene der Städte und Kreise seit mehreren Jahren Katastrophenschutzleitungen ihre Aufgaben in stabsmäßiger Arbeit erledigen, sind auch die Führungsmittel ständig verbessert worden. Ein Schwachpunkt ist jedoch in vielen Fällen noch die Lagekarte.

### Der Maßstab – das große Problem

Je nach Größe des Gemeindegebietes werden Kartenwerke in den Maßstäben zwischen 1:50000 bis 1:10000 verwandt. Aus Gründen der praktischen Anwendung müssen oft relativ kleine Maßstäbe benutzt werden, da ein Gemeindegebiet mit einer Achsenlänge von nur 20 Kilometern bei einem Maßstab von 1:10000 schon zu einem Kartenwerk von 2 m Größe führt.

Eine Lösungsmöglichkeit, trotz großer Achsenlänge einen großen Maßstab zu wählen, ist dadurch gegeben, daß das Gemeindegebiet kartenmäßig aufgeteilt wird. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Überlappungen der Kartenwerke notwendig sind, um auch auf Schadenslagen an den Schnittkanten der Karten vorbereitet zu sein. Hierdurch ergibt sich zum Teil ein so umfangreiches Kartenwerk, daß eine schnelle Anwendung nicht möglich ist. Selbst bei zerstückeltem und überlappendem Kartenmaterial werden sich in den wenigsten Fällen zufriedenstellende Maßstäbe erreichen lassen. Sollte sich jedoch auf diesem Weg ein Maßstab von 1:10000 erreichen lassen, so sind die Anwendungsprobleme hiermit nicht gelöst.

### Die 20-cm-Lagekarte

Bei Übungen hat es sich zum Teil eingebürgert, sehr großräumige Schadenslagen anzunehmen. Große Teile oder das gesamte Gemeindegebiet versinken in Schutt und Asche.

Sicherlich hat die Vergangenheit Beispiele solcher ausgedehnten Schadensräume aufgezeigt. Aber die größte Häufigkeit dürften jedoch Schadenslagen mit einem Radius von bis zu 2 km vom Schadensort haben.

Nimmt man nun einmal eine Lage an, die Auswirkungen auf ein Gebiet der Größe von 2x2 km hat, so ist die Lagekarte bei einem Maßstab von 1:10000 nur 20 cm groß, da der übrige Bereich bei der Stabsarbeit nur bedingt interessiert.

Also ein 20 cm großes Führungsmittel für eine große Zahl von Stabsmitgliedern, die zum Teil sicherlich 4 bis 7 m Abstand von der Karte haben! Ein Zahlenspiel? Leider nicht – eher die Praxis bei fast allen Stäben.

### Die Lösung: Mikroverfilmung

Die Aufgabe zur Lösung der Problematik stellt sich somit wie folgt dar: Schaffung eines Führungsinstruments, mit dem beliebige Kartenausschnitte möglichst mit stufenlosen Maßstäben bis mindestens 1:1000 vorgehalten werden können.

Eine Lösung: Die mikroverfilmte Lagekarte.

### Die Technik

#### Vorlagen

Für die Herstellung der mikroverfilmten La-

gekarte werden folgende Vorlagen bereitgestellt:

Ausbaustufe	Kartenwerk	Maßstab 1:	Anzahl Blätter	Format BxH (cm)
1	Amtl. Stadtkarte	20000	1	123 x 90
	" "	15000	1	159 x 119
	Stadtkartenwerk	10000	9	98 x 67
	Amtl. Straßenverz.	-	1	119 x 84
2	DGK 5	5000	68	45 x 48

#### Verfilmungstechnik

Die Stadtkartenwerke werden vom Vermessungs- und Katasteramt – Mikrofilmzentrale – der Stadt Wuppertal mit einer Schrittschaltkamera auf 35-mm-Mikro-

Rollfilm aufgenommen. Zur Sicherstellung der verschiedenen Kartenmaßstäbe bei der Projektion werden die Vorlagen in unterschiedlichen Aufnahmefaktoren (AF) verfilmt:

Ausbaustufe	AF	Kartenwerk	Anzahl Aufnahmen	Proj. Maßstab von bis ca. 1:	Auswert. r max (km)
1	29,7	Amtl. Stadtkarte 1:20000	24	2500-4500	1-2
		Stadtkartenwerk 1:10000	36	1000-2000	1
		Amtl. Straßenverz.	24		
	21,0	Amtl. Stadtkarte 1:20000	4	1500-4000	1-1,5
		1:15000	4	1100-3000	1
		Stadtkartenwerk 1:10000	36	800-2000	0,5-1
2	14,8	Amtl. Stadtkarte 1:20000	16	1000-3000	0,7-1
		Amtl. Stadtkarte 1:20000	68		
	29,7	1:20000	68	2500-4500	1-2
		Amtl. Straßenverz.	68	400-800	0,3
21,0	DGK 5	68			

## Überlappende Kartendarstellung

Die gewünschten Überlappungen der Kartenwerke bei der Projektion ergeben sich teilweise durch die Verfilmung mit entsprechenden Aufnahmefaktoren. Beim Stadtkartenwerk 1:10 000 werden überlappende Kartenblätter angefertigt und verfilmt.

## Mikrofilm-Verarbeitung

Für die Projektion werden die Mikrofilm-Aufnahmen – jeweils 6 Stück – in Mikrofilm-Jackets (105×148 mm) eingetascht. Standardmäßig enthält das Jacket für Übersichtszwecke

1. die Amtl. Stadtkarte 1:20 000 (AF 29,7) und
2. das Amtl. Straßenverzeichnis (AF 29,7).

Die Jackets werden für den ständigen Gebrauch auf Diazo-Duplikatfilm dupliziert. Die Jackets mit dem Original-Mikrofilm werden im Sicherheitsarchiv der Mikrofilmzentrale aufbewahrt.

## Projektion

Verschiedene Firmen bieten Mikrofilm-Projektoren an. Sie funktionieren im Prinzip wie Diaprojektoren. Es erfolgt eine Projektion des auf die Filmbühne aufgelegten Jackets. Einige Hersteller bieten als Zubehör Zoom-Objektive an. Ein so ausgestattetes Gerät wird in Wuppertal benutzt.

## Projektionswand

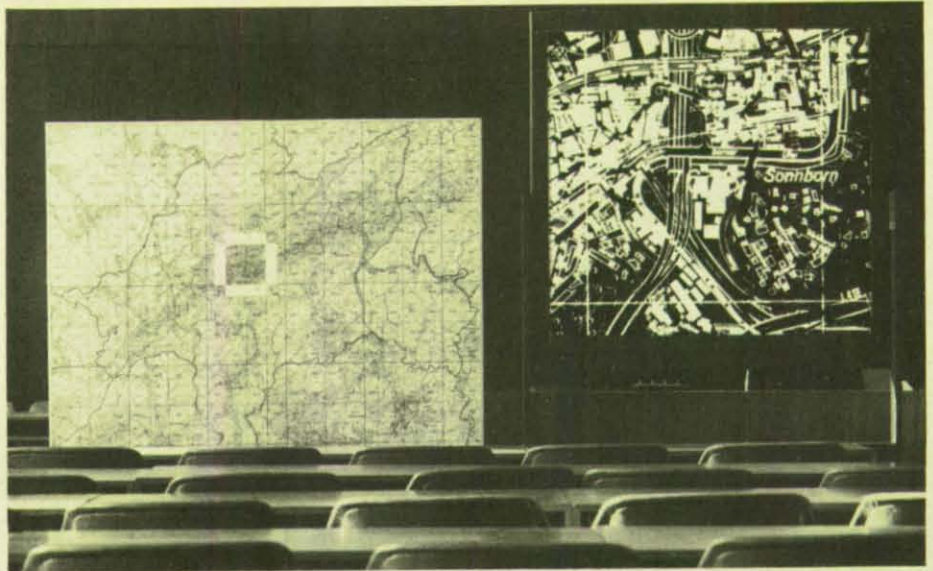
Die Projektion ist grundsätzlich auf jede helle, ebene Fläche möglich. Nachteile zeigen sich bei der Frontprojektion, da hier der Lagekartenführer ständig im Strahlengang steht und somit die Projektion stört.

Die Probleme entfallen bei der Hintergrundprojektion. Hier sind als Projektionsfläche beschichtetes Glas (Milchüberfang), mit Folie versehenes Glas oder spezielle Kunststoffscheiben zu verwenden. In Wuppertal wird eine höhenverstellbare Kunststoffscheibe (160×160 cm) in einem fahrbaren Rahmen verwandt.

Mit den so erstellten Unterlagen (Jacket) ist es möglich, beliebige Kartenausschnitte in einer Größe von 160×160 cm im Maßstab bis ca. 1:400 darzustellen.

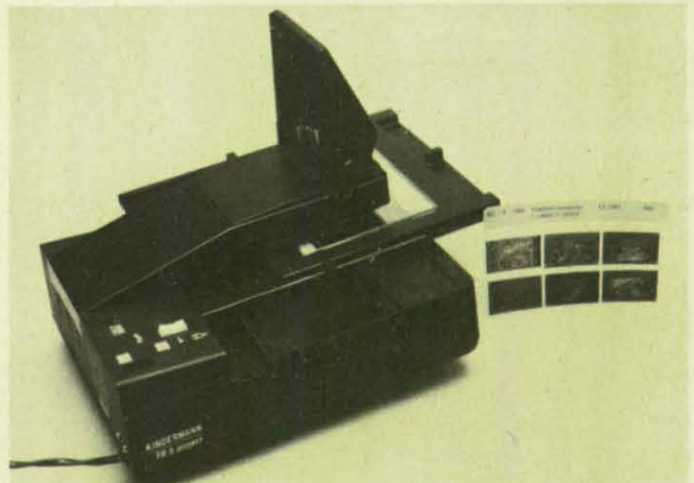
## Relativ geringer Aufwand

Der erforderliche Aufwand besteht aus einem Projektor und einer Projektionswand. Die mikroverfilmten Kartenwerke lassen sich mit sehr geringem Aufwand erstellen oder sind zum Teil für andere Aufgabenbereiche bei den für die Kartographie zuständigen Ämtern der Stadt bzw. Kreisverwaltung vorhanden. Da sich diese Unterlagen duplizieren lassen, sind einer erweiterten Anwendung (z. B. TEL) keine Schranken gesetzt.



Die Lagekarte 1:10 000, Gesamtgröße 180×220 cm, gekennzeichnete Ausschnitt 2×2 km (links im Bild); rechts an der Projektionswand ein Ausschnitt von ca. 1×1 km.

Mikrofilm-Projektor mit Jacket.



Darstellung eines Kartenausschnitts auf der Projektionsfläche; der Abstand zwischen Projektor und Projektionswand beträgt hier ca. 3 m. Durch Teilverdunkelung des Raumes läßt sich eine gute Projektion bei uneingeschränkten Arbeitsverhältnissen für den Stab erreichen. (Fotos: Zeis/Neumann, Medienzentrum Wuppertal)



Dorothee Boeken

Ab März 1983 neuer BVS-Selbstschutz-Grundlehrgang

## Mit modernem Konzept das alte überholen

Weniger Theorie, mehr Praxis – Lehraussagen auf dem aktuellen Stand

Neu ist die Farbe, neu ist die Konzeption: Eine Neufassung der Anleitung für die Durchführung des BVS-Selbstschutz-Grundlehrganges hat das Referat „Ausbildung“ der Bundeshauptstelle ausgearbeitet und nun den Dienststellen in orangefarbenen Mappen vorgelegt. Nach diesem Leitfaden konnten die BVS-Dienststellen bereits ab Januar arbeiten; ab März 1983 werden die Teilnehmer an der Selbstschutz-Grundausbildung generell nach dem neuen Konzept geschult.

Was hat sich in der Neufassung gegenüber dem bisherigen Unterrichtsplan geändert, der zwei Jahre lang, seit 1980, Gültigkeit hatte? In groben Zügen gesprochen wird der praktische Unterricht um eine Stunde erweitert und der theoretische Teil entsprechend gekürzt; die inhaltlichen Aussagen der Selbstschutz-Grundausbildung wurden in vereinfachte Formen „verpackt“, und der Teil „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“ wurde den veränderten Lehraussagen der Sanitätsorganisationen angepaßt. Auch die Lehrmittel sind moderner und deshalb anschaulicher geworden.

### Mehr Praxis

Zwölf Unterrichtsstunden umfaßt die BVS-Selbstschutz-Grundausbildung. Führerscheinbewerber, die laut Straßenverkehrsordnung einen Nachweis über die Teilnahme an einem Kursus über lebensrettende Sofortmaßnahmen erbringen müssen, erhalten nach Absolvierung des Grundlehrganges diese Bescheinigung. Verschiebungen sind innerhalb der zwölf Unterrichtsstunden aufgetreten. Bisher wurden für die praktische Ausbildung sieben Stunden angesetzt, die in der Neufassung auf acht Unterrichtsstunden erweitert wurden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Teilnehmer des Selbstschutz-Grundlehrganges aus dem praktischen Unterrichtsteil mehr profitieren, daß praktische Übungen mehr im Gedächtnis haften bleiben als die theoretischen Lehraussagen. Auch haben die Ausbilder festgestellt, daß die Zeit von sieben Stunden einfach nicht ausreichte, allen Lehrgangsteilnehmern die Möglichkeit zur praktischen Übung in der notwendigen Dauer zu bieten. Aus dieser Neuerung wird

also der zukünftige Teilnehmer der Selbstschutz-Grundausbildung enormen Nutzen ziehen.

### Gestraffte Theorie

Möglich wurde die Ausdehnung der Praxis innerhalb der zwölfstündigen Ausbildung durch die Straffung der Theorie. Besonders die ersten vier Unterrichtsstunden wurden gekürzt, so daß Ballast, der nicht unbedingt zum Schutzverständnis gehört, weggelassen wurde. So wird im neuen Konzept zum Beispiel zwar die Wirkung moderner Waffen ausführlich behandelt, verzichtet wird allerdings gegenüber der alten Unterrichtsfassung auf technische Details, in die der Laie sich sowieso nur sehr schwer einfinden kann.

### Klare Aussagen

Außerdem hat der BVS auch das Ziel erreicht, daß die Teilnehmer des Selbstschutz-Grundlehrganges klarere Aussagen

zu den eigentlichen Aufgaben und zum Auftrag des Bundesverbandes für den Selbstschutz erhalten. Es geht eben um den Selbstschutz als wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil des Zivilschutzes.

### Neue Lehrmittel

Auch die Lehrmittel sind auf den neuesten Stand gebracht worden. Drei neue Filmspots sind statt der bisherigen acht in den Unterricht eingebaut worden; Dias werden nicht mehr gezeigt, sondern nur noch moderne Folien für Overhead-Projektoren zur Veranschaulichung des Unterrichtsstoffs. Der Film „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“ wird derzeit – inhaltlich überarbeitet – neu gedreht und soll künftig den alten Film ersetzen.

Insgesamt wurde die Theorie der Ausbildung auch den neuen Empfehlungen des Bundesamtes für Zivilschutz für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten angepaßt. So steht zum Beispiel auch ein Selbstschutzanzug für Demonstrationszwecke zur Verfügung.

### Keine Erprobungsphase

Eine offizielle Erprobungsphase für die neue Unterrichtskonzeption wird es nicht geben. Ab März 1983 wird einheitlich nach der Neufassung der Anleitung für die Durchführung der Selbstschutz-Grundausbildung gearbeitet. Man hofft, in den nächsten Jahren bei diesem aktualisierten Unterrichtsplan bleiben zu können.



Mehr Praxis lernen die Teilnehmer im Selbstschutz-Grundlehrgang des BVS: Hier wird das Anlegen eines „Brustbandes“ geübt.

## Berichte aus Hamburg

**Hamburg-Nord.** Der Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, Kurt Bochert, trat zum Jahreswechsel in den Ruhestand. In einer Feierstunde würdigte Senatsdirektor Reinhard, Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, das Wirken des Scheidenden.

Bochert war ab 1957 Helfer des damaligen BLSV und wurde 1962 hauptamtlicher Mitarbeiter. In den Folgejahren war er Fachbearbeiter der Dienststelle Altona, Dienststellenleiter, Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit und nach Zusammenlegung der Dienststellen Leiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord.



Verwaltungsdirektor Boison zeichnet Kurt Bochert mit der BVS-Ehrennadel aus. (Foto: Heinrich)

In dieser Zeit hat Bochert es verstanden, mit allen Hamburger Hilfsorganisationen gut zu kooperieren. Viele gemeinsame Aktivitäten hat er initiiert. Für diese hervorragende Arbeit überreichte der Landesbeauftragte des THW, Trautvetter, Bochert das goldene THW-Ehrenzeichen.

Im Auftrage des Direktors des BVS überreichte Verwaltungsdirektor Boison die Verabschiedungsurkunde und zeichnete Bochert mit der Ehrennadel des Verbandes aus. Der Scheidende übernimmt jetzt die Aufgaben eines ehrenamtlichen BVS-Beauftragten.

## Quer durch Niedersachsen

**Ahlhorn/Großenkneten.** Einen Ergänzungslehrgang „Selbstschutz in Wohnstätten“ absolvierten Mitglieder des Not-

funk-Dienstes Niedersachsen, Ortsgruppe Ahlhorn, im Dorfgemeinschaftshaus Großenkneten. Die Veranstaltung baute auf dem Selbstschutz-Grundlehrgang auf, den die Notfunker schon besucht hatten.

Die Teilnehmer zeigten sich von der lehrreichen und aufgelockerten Gestaltung des Unterrichts beeindruckt und wollen die Zusammenarbeit mit dem BVS fortsetzen.

**Holdorf.** Auf Einladung des Holdorfer Gemeinderatsmitgliedes Schlarman fand für die Freiwilligen Feuerwehren Holdorf und Fladderlohausen eine BVS-Informationsveranstaltung statt. Dienststellenleiter Heinz-Günter Freese referierte in Anwesenheit von Gemeindebrandmeister Hermann Niemann sowie Ortsbrandmeister Alfred Helms und Werner Niemann vor mehr als 50 Wehrmännern über Aufgaben und Maßnahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik.

Freese sprach die Alltagsgefahren, Unfälle und Katastrophen an und wies darauf hin, daß auch die größte aller denkbaren Katastrophen, der Krieg, leider nicht unvorstellbar sei. Nur wenn die Bevölkerung ausreichend informiert und vorbereitet sei, so Freese, „ist ein sachgerechtes Eingreifen und Handeln im Augenblick der Gefahr gewährleistet“.

**Petersfehn.** Der Zivil- und Selbstschutz standen im Mittelpunkt einer Film- und Informationsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr Petersfehn. Ein Film über die durch einen Brand vernichtete Roland-Mühle in Bremen sowie ein Referat des Leiters der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven, Werner Pietz, machten den Teilnehmern deutlich, wie notwendig eine umfassende Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz ist, um vor dem Eintreffen organisierter Hilfe notwendige Hilfsmaßnahmen ergreifen zu können und Schaden abzuwenden.

**Hannover.** Anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung der ehrenamtlichen BVS-Helfer und der „Ehemaligen“ aus dem gesamten niedersächsischen Bereich überreichte Landesstellenleiter Sohl dem aus dem Dienst scheidenden Helfer Heinz Wille die BVS-Ehrennadel.

Wille hatte sich bereits im November 1954 dem damaligen Bundesluftschutzverband als Helfer zur Verfügung ge-

stellt. Von 1960 bis 1976 war er hauptamtlich beim BVS beschäftigt und wurde anschließend wieder ehrenamtlicher Fachlehrer bei der BVS-Dienststelle Hannover.

Wille hat sich stets für die Belange des Verbandes eingesetzt. Sein Engagement und seine überdurchschnittlichen Leistungen wurden nun mit der Ehrung gewürdigt.

**Oldenburg.** Mehr als 50 Architekten, Bauingenieure und Inhaber von Baufirmen aus dem nordwestlichen Bereich Niedersachsens waren Gäste bei einer Informationstagung zum Thema „Schutzraumbau“ in Oldenburg. Veranstalter waren das Bildungswerk der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer in Zusammenarbeit mit dem BVS und der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft, Arbeitskreis Niedersachsen.

BVS-Fachgebietsleiter Michael Krüger und Bauingenieur Horst Gebhardt, ehrenamtlicher Fachgebietsleiter für Schutzraumbau bei der Landesstelle, sprachen über realisierbare Vorsorgemaßnahmen im Bereich des Schutzraumbaus. Über bautechnische Grundsätze, bezogen auf Planung und Ausführung von Hausschutzraumbauten, referierte Dipl.-Ing. Peter Schminke von der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft. Anschaulich ergänzt wurden die Vorträge durch Hausschutzraum-Modelle des BVS sowie eine Info-Tafel-Schau der Schutzbau-Gemeinschaft.

**Northeim.** In Zusammenarbeit mit der Realschule und der Stadt Northeim veranstaltete die BVS-Dienststelle Göttingen einen Selbstschutz-Grundlehrgang, an dem 170 Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Die BVS-Dienststelle bietet jeweils für die Abschlußklassen Grundlehrgänge an.

**Wildeshausen.** In 20 Klassen der Berufsbildenden Schule Wildeshausen führte der BVS im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts Informationsveranstaltungen zum Thema „Zivilschutz in unserer Welt“ durch. Die Vorträge fanden bei den Jugendlichen eine überwiegend positive Resonanz. Dargelegt wurde die humanitäre Aufgabe des Zivilschutzes, in einem Verteidigungsfall die Bürger durch nichtmilitärische Maßnahmen vor Kriegseinwirkungen zu schützen und dafür schon im Frieden Vorsor-

ge zu treffen. Dem Hauptziel, dem Schutz des Menschen, diene auch der Selbstschutz als ein Teilbereich des Zivilschutzes.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Recklinghausen.** Die BVS-Dienststelle Recklinghausen beteiligte sich mit Informationsständen an der Sicherheitswoche eines namhaften Einrichtungshauses in Dorsten. Mit dabei waren auch Polizei, Feuerwehr, THW sowie ADAC und Verkehrswacht.

Stündlich wurden praktische Vorführungen wie das Ablöschen brennender Kleidung mit Hilfe einer Decke gezeigt. Besonderes Interesse fand die kostenlose Computerberatung über einen Lebensmittelvorrat. Rund 3360 Bürger informierten sich über Selbstschutzmaßnahmen. Viele beteiligten sich auch an den verschiedenen Aktionen.

**Recklinghausen.** In einer Feierstunde verabschiedete BVS-Dienststellenleiter Horst Stein die ehrenamtliche Mitarbeiterin Elisabeth Konerding, Recklinghausen, und den BVS-Beauftragten für Oer-Erkenschwick, Herbert Dawedeit, die beide nach Vollendung des 67. Lebensjahres aus dem Verband ausschieden.

Gratulation für die Ehrung (von links): Reinhold Ubach, Heinz-Werner Pauly, BVS-Dienststellenleiter Horst Stein, Eduard Schnittker, Elisabeth Konerding, Herbert Dawedeit, Gerhard Hormig. (Foto: Pieper)



Für 20jährige ehrenamtliche Tätigkeit erhielten die Mitarbeiter Hans-Joachim Jaschinski, Gerhard Hormig, Heinz-Werner Pauly, Eduard Schnittker, Karl-Heinz Otis und Reinhold Ubach eine Urkunde.

**Köln.** Die Telefonleitungen von Polizei und Feuerwehr waren vorübergehend von aufgeregten Anrufern blockiert, als zwischen 11.00 und 14.00 Uhr elf Warnsirenen im Stadtgebiet Köln ohne erkennbaren Grund aufheulten. Die Behörden hatten keine Erklärung, von einer Katastrophe war nichts bekannt. Während Fernmeldetechniker der Post auf

die Suche nach möglichen Ursachen gingen, meldeten sich immer mehr aufgeschreckte Bürger aus den verschiedenen Stadtteilen.

Das Düsseldorfer Innenministerium verbreitete schließlich eine Information über den Westdeutschen Rundfunk. Die Kölner erfuhren von einem technischen Defekt an den Sirenen. Worin dieser bestand, konnten allerdings auch die Experten der Post bis zum Abend nicht ermitteln. Ihr Kommentar: „Vielleicht ein Wetter-Phänomen.“

**Düsseldorf.** Das von der Landeshauptstadt geschaffene Ehrenzeichen für Verdienste um den Selbstschutz wurde an Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Düsseldorf verliehen: Fachbearbeiter Rudolf Menzel erhielt die Auszeichnung in Gold; Fachlehrer Peter Heidrich das Ehrenzeichen in Silber.

Beigeordneter Dieter Licht überreichte die Auszeichnungen in einer Feierstunde anlässlich des Besuches der BVS-Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“. Licht würdigte die Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz und BVS-Dienststelle, die, vom partnerschaftlichen Geist getragen, zu Erfolgen im Aufbau des Selbstschutzes geführt habe. „Eine rund zwanzigjährige ehrenamtliche Tätigkeit auf dem Missionsfeld des Selbstschutzes trägt so deutlich

ausgeprägte Züge ideeller Grundhaltung und der Bereitschaft, für dieses Ziel Verzicht im Privatleben zu üben, daß es sich erübrigt, Stationen und Einzelleistungen aufzuzählen. Der Geist der Ausgezeichneten gibt allen um den Selbstschutz bemühten Kräften Mut und neuen Impuls“, führte Licht aus.

**Märkischer Kreis.** Iserlohn, mit über 90000 Einwohnern die größte Stadt des Märkischen Kreises, führte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Hagen eine Selbstschutzwoche durch. Ziel dieser Woche sei es, so BVS-Landes-

stellenleiter Peter Eykmann, der Bevölkerung durch Aktionen und umfangreiche Informationen den Selbstschutzgedanken näherzubringen und auf die Notwendigkeit der Eigeninitiative hinzuweisen. Es gelte, die Möglichkeiten aufzuzeigen, sich Kenntnisse in der Hilfeleistung anzueignen und die Bereitschaft zu wecken, sich ausbilden zu lassen. Man wolle die Bürger auch dafür interessieren, eine ehrenamtliche Tätigkeit als Selbstschutzberater der Stadt Iserlohn oder als ehrenamtliche Helfer des BVS zu übernehmen.

Als glücklichen Zufall wertete Eykmann die Parallelität der Iserlohner Friedenstage und der Selbstschutzwoche. „In einer Zeit, in der in zwölf Ländern der Erde Krieg geführt wird, ist es dringend notwendig, sich über Fragen der Sicherung des Friedens zu unterhalten“, betonte der Landesstellenleiter. Allerdings gehöre auch die Frage nach der Sicherheit des Bürgers zu diesem Komplex.

Während der gesamten Dauer der Veranstaltungswochen waren die BVS-Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Die Frau im Selbstschutz“ im Rathaus Iserlohn und die Bilderschau „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ in der Sparkasse Iserlohn-Letmathe zu sehen. Die Ausstellung „Zivilschutz“ war in der Realschule aufgebaut. Insgesamt haben rund 4800 Interessenten diese Ausstellungen gesehen. Durch einen Computer ließen sich 380 Personen über einen Lebensmittelvorrat beraten. An den Informationsständen mit Filmwagen und Demonstrationen wurden etwa 7500 Zuschauer registriert.

Ein Sicherheitswettbewerb für Fußgänger sowie Vorträge für Architekten und Bauingenieure, Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von Frauenverbänden sowie Betriebsleiter und Sicherheitsbeauftragte rundeten das Programm ab.

**Düren/Erftstadt.** Ein Gymnasium in Erftstadt hatte das Thema „Zivilschutz“ in eine Projektwoche aufgenommen. Auf Wunsch der Projektleiterin, Frau Kister-Honnef, hielt BVS-Dienststellenleiter Jansen einen Informationsvortrag. Er konnte dabei zur Vertiefung der Thematik einen Besuch im Warnamt V kurzfristig vermitteln. Mit einem Informationsstand unterstützte die Dienststelle den Abschlußtag.

## Hessenspiegel

**Hanau.** In einer kleinen Feierstunde in den Räumen der Stadthalle Hanau zeichnete BVS-Landesstellenleiter Straube Wolfgang Schwarz für zwanzigjährige sowie Heinrich Fix und Werner Schulz für zehnjährige ehrenamtliche

Ein Gruppenfoto nach der Ehrung (von links): BVS-Mitarbeiter Fix, Magistratsdirektor Mache, Regierungsdirektor Seitz, Landesstellenleiter Straube, Dienststellenleiter Wagner, BVS-Mitarbeiter Schwarz und Schulz.



Mitarbeit im Verband mit einer Ehrenurkunde aus. Straube hob die Treue, Zuverlässigkeit und Einsatzfreude der Geehrten hervor. Auch Magistratsdirektor Mache, Stadt Hanau, sowie Regierungsdirektor Seitz, Landratsamt Hanau, gratulierten den Jubilaren und sagten ihre Unterstützung für die weitere Arbeit zu.

### Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Mainz.** Die BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz hat einen besonderen Weg beschritten, um landesweit Ergänzungslehrgänge „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ durchführen zu können: Staatsminister Meyer, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz, wurde angeschrieben mit der Bitte, bei den Landwirtschaftsschulen die Durchführung dieses BVS-Lehrgangs zu empfehlen. Das Ministerium richtete daraufhin ein Schreiben an die Bezirksregierungen Koblenz, Trier und Rheinhesen-Pfalz mit der Bitte, ihrerseits ein Empfehlungsschreiben zu erstellen und zusammen mit einem Schreiben der BVS-Landesstelle an die Landwirtschaftsschulen zu senden.

Inzwischen wurden bereits die ersten zwei Selbstschutz-Ergänzungslehrgänge „L“ für angehende Landwirtschaftsmeister durchgeführt. Sowohl in diesem als auch im kommenden Wintersemester soll an allen Landwirtschaftsschulen der Lehrgang in das Unterrichtsprogramm eingefügt werden.

Als zweiter Schritt ist vorgesehen, in den berufsbildenden Schulen und den ländlichen Hauswirtschaftsschulen in gleicher Form zu verfahren. Mit dieser Maßnahme hofft die BVS-Landesstelle, daß die Lehrgangsteilnehmer in ihren elterlichen Betrieben und bei den übrigen Landwirten in den Gemeinden eine verstärkte Bereitschaft zur Teilnahme an derartigen Ausbildungsveranstaltungen wecken.

**Mainz.** Der Dezernent für den Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Mainz, Heinz-Georg Diehl, hatte die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Mainz zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen. Dabei wurde über die Arbeit des BVS im vergangenen Jahr berichtet und diskutiert.

Der Bau von privaten und öffentlichen Schutzräumen stand im Mittelpunkt des Gesprächs. Bürgermeister Diehl betonte, daß auf seine Anregung hin die in Mainz und Umgebung ansässigen Architekten auf dieses Thema besonders angesprochen wurden. Vorgesehen ist nun die Planung bzw. der Bau von weiteren 2000 Schutzplätzen für die Bürger der Stadt.

**Erfahrungsaustausch in Mainz (von rechts):** Leiter der Abteilung Zivilschutz, Busch, Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz, Diehl, BVS-Landesstellenleiter Awiszus, BVS-Dienststellenleiter Klippel. (Foto: Frommeyer)



Diehl dankte den rund 30 freiwilligen Helfern des BVS für ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr, besonders auch deshalb, weil er wisse, daß der Zivil- und Katastrophenschutz ein nicht gerade beliebtes Thema sei.

### Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr empfing BVS-Landesstellenleiter Christian Koch zu einem Gespräch, um sich über den derzeitigen

Stand der Informations- und Ausbildungstätigkeit des Verbandes zu informieren. Koch verwies hierbei auf die erheblich verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, wobei die Aufklärung der Zivilbevölkerung über Gefahrensituationen, selbstschutzmäßiges Verhalten und die verschiedensten Vorsorgemaßnahmen intensiviert wurde. Auch die für Kommunalpolitiker recht erfolgreich durchgeführten Zivilschutzseminare, die in diesem Jahr fortgesetzt werden, kamen zur Sprache. In diesen Seminaren haben zahlreiche Gemeindevertreter ihre Bereitschaft erklärt, als Selbstschutzberater in den Gemeinden zu fungieren und zu einer Forcierung des Selbstschutzes beizutragen.

Die Unterstützung der Landkreise, Gemeinden, Behörden und Betriebe bei der selbstschutzmäßigen Ausbildung der Bevölkerung sowie der Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes und des betrieblichen Katastrophenschutzes hat sich erheblich verstärkt. So führte der BVS im Saarland jährlich etwa 900 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen durch, die von rund 100000 Bürgern besucht wurden, betonte Koch.

Innenminister Dr. Wicklmayr würdigte die beachtliche Tätigkeit des Verbandes. Er unterstrich gleichzeitig die Notwendigkeit des Selbstschutzes und begrüßte das intensive Bemühen der BVS-Landesstelle Saarland, den Gemeinden bei den Vorbereitungen zur Einrichtung der

Selbstschutz-Beratungsstellen und der damit verbundenen Ausbildung behilflich zu sein. Dr. Wicklmayr stellte abschließend heraus, ohne den Selbstschutz sei kein wirkungsvoller Zivilschutz möglich.

**Saarbrücken.** Die von der BVS-Landesstelle Saarland in Zusammenarbeit mit dem saarländischen Innenministerium und dem Warnamt getroffenen Vorbereitungen zur Durchführung der Fachausbildung des Warnstellenpersonals führten zu einem erfreulichen Ergebnis: Von



den insgesamt gemeldeten 376 Bediensteten nahmen 371 Personen an den Lehrgängen teil. Die Lehrgänge führten gleichzeitig auch zu einer Verbesserung der Kontakte und zur Vorplanung verschiedener Informations- und Ausbildungsvorhaben des BVS.

**Saarbrücken.** Beim diesjährigen Neujahrsempfang des Landes war auch der BVS wieder vertreten. Ministerpräsident Werner Zeyer hatte BVS-Landesstellenleiter Christian Koch, den BVS-Beauftragten des Stadtverbandes Saarbrücken, Ludwig Kliebenstein, Fachbearbeiter Norbert Canaris (Saarlouis) und BVS-Mitarbeiter Lothar Fuchs (Neunkirchen) eingeladen.

**Neunkirchen.** Im Stadtteil Wellesweiler verfügte der BVS viele Jahre über eine Übungsanlage, die im Zuge einer weiteren Erschließung von Industriegelände aufgegeben werden mußte. Aufgrund der jahrzehntelangen guten Zusammenarbeit hatte sich die Kreisstadt Neunkirchen entschlossen, an anderer Stelle eine neue Übungsanlage zu schaffen. Inzwischen wurde dem BVS im Stadtgebiet Sinnerthal ein geeignetes Gelände mit städtischem Gebäude, für Schulungszwecke und als Gerätelager, zur Verfügung gestellt. Ein kombiniertes Brand-, Rettungs- und Übungshaus soll im Laufe dieses Jahres errichtet werden.

**Saarbrücken.** Der Saarausbau hat im Geschäftsbereich des Wasser- und Schifffahrtsamtes Saarbrücken auch zu einer Neukonzeption des Behördenselbstschutzes geführt. Aus diesem Grund fand nun eine Besprechung mit der BVS-Landesstelle statt, in deren Verlauf der zuständige Behördenselbstschutzleiter, Lothar Spaniol, die ausgezeichnete Zusammenarbeit herausstellte. Für die nächsten Jahre wurde eine Koordination aller Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des gesamten Behördenselbstschutzes vereinbart.

## Bayern heute

**Augsburg.** In Anwesenheit zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter fand die Jahresabschlußbesprechung 1982 der BVS-Dienststelle Augsburg statt. Erschienen waren auch der Bürgermeister von Schwabmünchen, Elmar Pfandzelter, von der Stadt Augsburg der Referent für Sicherheit und Ordnung, Dr. Wolfgang Spreitler, für den Landkreis Augsburg Oberregierungsrat Reinhart Beck, vom Zivilschutzamt der Stadt Augsburg Amtmann Gunckel und der Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Schwabmünchen,

Amtmann Hugo Riff, sowie BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker.

BVS-Dienststellenleiter Albrecht Heinrich gab einen Überblick über die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Für die verschiedenen Veranstaltungen und Ausstellungen des BVS interessierten sich rund 36000 Bürger, in 190 Selbstschutz-Grund-, Ergänzungs- und Fachlehrgängen wurden rund 4000 Teilnehmer in Praktiken des selbstschutzmäßigen Verhaltens unterwiesen. Erstmals war es auch möglich, Teilnehmer in größerem Umfang aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft für die Fachlehrgänge zu gewinnen, hob Heinrich hervor.

In seinen Ausführungen würdigte Landesstellenleiter Günther Kopsieker die Anstrengungen und Aktivitäten aller Mitarbeiter der Dienststelle. Für langjährige ehrenamtliche Mitarbeit überreichte Kopsieker Peter Herzog, Hans-Peter Schöbel sowie Hans Schreitmüller Ehrenurkunden.

„Der Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes konnte zu einem gelungenen Ergebnis geführt werden“, betonte Bürgermeister Elmar Pfandzelter. Besonders wichtig sei dabei die Tatsache, daß sich Bürgermeister und Stadtverwaltung voll hinter die erforderlichen Maßnahmen gestellt und alle Veranstaltungen mitgetragen hätten.

Auch Dr. Wolfgang Spreitler und Oberregierungsrat Reinhart Beck hoben die gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle und ihren Mitarbeitern hervor.

**Neustadt/Weiden.** Landrat Christian Kreuzer zeichnete den ehrenamtlichen BVS-Helfer Bernhard Bonke mit der vom Bundespräsidenten verliehenen Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. Bonke, der aus Strehlen in Schlesien stammt, kam 1947 nach Pressath und 1954 nach Eschenbach. Von 1957 bis 1978 war Bonke ehrenamtlich beim

BLSV/BVS tätig. Von 1957 bis 1967 leitete er die Kreisstelle Eschenbach, danach wirkte er als BVS-Beauftragter und von 1973 bis 1978 als ehrenamtlicher Helfer der BVS-Dienststelle Weiden.

„In dieser Zeit hat sich Bernhard Bonke durch seinen enormen persönlichen Einsatz beim Auf- und Ausbau des Zivilschutzes große Verdienste erworben“, hob der Landrat hervor. Der Geehrte habe in Kursen und Versammlungen die Bevölkerung mit den Grundkenntnissen der zivilen Verteidigung und des Zivil- und Selbstschutzes vertraut gemacht. Auch im öffentlichen Leben habe sich Bonke stark engagiert. So war er acht Jahre lang Stadtrat in Pressath und vier Jahre Kreisrat im früheren Landkreis Eschenbach. Von 1948 bis 1980 übte Bonke das Amt des ehrenamtlichen Schöffen beim Landgericht Weiden aus.

**München.** Die Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten führte einen Fortbildungslehrgang „Katastrophenschutz“ durch, bei dem auch Fachkräfte der BVS-Landesstelle eingesetzt waren. Lehrgangsleiter Landwirtschaftsdirektor Dr. Pflugbeil bedankte sich in einem Brief an Fachgebietsleiter Denke für die Mitarbeit und schrieb u. a.: „Sie haben sich, Ihre Mitarbeiter und die Anschauungs- und Übungsprojekte des Bundesverbandes für den Selbstschutz in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt und wesentlich dazu beigetragen, daß unser Lehrgang erfolgreich war... Dieser Lehrgang hat uns wertvolle Erkenntnisse gebracht, die für die Sicherheit an unseren Schulen und für weitere Fortbildungsmaßnahmen von grundlegender Bedeutung sind.“

**Landshut.** In einer Feierstunde überreichte BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann dem BVS-Helfer Reiner Roth eine Ehrenurkunde für langjährige ehrenamtliche Mitarbeit und dankte ihm für sein Engagement. Während und

Ein Foto nach der Ehrung (von rechts): Landrat Christian Kreuzer, Frau Bonke, Bernhard Bonke, Amtsrat Herbert Neumann.



In Anwesenheit der Mitarbeiter der Dienststelle zeichnet BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann (rechts) Reiner Roth mit einer Ehrenurkunde aus.  
(Foto: Hackl)



nach seiner Tätigkeit als Ausbildungsleiter des Malteser-Hilfsdienstes Landshut-Stadt erkannte Roth die Notwendigkeit des Selbstschutzes und arbeitete beim BVS mit. Er hat viele Verbindungen geschaffen und ist neue Wege im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes gegangen. Nach seiner dienstlichen Versetzung nach Mühldorf übernahm Roth die Aufgaben eines ehrenamtlichen BVS-Kreisbeauftragten im Landkreis.

**Landshut.** Ein Experiment in Planung und Durchführung stellte ein BVS-Sicherheitswettbewerb in Landshut dar. Anlässlich einer Informationsveranstaltung bei den Mitgliedern des Deutschen Touring-Clubs (DTC) Landshut wurde der Wunsch nach einem Sicherheitswettbewerb geäußert. Es sollte dies eine Besonderheit werden, denn gerade selbstschutzmäßiges Verhalten ist für jeden Kraftfahrer ein besonderes Gebot. So wurden die Stationen des Wettbewerbs in eine Orientierungsfahrt des DTC eingebaut. Die Betreuung übernahmen die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Landshut. Schirmherr war stv. Landrat Ludwig Meyer.

52 Teilnehmer zeigten sich beeindruckt von der Kombination der Aufgabenstellung. Sie erzielten teilweise recht gute Ergebnisse. Eines wurde aber auch deutlich: Einst Erlerntes war längst wieder in Vergessenheit geraten.

Der Vorstand des DTC lobte den gelungenen Versuch und bat den BVS, einen Selbstschutz-Grundlehrgang sowie eine Selbstschutzübung durchzuführen. Aus der praktischen Erfahrung des Wettbewerbs heraus war die Einsicht der Teilnehmer entstanden: „Helfen wollen allein genügt nicht.“

**Pfarrkirchen.** In der Metropole des Rottals, der Stadt Pfarrkirchen, führten die Stadtverwaltung und das Landratsamt in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienst-

stelle Landshut eine Selbstschutzwoche durch. Schirmherr war 1. Bürgermeister Georg Weindl.

An einer Plenumsdiskussion zu Beginn der Selbstschutzwoche beteiligten sich viele Bürger, die die Veranstaltung dankbar zum Anlaß nahmen, einmal mit Fachleuten über den Selbstschutz zu diskutieren. Der Aufbau des Selbstschutzes ist ein langwieriger Prozeß. Teilweise hatten die Bürger falsche Vorstellungen von der Bedeutung des Selbstschutzes und den Aufgaben des BVS.

In weiteren Veranstaltungen sowie an Informationsständen wurden die Bürger auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes sowohl im Wohnbereich als auch an den Arbeitsstätten hingewiesen. Dabei konnten vier Behörden- und zwei Betriebselbstschutzleiter im Stadtbereich für diese Aufgaben gewonnen werden.

Nach Abschluß der Veranstaltungswoche sollen nun folgende Schwerpunkte für die weitere Arbeit des BVS gebildet werden: Das Informationsangebot sowie die Werbung für Selbstschutzlehrgänge sollen verstärkt und der Aufbau des Behördenselbstschutzes sowie die Gewinnung von Selbstschutzberatern vorangetrieben werden.



Ehrung in Kaufbeuren (von links): Verwaltungsamtsrat Erich Brockmann, Redakteur Sigi Schneider, Oberbürgermeister Rudolf Krause, BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl.

(Foto: Tresselt)

**München.** Die BVS-Landesstelle übersandte dem Regierungspräsidenten von Schwaben, Sieder, eine Dokumentation über die Intensivierung des Selbstschutzes auf Gemeindeebene, zusammengestellt von den BVS-Dienststellen Augsburg und Kaufbeuren. Der Regierungspräsident bedankte sich in einem Brief an Landesstellenleiter Günter Kopsieker und schrieb u. a.: „Ich darf Sie bitten, meinen Dank für die hervorragenden Arbeiten den Dienststellenleitern Herrn Heinrich und Herrn Schmalzl, aber auch den namentlich nicht genannten Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern des BVS auszusprechen.“

Daß die unbestrittene Notwendigkeit eines Selbstschutzes in Krisenzeiten, im Spannungs- und im Verteidigungsfall im Bewußtsein unserer Bürger in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert erlangt, dürfen Sie als erkennbaren Erfolg der umfassenden Aufklärungsarbeit des BVS verbuchen. Das Bemühen, die Gemeinden künftig noch mehr als bisher auf ihre Zuständigkeit und Verantwortung für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes vorzubereiten, wird auch von meiner Behörde vorrangig unterstützt . . .“

**Kaufbeuren.** Mit der BVS-Ehrennadel wurde Sigi Schneider, Redakteur der Allgäuer Zeitung, ausgezeichnet. In Anwesenheit von Oberbürgermeister Rudolf Krause und BVS-Dienststellenleiter Schmalzl nahm Verwaltungsamtsrat Erich Brockmann in Vertretung des Landesstellenleiters die Ehrung vor. Brockmann betonte, Schneider habe sich in seiner journalistischen Tätigkeit mit Idealismus und Engagement zu den Aufgaben des BVS bekannt und über seine berufliche Arbeit hinaus in Eigeninitiative den Selbstschutzgedanken im Bewußtsein der Leser verankert. Schneider habe damit in hohem Maße zur Verwirklichung der Öffentlichkeitsarbeit des BVS und zum Bekanntheitsgrad des Verbandes im Allgäu beigetragen.

Jahresbilanz der GZS für 1982

## In jeder Hinsicht erfolgreich

Information und Ausbildung erneut verstärkt –  
Erhebliche Steigerung bei den Selbstschutz-Grundlehrgängen

### 1. Allgemeines

Hiermit gibt die Gesellschaft einen Überblick über ihre Leistung in der Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterrichtung und Ausbildung im Jahre 1982 in den Berliner Behörden und Betrieben sowie über die mit der Berliner Bevölkerung durchgeführten Veranstaltungen. Erstmals hat sich die Gesellschaft in neuem Umfang an Veranstaltungen anderer Organisationen oder Einrichtungen beteiligt.

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende drastische Leistungsanstieg konnte sich aufgrund der personellen und materiellen Enge nicht fortsetzen lassen. Trotzdem darf eine Leistungssteigerung – verglichen mit dem Vorjahr – zur Kenntnis gebracht werden. Durch die in den unterschiedlichsten Bereichen in außerordentlich großer Zahl durchgeführten Kurse hat sich der Ruf und Bekanntheitsgrad der Gesellschaft weiterhin verbessert, was vermehrte Anforderungen an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Gesellschaft zur Folge hat. Im zurückliegenden Zeitraum wurde erhebliche Mühe darauf verwandt, neue ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen und in Berlin bzw. an Schulen in der Bundesrepublik ausbilden zu lassen. Dies wird auch verstärkt für das Jahr 1983 gelten.

Im Bereich der hauptamtlichen Mitarbeiter gab es durch den Weggang des Leiters der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle sowie einen sich über sechs Monate erstreckenden Krankheitsfall erhebliche innerbetriebliche Schwierigkeiten, die das Erscheinungsbild nach außen jedoch nicht im mindesten beeinträchtigten.

Das öffentliche Interesse an den Fragen des Zivilschutzes drückte sich in einer Kleinen Anfrage im Bundestag sowie in zwei weiteren Anfragen zum Zivilschutz und der Gesellschaft im Abgeordnetenhaus von Berlin aus. Mehrere Rundfunkinterviews gaben der Gesellschaft die Möglichkeit, allgemeine Informationen einem breiten Hörerkreis näherzubringen. Das ZDF „Kennzeichen 'D'“ berichtete über den Zivilschutz in der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR, wo-

bei ein Teil der Filmaufnahmen in Zusammenhang mit einer Veranstaltung der GZS gedreht wurde.

### 2. Personallage

Trotz aller Bemühungen, u. a. im Bundestag durch Berliner Abgeordnete, war es nicht möglich, die unzureichende personelle Ausstattung positiv zu verändern. So unglücklich die Situation ist, darf dennoch nicht verkannt werden, daß bei den gegebenen Haushaltsproblemen eine personelle Ausweitung z. Z. nur schwer möglich ist. Diese Situation hatte andererseits zur Folge, daß die wenigen Mitarbeiter weit über die vertraglich vereinbarte Stundenzahl beschäftigt wurden und damit nicht nur be-, sondern überlastet wurden. Langfristig sind hieraus negative Folgen zu befürchten.

Den Anforderungen konnte nur entsprochen werden, da zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter weit über das übliche Maß hinaus tätig wurden und über das Jahr 1982 verteilt ca. 50 Helfer in der

Öffentlichkeitsarbeit honorarfähige Tätigkeiten übernahmen. In Ausnahmefällen konnten sogar Tageslehrgänge ehrenamtlichen Kräften übertragen werden.

### 3. Haushalt

Die Mittelzuweisung bewegte sich etwa auf der Höhe des vergangenen Jahres. Durch die zusätzliche und erstmalige Bewilligung von zwei Dienstfahrzeugen wurde zwangsläufig der Haushalt um rd. 30 000 DM ausgeweitet.

Größere Behörden und Betriebe haben durch die Gesellschaft verauslagte Mittel dieser erstattet, so daß unter dem Titel „Erstattungen“ nicht unerhebliche Rückflüsse zu verzeichnen waren, die jedoch keine echte Einnahme darstellten.

### 4. Gerätebestand

Der Gerätebestand konnte nicht unerheblich ausgeweitet werden. Hierzu wurde die Gesellschaft durch die Umstellung im Bereich „Selbstschutz-Grundlehrgang“ gezwungen, bei dem künftig keine Dia-, sondern nur noch Fo-

Veranstaltungsübersicht

Art der Veranstaltung	Anzahl	Teilnehmer	Vortrags/Unterr.-Std.
Se-Grundlehrgang	118	1.830	1.416
BKO-Fachlehrg. Brandschutztrupp	11	181	72
BKO-Fachlehrg. Sanitätsdienst	2	35	24
GZS-Fachlehrg. Aufklärungs- u. Ausbildungshelfer	2	14	60
Selbstschutz-Übung	29	345	42
Fachl. Unterrichtung Brandschutz	235	5.943	469
Fachl. Unterrichtung Bergung/Rettung	7	118	14
Fachl. Unterrichtung Sanitätsdienst	9	80	18
Infomations-Vorträge (Verschiedene Themen)	34	4.662	72,5
Schutzraumbesichtigung	2	140	4
Arbeitsgemeinschaft "Lehrer"	2	11	4
Arbeitsgemeinschaft "Helfer"	20	247	40
	471	13.606	2.235,5
zzgl. Ausstellungen	6	28.000	49
sonit insgesamt:	477	41.606	2.284,5

liensätze eingesetzt werden. Die stark geforderte Brandschutzausbildung zwang zu mehrfachen Neu-, aber auch Ergänzungsbeschaffungen, die sich kostenmäßig stark bemerkbar machten.

Einer der Schwerpunkte der Ausbildungstätigkeit im Jahre 1983 liegt im Bereich „Bergung und Rettung“, wofür bislang praktisch keine Geräte vorhanden waren. Hier haben erste Beschaffungen eingesetzt, die jedoch im Jahr 1983 fortgeführt werden müssen.

### 5. Geschäftsräume/Übungsplatz

Die neuen Geschäftsräume der Gesellschaft konnten in den Abendstunden und an den Wochenenden nur begrenzt für die Information und Ausbildung genutzt werden, da die übergebenen Schlüssel nur für die Benutzung eines Hintereinganges geeignet sind und auf die Schießanlage des Deutschlandhauses nicht passen. Bemühungen, diesen unerträglichen Zustand zufriedenstellend zu regeln, verliefen 1982 ergebnislos.

Die räumlich begrenzten Möglichkeiten der alten Geschäftsstelle machten sich auch in der Lehrsaalbestuhlung stark bemerkbar. Mit den vorhandenen Stühlen konnte nur der größere Raum ausgestattet werden, so daß zumindest zeitweilig der kleinere Lehrsaal nicht genutzt werden konnte. Damit waren Parallelveranstaltungen in den Geschäftsräumen leider nicht durchführbar.

Das bislang als Übungsplatz genutzte Trümmergelände wird gemäß einem Be-

schluß des Abgeordnetenhauses zu einer Grünanlage mit Gedenkstätte umgestaltet und geht damit für die Ausbildung verloren. Versuche, beim Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, dem Senator für Inneres und der Oberfinanzdirektion Berlin ein Ersatzgrundstück zugewiesen zu bekommen, verliefen bislang ohne Ergebnis.

### 6. Ausbildung/Öffentlichkeitsarbeit

Die Schwerpunkte der Unterrichtung und Ausbildung liegen nach wie vor bei den Fachlichen Unterrichtungen sowie den Selbstschutz-Grundlehrgängen. Während die Anzahl der Unterrichtungen sich nur geringfügig veränderte, war eine erhebliche Steigerung bei den Selbstschutz-Grundlehrgängen zu verzeichnen. Neben den Schulen machten die Kindertagesstätten und Alteinrichtungen von diesem Ausbildungsangebot verstärkt Gebrauch. Von Bedeutung war hier die Mitteilung, daß die Mitarbeiter der verschiedenen behördlichen Einrichtungen die Bescheinigungen über die Teilnahme am Selbstschutz-Grundlehrgang dem jeweiligen Bezirksamt zur Kenntnis vorlegen müssen.

Verstärkt hat sich auch die Anzahl der Selbstschutz-Übungen, die praktisch ausschließlich mit innerbetrieblichen Brandschutzkräften verschiedener Unternehmen durchgeführt werden.

Die Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit lagen bei mehreren Ausstellungsvorhaben sowie Informationsvorträgen

bei Parteien, insbesondere CDU, und den verschiedenen Gruppierungen der Friedensbewegung.

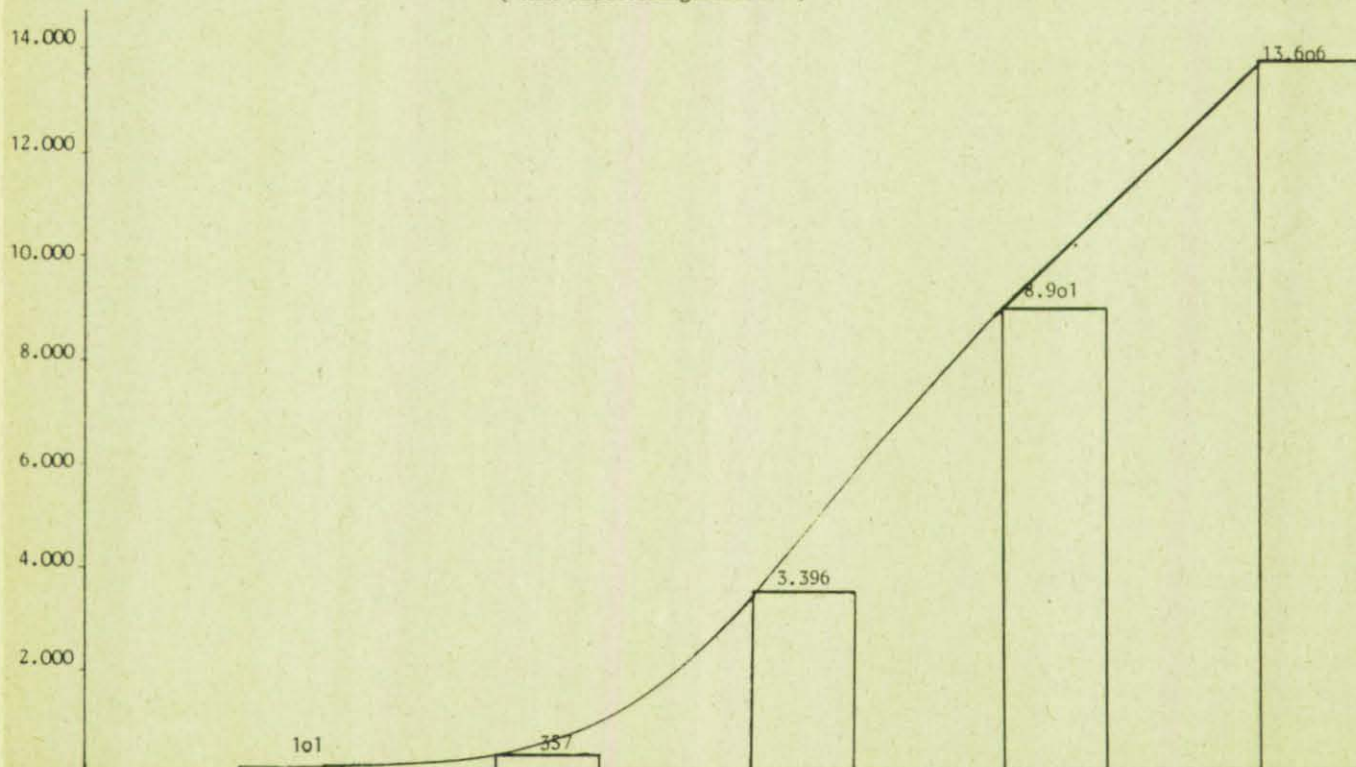
### 7. Zusammenfassung

Das Jahr 1982 war aufgrund der aus allen Bereichen an die Gesellschaft herangetragenen Informations- und Ausbildungswünsche in jeder Hinsicht erfolgreich. Es zeigte gleichzeitig die nicht mehr zu überschreitenden Grenzen auf, die sich aus der unbefriedigenden personellen Stellenbewilligung ergeben.

Zu einem Großteil mußten die hauptwie auch ehrenamtlichen Mitarbeiter weit über das vertretbare Maß belastet werden, um den aus der Öffentlichkeit gekommenen Wünschen Rechnung tragen zu können. Es war trotzdem unvermeidbar, zahlreiche Wünsche abschlägig zu bescheiden, andere auf das Jahr 1983 zu verlegen. Bereits im November 1982 stellte sich heraus, daß die Monate Mai/Juni 1983 die zeitlich untere Grenze für neue Veranstaltungswünsche darstellen.

Die gelegentlich geäußerte Hoffnung, daß die Gesellschaft momentan einen Nachfrageschub zu bewältigen habe, der sich in Kürze auf ein normales Maß reduzieren würde, hat sich als irrig herausgestellt. Die Informations- und Ausbildungswünsche sind seit Anfang 1980 kontinuierlich angestiegen und finden ihre Grenze nur in der personellen Ausstattung. Es wird auch im kommenden Jahr nicht möglich sein, allen Wünschen zu entsprechen.

Teilnehmer an den Veranstaltungen der GZS - Übersicht 1978 bis 1982  
( ohne Ausstellungsbesucher )





## Im Notfall ist die Trinkwasserversorgung gesichert

**Norderstedt.** Das für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung verantwortliche Ordnungsamt der Stadt Norderstedt hat vor einigen Jahren die Verantwortung für das einwandfreie Funktionieren der Trinkwassernotversorgung in der Stadt dem THW-OV Norderstedt übertragen. In regelmäßigen Abständen werden die Notbrunnen von den Helfern gewartet, gereinigt und gegebenenfalls repariert. Im Rahmen dieser Wartung werden u. a. folgende Arbeiten von der GW-Gruppe ausgeführt:

Dichtungen auswechseln, Defekte reparieren, genaue Untersuchung aller Teile und Schraubverbindungen, Untersuchung der Untergründe, Probelauf und Abpumpen von Wasser über mindestens eine halbe Stunde. Dabei wird besonders auf Trübung oder Färbung des Wassers sowie auf Beimengungen von Sand oder anderen Stoffen geachtet.



Die Notbrunnen werden von den THW-Helfern nach einer Checkliste gewartet. (Foto: Carstens)

Auch die Temperatur des Wassers wird kontrolliert, da sie wichtige Aufschlüsse über das „chemische Gleichgewicht“ geben kann. Außerdem werden Wasserproben gezogen und im Labor überprüft. Dies alles erfolgt anhand einer umfangreichen Checkliste.

Durch die ständige Kontrolle ist die Gewähr gegeben, daß in Katastrophenfällen aller Art die Norderstedter Bevölkerung ausreichend mit Trinkwasser versorgt werden kann. G. H.

## Kurt Bochert verabschiedet

**Hamburg.** Kurt Bochert wurde im Kreise der Helfer der Hamburger Hilfsorganisationen von Vertretern des Senats und der Behörden in der Dienststelle des THW-Landesbeauftragten für Hamburg in den Ruhestand verabschiedet.

Seit 1957 gehörte Bochert dem Bundesverband für den Selbstschutz an. Unter seiner Regie wurde die Hamburger Deichwacht aufgebaut, die heute ein fester Bestandteil in der Deichverteidigung des Landes Hamburg ist. Das THW Hamburg, das seit 1976 verantwortlich die Deichverteidigung übernommen hat, gewährte dem langjährigen Kameraden und Freund auch bei seiner Verabschiedung Unterstützung.

In seiner Begrüßungsrede würdigte der THW-Landesbeauftragte für Hamburg, Dipl.-Ing. Trautvetter, die besonderen Verdienste Bocherts um die Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen in Hamburg. Die vielfältigen Unterstützungen, die der BVS in den letzten zehn Jahren dem THW im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, bei Ausstellungen und anderen Veranstaltungen gewährt hat, wurden dabei unterstrichen.

In Anerkennung seiner Verdienste zeichnete Trautvetter Bochert mit dem THW-Helferzeichen in Gold aus.

Falko Tamms, Landesgeschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes, hielt die Laudatio und überreichte einen Silberteller mit Hamburg-Motiven, auf dem auch die Zeichen aller in Hamburg mitwirkenden Katastrophenschutz-Organisationen abgebildet sind.



Ehrung in Hamburg (von links): Feuerwehrchef Gebhardt, Kurt Borchert, THW-Landesbeauftragter Trautvetter. (Foto: v. Essen)

Bochert bleibt dem ehrenamtlichen Kreis der im Hamburger Katastrophenschutz Tätigen erhalten. Seit Januar 1983 leitet er als Landesbeauftragter die Deichwacht. G. T.

## Auszeichnung für Günter Trautvetter

**Hamburg.** Der Automobil-Club-Verkehr (ACV) im AVD hat THW-Landesbeauftragten Trautvetter für seine Unterstüt-

zung, die er bei der Darstellung des Automobil-Clubs in der Öffentlichkeit gewährt hat, die Silberne ACV-Ehrendnadel verliehen.

Das THW Hamburg hat in den vergangenen Jahren zusammen mit dem ACV verschiedene Kraftfahrer-Pokalwettbewerbe durchgeführt, die für die Weiterbildung der Fahrer der Einsatzfahrzeuge eine große fachliche Bereicherung darstellten.



ACV-Vorsitzender Schwegler (links) überreicht THW-Landesbeauftragten Trautvetter die Auszeichnung. (Foto: Krüger)

Vorsitzender Schwegler überreichte Trautvetter die Auszeichnung. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft die Zusammenarbeit so gut wie in der Vergangenheit sein werde.

A. K.

## Fortbildungsveranstaltung bei den „Hamburgischen Elektrizitätswerken“

**Hamburg.** 29 Zug-, Gruppen- und Truppführer der Elektro-Gruppen aus allen Hamburger THW-Bezirken nahmen an einer Fortbildungsveranstaltung der „Hamburgischen Elektrizitätswerke“ (HEW) teil. Die HEW-Mitarbeiter stellten sich dafür unentgeltlich in ihrer Freizeit zur Verfügung. An insgesamt drei Wochenenden wurden die THW-Führer und Unterführer in Theorie und Praxis der



An drei Wochenenden werden die THW-Helfer in Elektrotechnik weitergebildet. (Foto: Krüger)

Elektrotechnik weitergebildet. Insbesondere informierten sie sich über Stromerzeugung und -verteilung, Aufbauelemente von Starkstromkabeln, Kabelleitung, Kabelgarnituren, Arbeitssicherheit und Vorführung im Leitungsprüffeld.

Nach Aussage der HEW haben sich die THW-Führungskräfte sehr interessiert und fachkundig gezeigt: Es ist geplant, die praktische Zusammenarbeit zu vertiefen. A. K.

## Über 1 000 Helfer bei Katastrophenschutzübung

**Hamburg.** Mit zwei Bergungszügen, einem Verpflegungstrupp, 50 Junghelfern und einer großen Zahl von Schiedsrichtern war das THW Hamburg bei der letzten Katastrophenschutzübung, die von der Behörde für Inneres und der Feuerwehr Hamburg durchgeführt wurde, dabei.

Bei der Vorbereitung der Übung und dem Aufbau des Katastrophenszenarios war der THW-Landesverband bzw. der Bezirksverband Hamburg-Mitte entscheidend beteiligt. Über 1000 ehrenamtliche Helfer aller Hilfsorganisationen, der Freiwilligen und Berufsfeuerwehr versuchten, an mehreren wirklichkeitsnah gestellten Schadensstellen über 250 „Verletzte“ aus umgestürzten Eisenbahnwaggons sowie vertrümmerten und brennenden Gebäuden zu retten, um sie dann in Schwerpunktkrankenhäuser zu transportieren. Nach gut dreieinhalb Stunden waren alle „Verletzten“ versorgt, und der Senator für Inneres, Al-

fons Pawelczyk, dankte den Helfern für ihr großes Engagement und ihren Einsatzwillen. Der Senator kündigte an, daß festgestellte Führungsfehler in einer weiteren Stabsrahmenübung beseitigt werden sollen.

Auf die THW-Bergungshelfer des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf wartete nach Übungsende noch eine besondere Aufgabe: Sie mußten ohne Hilfe eines Krans einen umgestürzten D-Zug-Waggon wieder eingleisen. Nach vier Stunden harter Arbeit war auch diese nicht alltägliche Aufgabe geschafft. A. K.

## Bürgerschaftsabgeordnete besuchten Bremer THW

**Bremen.** Das THW sollte in einem größeren Umfang als bisher bei Unglücksfällen zur Hilfe gerufen werden. Dies forderte der THW-Landesbeauftragte für Bremen, Dirk Göbel, während eines Besuchs der beiden Bürgerschaftsabgeordneten Claus Dittbrenner und Volker Kröning. Im Gespräch mit dem Landesbeauftragten, dem für Einsatz verantwortlichen Hauptsachgebietsleiter Günther Hildebrandt und den Mitgliedern des Bremer THW-Landesausschusses Hans Bruns (Kreisbeauftragter), Joachim Calkosz (Ortsbeauftragter für Bremen-Hastedt) und Rainer Skaletz (Landeshelfersprecher) erörterten die beiden Politiker aktuelle Fragen.

Beklagt wurde von den Mitgliedern des Landesausschusses, daß in der Stadtgemeinde Bremen nach wie vor keine angemessene Führungsstruktur im Katastrophenschutz vorhanden sei. Eine dezentrale Führung, wie sie bei großen und weiträumigen Unglücksfällen erforderlich sei, existiere nicht. Die dafür notwendigen Abschnittsführungsstellen seien bisher nicht eingerichtet worden.

Auch über die Arbeit der THW-Jugendgruppen diskutierte man. So hat der THW-Landesverband Bremen für seine Jugendgruppen Anträge auf „Anerkennung als Träger der Freien Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz“ gestellt. Kröning sagte zu, sich mit Nachdruck für die Anerkennung einzusetzen. „Der Arbeit der THW-Jugendgruppen muß ein hoher Stellenwert eingeräumt werden“, betonte Dittbrenner, der auch Vorsitzender der THW-Helfervereinigung des Ortsvereins Bremen-Osterholz ist.

## Zwanzig Jahre THW-OV Schwachhausen

**Bremen.** Vor 20 Jahren, im November 1962, wurde der THW-OV Schwachhausen, damals noch OV Bremen-Ost ge-

nannt, gegründet. Aus Anlaß dieses Jubiläums hatte das THW zu einem „Tag der offenen Tür“ in die Unterkunft an der Parkallee eingeladen.

Von 9.00 bis 17.00 Uhr konnten sich interessierte Bremer über die Aufgaben des THW informieren. Die verschiedenen Fachdienste führten das Verlegen von Fernmeldekabeln, das Aufstellen von Freileitungsmasten sowie den Bau von Wasser- und Rohrleitungen vor. Die



Letzte Vorbereitungen für die Geräte- und Fahrzeugschau. (Foto: Woltemath)



Auch der Bau von Stegen und Brücken wird demonstriert. (Foto: Woltemath)

Besucher hatten Gelegenheit, beim Rohrgewindeschneiden und beim Schweißen von Metallrohren zuzusehen. Eine Fahrzeug- und Geräteschau rundete die Präsentation ab.

THW-Ortsbeauftragter Erich Behrendt, der den Ortsverband seit seiner Gründung führt, konnte über 500 Besucher begrüßen, darunter Bremens Innensenator Helmut Fröhlich und THW-Landesbeauftragten Dirk Göbel. U. W.

## „Tag des Helfers“

**Bremen.** „Ihre Arbeit hat die Zusammengehörigkeit, den Gemeinschaftssinn, die Verbindung von staatlicher, nachbarschaftlicher Hilfe und Selbsthilfe zur Grundlage. Mit anderen Worten: Ihre Arbeit ist eine seit langem bestehende, umfassende Bürgerinitiative.“ Das betonte Innensenator Helmut Fröhlich in seiner Rede während des Empfangs zum „Tag des Helfers“ im Bremer Rathaus.



Gemeinsam bergen Feuerwehr und THW einen „Verletzten“. (Foto: Krüger)



Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk (links) begrüßt THW-Landesbeauftragten Günter Trautvetter. (Foto: Krüger)



Viele Helfer folgten der Einladung zum „Tag des Helfers“ ins Bremer Rathaus. (Foto: Woltemath)

Der Senator hatte Helfer und Mitarbeiter der im Zivil- und Katastrophenschutz sowie im Rettungswesen tätigen Hilfsorganisationen eingeladen. An diesem traditionellen Empfang nahmen auch Helferinnen und Helfer aller Bremer THW-Ortsverbände teil. U. W.

### Hoher Besuch beim OV Cloppenburg

**Cloppenburg.** Bundestagsabgeordneter Manfred Carstens sowie der Hauptverwaltungsbeamte des Landkreises Cloppenburg, Oberkreisdirektor Rausch, besuchten die neue Unterkunft des THW-OV Cloppenburg. Kreis- und Ortsbeauftragter Hase bedankte sich dabei für das vom Landkreis Cloppenburg großzügig finanzierte Bauvorhaben und stellte die enormen Eigenleistungen der THW-Helfer heraus. Nicht zu vergessen sei auch die finanzielle Unterstützung durch die THW-Helfervereinigung.

Die Gäste besichtigten die Einsatzfahrzeuge sowie einzelne Ausbildungsstationen und zeigten sich beeindruckt vom Leistungsstand der Helfer und der Führung des Ortsverbandes. G. H.

### Dreißig Jahre THW-OV Stade

**Stade.** „Eine Idee hat Geburtstag“ war das Motto des THW-OV Stade anlässlich seines dreißigjährigen Bestehens. Zum Empfang waren rund 70 Personen, Führungskräfte, Mitglieder befreundeter Organisationen sowie Vertreter von Stadt und Landkreis in die Unterkunft gekommen. Begleitet wurde dieser Empfang von einem „Tag der offenen Tür“, bei dem die reichhaltige Ausstattung des Ortsverbandes präsentiert wurde.

Gegen Abend erweiterte sich der Kreis der Gäste um die Helferschaft. Der gemütliche Kameradschaftsabend und der Festball am darauffolgenden Samstag schlossen die Veranstaltungen zum Jubiläum ab. R. B.

### Fußgängerbrücke über die Aue

**Uelzen.** Eine seiner längsten Brücken hat der THW-OV Uelzen wenige Tage vor seinem dreißigjährigen Jubiläum fertiggestellt: Über 700 Arbeitsstunden unter teilweise unwirtschaftlichen Witterungsbedingungen stecken in dem 35 m langen Bauwerk, dessen Unterbau mit den beiden Jochbalken aus härtestem Bongossiholz gefertigt wurde. Da sich bei der vor 15 Jahren erstellten alten Brücke immer wieder Treibgut an den Tragbalken verfangen hatte, was zu Überschwemmungen und schließlich zur Verrottung führte, wurden die sechs Meter langen Bongossi-Holzpfähle nun außerhalb des Baches vier Meter tief eingerammt. Eine Arbeit, die viel Zeit in Anspruch nahm.

Ende November konnten der eichene Gehwegbelag und das Gelände montiert werden. Wenige Tage vor dem Jubiläum fand die feierliche Übergabe der Brücke statt, die u. a. den anwohnenden Schulkindern einen gefahrlosen Schulweg ermöglicht. R. B.

### Ein erfolgreiches Jahr

**Aurich.** Eine Wochenendübung des Bergungszugs des THW-OV Aurich an der KatS-Schule Hoya bildete den Höhepunkt der Ausbildungsvorhaben des Ortsverbandes im vergangenen Jahr. Die Zuweisung von drei neuen Fahrzeugen für den Fernmeldezug, zwei Fernsprechkraftwagen und ein Geräte- und Betriebskraftwagen setzten auf dem Ausstattungssektor Glanzlichter. Mit Stolz vermerkte Ortsbeauftragter Hermann Schallmaier bei der Jahresabschlussversammlung, der Ortsverband sei damit bis auf einen ausstehenden Funktruppwagen fahrzeugmäßig komplett neu ausgestattet.

Große Leistungen erbrachte im Jahr 1982 die kleinste Einheit des Ortsverbandes – der Verpflegungsstrupp. Unvergessen bleibt für die Helfer der „Niedersachsentag“ im August 1982, als sich Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht von den Kochkünsten des Trupps überzeugen konnte und den Helferinnen und Helfern seine besondere Anerkennung aussprach. R. B.

### Positive Bilanz

**Münden.** 7243 Stunden ehrenamtlicher Dienst stehen auf der Habenseite der Jahresbilanz des THW-OV Münden, die Ortsbeauftragter Fred Rieger vor Helferschaft und Pressevertretern erläuterte.

Als krönenden Abschluß der Ausbildungstätigkeit bezeichnete Rieger die Abschlußprüfung „Grundausbildung“ im Oktober, die sämtliche Prüflinge des Ortsverbandes mit guten Ergebnissen bestanden. Auf zwei Einsätze außerhalb des normalen Dienstablaufs wies der Ortsbeauftragte besonders hin: in Waake schufen die Helfer mit Alu-Brückengerät, nach Einsturz der alten Brücke, in kürzester Zeit einen Behelfsübergang für den Fahrzeugverkehr. Auf Wanderwegen des Naturparks Münden konnten mehrere Fußgängerbrücken errichtet werden, um weitere Wege zu erschließen. Auch die Zuweisung eines neuen GKW sowie die Inbetriebnahme eines von der Jugendgruppe in Eigenleistung erstellten Kajütbootes waren herausragende Ereignisse. R. B.

### Silvesterüberraschung

**Berlin.** In den Morgenstunden des Silvestertages 1982 brannte der Dachstuhl eines großen Mietshauses im Bezirk Schöneberg völlig aus. Die Feuerwehr bat das THW um Unterstützung. Nach Abschluß der Löscharbeiten sollten die THW-Helfer etwa 250 qm Dach abdichten. Die Bezirksverbände Schöneberg/Tempelhof wurden mit dieser Aufgabe betraut. Gegen 13.30 Uhr rückten 20 Helfer zur Schadensstelle aus.

Zunächst mußte die Einsatzstelle begehbar gemacht und das verkohlte Dachgestühl beseitigt werden. Ein Feuerwehrran half beim Wegschaffen des Brandschuttes und beim Hinaufziehen des Arbeitsmaterials. Nach dem Ausleuchten der Einsatzstelle wurde bis 20.30 Uhr hart gearbeitet. Dann ging es zurück zum Bezirksverband. Waschen, umziehen, und ab zur Silvesterfeier!

Am Neujahrstag waren die Helfer wieder im Einsatz. Um 12.00 Uhr fuhrn GKW, MKW und Kipper zur Schadensstelle. Die Errichtung eines Notdachstuhls und die Abdichtung des Hauses forderten noch manchen Tropfen Schweiß. Man arbeitete bis tief in die Nacht. Die dankbaren Mieter, die durch den Einsatz des THW in ihren Wohnungen bleiben konnten, versorgten die Helfer mit Essen und Getränken. N. W.

### Ausbildung bei Versorgungsbetrieben

**Berlin.** Um Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten für die Helfer des Instandsetzungsdienstes zu finden, wurde mit den Versorgungsunternehmen Berlins über die notwendige spezielle Ausbildung für die THW-Helfer gesprochen.

In mehreren Gesprächen, zu denen der Senator für Inneres Vertreter der Geschäftsleitungen der Unternehmen geladen hatte, konnten erste Klärungen herbeigeführt werden, die später in Einzelgesprächen vertieft wurden.

Daraus ergaben sich in den Jahren 1981/82 eine Reihe von Lehrgängen für Führer und Unterführer des THW, die teilweise völlig identisch mit der Ausbildung für Werksangehörige und andererseits besonders auf das THW abgestimmt waren. Grundlage war in jedem Fall die Ausbildung am Standort und an der Katastrophenschutzschule des Bundes im Rahmen der Musterausbildungspläne für den Instandsetzungsdienst.

So konnte bei den Berliner Wasserwerken ein zweiwöchiger Lehrgang für elf Helfer durchgeführt werden, dessen Schwergewicht auf dem praktischen Teil lag und die Helfer in die Lage versetzt, unter Aufsicht und Führung der Wasserwerke am Rohrnetz arbeiten zu können.

Ein ebenfalls zweiwöchiger Lehrgang bei den Berliner Gaswerken (GASAG) hatte das gleiche Ziel; hier hat sich nach dem ersten Lehrgang, an dem sieben Berliner Helfer und zwei Ausbilder der Katastrophenschutzschule des Bundes teilnahmen, herausgestellt, daß die Zeit für eine tiefergehende praktische Ausbildung zu kurz war. Eine Verlängerung auf drei Wochen erscheint notwendig.



Das Schwergewicht der Ausbildung lag auf dem praktischen Teil, hier die Helfer beim Verfüllen der Baugrube nach Abschluß der Reparaturarbeiten. (Foto: Brühl)

Beide Werke haben die Lehrgänge auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des THW abgestimmt, da die betriebliche Ausbildung der Mitarbeiter wesentlich länger dauert und für Helfer nicht realisierbar war.

Bei den Berliner Entwässerungswerken konnte ein Helfer einen über vier Wochen dauernden Kanalwartelehrgang besuchen und erfolgreich beenden. Diese Lehrgangsart wird in größeren Zeitabständen den dort beschäftigten Mitarbeitern angeboten.

Bei der Berliner Kraft- und Licht AG (BEWAG) besuchten bereits vier THW-Helfer zwei der dort für Mitarbeiter

durchgeführten Kabelmontagelehrgänge (Teil A) von jeweils drei Wochen Dauer, um die zwingend vorgeschriebenen Bearbeitungstechniken zu erlernen. Für diese Helfer steht noch ein weiterer zweiwöchiger Lehrgang (Teil B) an, um alle notwendigen Fertigkeiten zu besitzen.

Die Teilnahme von THW-Helfern an diesen Lehrgängen hat gezeigt, daß hier die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem THW und den Werken aufgebaut werden konnte. Wenn sich auch noch nicht in allen Fällen ein konkretes Miteinander erkennen läßt, ist das Sich-Kennenlernen auch ein wesentlicher Effekt.

Erstrebenswert – bei BEWAG und GASAG zwingend vorgeschrieben – ist der Besuch aller I-Dienst-Helfer bei den jeweiligen Werken, um die Besonderheiten, Normen und Unfallverhütungsvorschriften praxisgerecht zu erlernen und im Einsatzfall vorschriftsmäßig anzuwenden.

Im Rahmen aller Lehrgänge wurde den jeweiligen Werken die Ausstattung des Instandsetzungsdienstes – teilweise auch anderer Fachdienste – ausführlich vorgestellt und das Gerät bei den praktischen Arbeiten eingesetzt. Dabei stellten sich kleinere Mängel und Fehlteile heraus, die aber auch auf die örtlichen Gegebenheiten zurückzuführen sind. Insgesamt ist festzustellen, daß die THW-Ausrüstung im allgemeinen gut zu verwenden ist und nach Ergänzung durch spezielle Werkzeuge ein solides Arbeiten ermöglicht. W. P.

### Brückenschlag bei Nacht

**Paderborn.** Der 3. Bergungszug des THW-OV Paderborn führte eine Nachtübung unter einsatzmäßigen Bedingungen durch. Nach Bekanntgabe der Lage und des Auftrags wurden die Geräte auf Funktion und Vollständigkeit überprüft und die Meldewege innerhalb des Zuges eingeübt. Anschließend verlegte der Zug seinen Standort in einem Nachtmarsch von Paderborn nach Höxter, wo man zu später Stunde eintraf.

Hier war der Bau einer Brücke aus Sd-Gerät auszuführen, das der THW-OV Höxter zur Verfügung gestellt hatte. Aus der Beschaffenheit des Geländes ergab sich der Entschluß, eine Grabenbrücke in freier Vorbauweise zu errichten.

Innerhalb von nur zwei Stunden hatten die Helfer die Brücke mit einer Spannweite von 12,80 Metern und einer Tragfähigkeit von acht Tonnen errichtet. Nach bestandener Belastungsprobe durch MKW und LKW wurde mit dem Rückbau der Brücke begonnen, so daß



Mit einem MKW wird die Belastungsprobe durchgeführt. (Foto: Hagen)

die Helfer in den frühen Morgenstunden wieder in Paderborn eintrafen.

Wie schon bei vorangegangenen Übungen wurde der Bergungszug auch diesmal sanitätsdienstlich unterstützt von ASB und MHD aus Paderborn. F.-J. H.

### Erfolgreiche Einsätze

**Frankfurt.** Zufrieden zeigte sich der THW-OV Frankfurt mit den Leistungen im vergangenen Jahr. Vor allem der Januar 1982 hatte es in sich. Zu Monatsanfang sicherten Helfer Gebäude und Güter gegen Wasserfluten. Am 27. und 28. Januar bargen sie dann nach einer Explosion im Haus Comeniusstraße die Habseligkeiten der Bewohner und brachten provisorische Verschlüsse vor Türen und Fenstern an. 265 Einsatzstunden kamen hierbei zusammen. Mitte des Jahres mußten die Helfer ausrücken, um auf dem Main ausgelauenes Öl einzusammeln. Tatkräftig unterstützte der Ortsverband das Forstamt Butzbach und beseitigte Reste aus Wind- und Schneebrüchen vergangener Jahre.

Außerdem wurde eine Alarmgruppe ins Leben gerufen. Diese Einrichtung hat sich inzwischen bewährt. Ohne Fehl und Tadel bestanden alle Teilnehmer der laufenden Grundausbildung die Zwischenprüfung. Bei einem Zugführer-Lehrgang belegten die Helfer des Ortsverbandes die ersten Plätze.

1983 wird der Ortsverband vor allem beim Deutschen Turnfest mitwirken. Freilich nicht am Reck oder auf der Sprungmatte, sondern im Hintergrund, mit organisatorischen Aufgaben betraut. H. E.

### Silberne Löffel als Anerkennung

**Marburg.** Die Auszeichnung mehrerer Helferinnen und Helfer des THW-OV Marburg stand im Mittelpunkt einer Zusammenkunft, an der auch Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen und der Sachbearbeiter für den Katastrophen-





Fröhliche Gesichter nach der Ehrung (von rechts): Zugführer Karl-Heinz Tietz, Helferin Irmtraut Linne, Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen, Helferin Anni Braun, Kreisbeauftragter Gert Linne und Zugführer Michael Beck. (Foto: Braun)

schutz der Stadt, Regierungsoberinspektor Hamm, teilnahmen. Geehrt wurden 13 Helfer für zehnjährige und Zugführer Wolfgang Söhnlein für 25jährige Zugehörigkeit zum THW. Im Auftrag des THW-Direktors zeichnete Lossen Georg Pfeiffer, Wilfried Braun und Gerd Gleber mit dem THW-Helferzeichen in Gold aus. Die drei Helfer haben sich fast zwei Jahrzehnte in besonderem Maße für den Ortsverband engagiert.

Überrascht zeigten sich die Helferinnen des Verpflegungstrupps von den silbernen Löffeln, die sie für die vorzügliche Versorgung der Mannschaft erhielten.

W. B.

### Übung in einer Zuckerfabrik

**Friedberg.** 450 Helfer des Katastrophenschutzes des Wetteraukreises führten eine Übung durch. Auf dem Gelände einer Zuckerfabrik wurden für alle Fachdienste Einsatzaufgaben gestellt. Der Bergungszug des THW-OV Friedberg hatte die Aufgabe, das Bergen von „Verletzten“ über eine Leiter mit Hilfe eines Leiterhebels durchzuführen.

Landrat Helmut Münch unterstrich bei der Einweisung den Sinn und Zweck dieser großangelegten Katastrophenschutzübung: Unglücke in den vergangenen Jahren hätten gezeigt, daß sowohl die Zusammenarbeit größerer Verbände aller Hilfsorganisationen als auch das Führen dieser Verbände immer wieder realistisch geübt werden müssen.

Nach acht Stunden konnten die Helferinnen und Helfer aller Hilfsorganisationen mit dem erreichten Ziel zufrieden sein und nach der Schlußansprache des

Hauptverwaltungsbeamten in ihre Standorte zurückkehren. J. Sch.

### Ehrenzeichen für Willi Grieshaber

**Hanau.** Nach zehnjähriger Tätigkeit beim THW-OV Hanau übergab Willi Grieshaber das Amt des Ortsbeauftragten an Wolfgang Mitschke. Landesbeauftragter Lossen würdigte das Wirken Grieshabers in den vergangenen Jahren insbesondere als THW-Kreisbeauftragter des Main-Kinzig-Kreises mit seinen fünf Ortsverbänden.

Für seine bisherige erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle des Ortsverbandes zeichnete Lossen den Scheidenden mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus. Grieshaber, der weiterhin die Belange des THW gegenüber dem Landkreis wahrnimmt, wurde auch der Dank des Main-Kinzig-Kreises ausgesprochen, und zwar durch Dezernatsleiter Hans Seitz.

J. Sch.

### Sprechfunkzeugnis für zwei Helferinnen

**Wächtersbach.** Zwei frischgebackene Funkerinnen beim THW-OV Wächtersbach, die kürzlich ihr Sprechfunkzeugnis erhielten, werden künftig die Einheiten des Ortsverbandes „dirigieren“.

In einem zweiwöchigen Lehrgang an der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen erhielten Christine Bayer und Christiane Seifert die theoretischen und praktischen Kenntnisse vermittelt, die sie berechtigen, am Sprechfunkverkehr der „BOS“ teilzunehmen. J. Sch.

### Nachruf

Der THW-OV Frankfurt trauert um seinen Kameraden

#### Michael Münch

der am 18. Januar 1983 im Alter von 22 Jahren verstarb.

Wir wußten von seiner schweren Krankheit, gegen die er so tapfer gekämpft hat. Trotzdem kam sein Tod für uns unerwartet.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Frankfurt

### THW-Helfer im Kloster Heiligkreuztal

**Salem.** Umfangreiche Instandsetzungsarbeiten im früheren Zisterzienser-Kloster Heiligkreuztal führten die THW-Helfer der Schloßschule Salem während ihres Zeltlagers durch. 28 Helferinnen und Helfer standen der Stephanus-Gemeinschaft zur Seite, die sich die Erhaltung des kunsthistorisch wertvollen Klosters zur Aufgabe gemacht hat. Zug um Zug soll es zu einer Tagungsstätte ausgebaut werden. Bisher konnte das Kirchengebäude vervollständigt und das Klausurgebäude größtenteils instand gesetzt werden.

An einem Sonntagnachmittag machte man sich von Salem aus auf den Weg. Ein Kilometer vor Ort wurde in einem Eichenwäldchen ein ganzes Zelt Dorf mit Feuerstelle, Gerätemagazin und Vorratslager eingerichtet.

Am Montag begann die Arbeit. Eine Brücke wurde entrostet, gestrichen und mit einem neuen Brückenbelag versehen. Das Aufschütten eines Hangs und das Säubern und Befestigen eines Bachlaufs gehörten ebenso zu den Aufgaben der THW-Helfer wie Planierungs- und Isolationsarbeiten.

Der Einsatz machte den Helfern viel Freude, wenn auch die schwere körperliche Arbeit für sie ungewohnt war. Sch.

### Kartenkunde im Gelände

**Rottweil.** An einem Wochenende übte die Jugendgruppe des THW-OV Rottweil den Umgang mit Karte und UTM-System in Theorie und Praxis.

Am Freitagnachmittag, dem 7. Januar 1983, zogen sie sich in die Jugendherberge Villingen zurück, wo nach dem Abendessen die Theorie begann.

Am nächsten Morgen sollten die Helfer die Führung übernehmen und den Kraftfahrer nach der Karte an das erste Etap-

penziell leiten. In drei Gruppen machte man sich von verschiedenen Punkten aus auf den Weg. Die Koordinaten führten schließlich alle Gruppen auf dem Gipfel des Hohen Karpfens zusammen. Hier erwartete sie ein Mittagessen vom Grill im Freien, umwirbelt von einigen Schneeflocken.

Im nächsten Ausbildungsabschnitt wurden die Anforderungen erhöht. Die Junghelfer marschierten einzeln. Wer den gemeinsamen Treffpunkt nicht richtig bestimmen konnte, mußte weiter bis zum nächsten Ziel marschieren. Um ein „Verfransen“ auszuschließen, bekam jeder als Hilfe einen topographisch weit hin sichtbaren Punkt als „Rettungsinsel“ genannt.

Das Ziel an diesem Abend war die Jugendherberge auf der Burg Wildenstein bei Beuron, hoch über dem romantischen Donautal gelegen. Ein Spielplatz mit hölzernen Häusern und Türmen bot sich für Abseilübungen an.

Als man am nächsten Tag wieder heimwärts zog, waren alle Junghelfer von dieser Ausbildung begeistert. R. W.

### Ölabwehr erprobt

**Simbach.** Aufgrund einer Anordnung des THW Bayern haben Ortsverbände, die mit einer Ölsperre ausgestattet sind, diese auf fremden Gewässern zu erproben. Damit soll vor allem getestet werden, wie lange die Anfahrtszeit ist, wie schnell der Aufbau vor sich geht und welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben.

So wurde der THW-ÖV Simbach nach Thansau bei Rosenheim geschickt, um an der Staustufe Thansau zu üben. Die zwei Stunden dauernde Anfahrt sowie der Aufbau klappten reibungslos. Schnell streckte sich die Ölsperre in einer Länge von fast 250 Metern vom linken zum rechten Ufer.

Nach Begutachtung der Ölsperre durch Vertreter des THW-Landesverbandes Bayern konnte der Abbau rasch vor sich gehen. Bei dieser Übung wurde erstmals der Einsatz eines Lkw mit Aufbaukran erprobt, der von einer Privatfirma zur Verfügung gestellt worden war.

K. H. G.

### Spielplatz renoviert

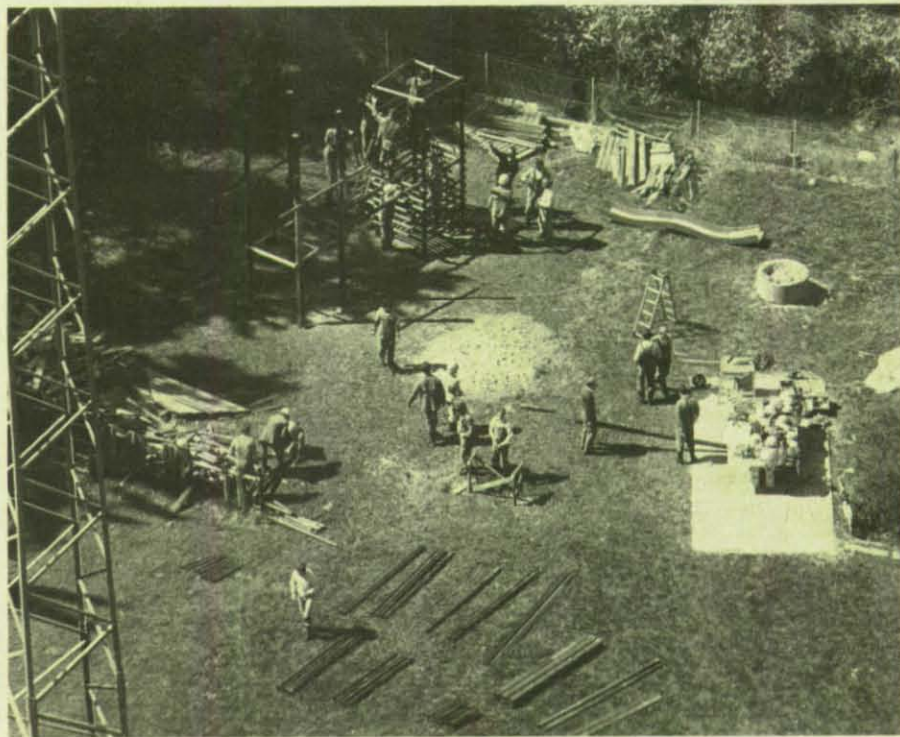
**Böblingen.** Zwölf Jahre sind ein stolzes Alter für einen Spielplatz. Und so war es Zeit für eine gründliche Renovierung der Geräte und Holzbauten auf dem Spiel-

platz an der Amsterdamer Straße, der damals mit Unterstützung des THW-ÖV Böblingen errichtet wurde. Die Helfer haben es als selbstverständliche Aufgabe angesehen, bei den jetzt notwendigen Reparaturen mitzuwirken.

Von Grund auf mußten ein Klettergerüst und ein kleines Fort aus Holz neu errichtet werden. Knapp dreißig Helfer packten mit an, und so sah man alsbald den Spielplatz in neuem Glanz erstrah-

len. An der Wiederherstellung der Spielgeräte beteiligten sich auch zahlreiche Mieter, die damit bewiesen, daß Eigeninitiative noch kein vergessenes Wort ist. Das Material wurde von der Eigentümerin der Häuser, einer Karlsruher Versicherung, gestellt.

Für die Mitglieder des THW-Ortsverbandes bot dieses Projekt beste Möglichkeiten, die verschiedenen Techniken der Holzbearbeitung aufzufrischen. L. U.



Von Grund auf müssen die Geräte des Spielplatzes renoviert werden.

(Foto: Ulsamer)



Eine gute Gelegenheit für die Helfer, die Techniken der Holzbearbeitung aufzufrischen.

(Foto: Ulsamer)

Im 10. Stockwerk eines  
instand gesetzten Hochbunkers

## Beispielhafter Aufbau einer WD-Leitmeßstelle

Auf 148 Quadratmetern  
ausreichend Platz  
für die 21 Mitarbeiter

Nahezu ideale Voraussetzungen bieten die seit einiger Zeit durch das Personal der Warndienst-Leitmeßstelle 21 genutzten Arbeitsräume in einem wieder instand gesetzten Hochbunker des 2. Weltkrieges. Bei der Suche nach einem geeigneten Objekt in Bremen bot der Senator für Inneres die Mitbenutzung eines ehemaligen Luftschutzbunkers an. Unter der Fachaufsicht der Oberfinanzdirektion Bremen konnten die erforderlichen Ausbaurbeiten zügig abgewickelt werden.

Den 21 Mitarbeitern der Leitmeßstelle stehen im 10. Geschoß folgende Räumlichkeiten zur Verfügung:

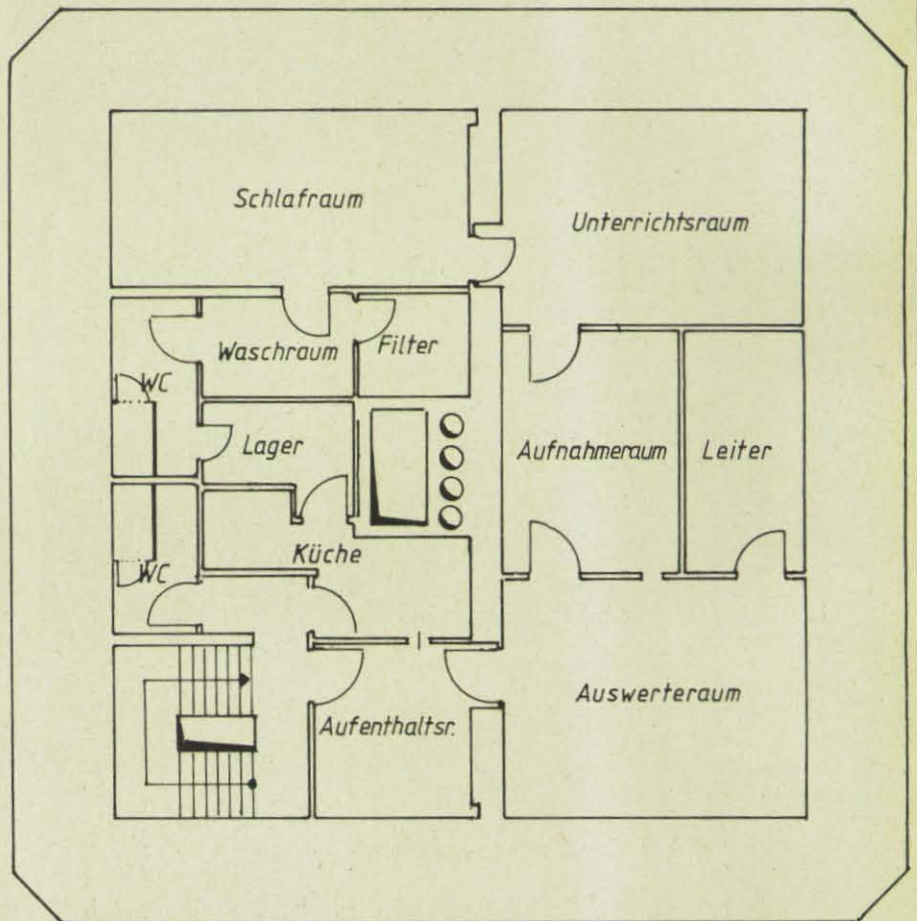
- Auswerteraum	28 m <sup>2</sup>
- Aufnahmeaum	16 m <sup>2</sup>
- Leiterraum	11 m <sup>2</sup>
- Unterrichtsraum	25 m <sup>2</sup>
- Schlafräum	24 m <sup>2</sup>
- Aufenthaltsraum	10 m <sup>2</sup>
- Toiletten	10 m <sup>2</sup>
- Waschräum	6 m <sup>2</sup>
- Küche	9 m <sup>2</sup>
- Lagerraum	5 m <sup>2</sup>
- Filterraum	4 m <sup>2</sup>
	<b>148 m<sup>2</sup></b>

Das oberste (11.) Stockwerk ist als überdachte Galerie mit Rundumblick ausgebaut und eignet sich daher als Standort für den Außenbeobachter, der seine Wahrnehmungen über eine Fernsprechverbindung in den Auswerteraum melden kann.

Durch diese Konzeption ist ein reibungsloser Informationsfluß innerhalb der Leitmeßstelle gewährleistet.

A.

### Grundrißplan WDLMS 21



Die Warnstelle.



Der Aufnahmerraum mit Fernkopierer.



Der Auswerterraum.



Der Unterrichtsraum.



Der Aufenthaltsraum.

(Fotos: Alves)

## Helmuth Fürstenberg geehrt

Besuch aus Bonn empfingen die Mitarbeiter der WD-Leitmeßstelle 34 in Braunschweig: Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. August-Jürgen Maske, war angereist, um den Leiter der Meßstelle, Helmuth Fürstenberg, für sein über zwanzigjähriges Engagement im Warndienst mit der Ehrennadel und einer Urkunde auszuzeichnen.

Gerade weil die freiwillige Tätigkeit im Warndienst, die Fürstenberg mit Geschick ausgeführt habe, nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehe, verdiene sie es, als beispielhaft hervorgehoben zu werden, betonte Dr. Maske. In Anwesenheit des Leiters des Warnamtes III, Wolfgang Biskupek, nahm Dr. Maske die Ehrung zum Anlaß, den Helfern der WD-Leitmeßstelle zu danken.

An die Politiker appellierte Dr. Maske, den politischen Willen zum Schutz der Bevölkerung zu verdeutlichen und den Zivilschutz – einschließlich des Warndienstes – in einem angemessenen Verhältnis zur militärischen Verteidigungsbereitschaft zu verbessern. Nur mit einem starken Zivilschutz könne unsere Freiheit verantwortungsvoll und sinnvoll verteidigt werden.

H.-W. H.



Aus der Hand von Ltd. Baudirektor Dr. Maske (rechts) nimmt Helmuth Fürstenberg die Ehrennadel entgegen.



Helfer der WD-Leitmeßstelle 34 beim Auswerten von Gefahren während einer Übung; im Hintergrund der Leiter der LMSt, Helmuth Fürstenberg. (Fotos: Wesemann)



Hans-Peter Paulenz

Einheitliche Leitung und Koordinierung im DRK-Kreisverband

## Aufgaben und Arbeit der DRK-Leitungsgruppe

Jeder Kreisverband bildet eine Leitungsgruppe –  
Keine Konkurrenz zum Stab des Hauptverwaltungsbeamten

In der Ausgabe 10/82 des Zivilschutz-Magazins ist in einem Artikel zur Mitwirkung des DRK in der Katastrophenschutzleitung des Kreises auf die Arbeit bzw. die Voraussetzungen hingewiesen worden, unter denen die DRK-Leitungsgruppe im Kreisverband tätig wird. Nachstehend wird dieser Beitrag mit der Beschreibung und den Aufgaben der DRK-Leitungsgruppe fortgesetzt.

### I. Einführung

#### 1. Zur Frage der Erforderlichkeit der Leitungsgruppe

In vielen Arbeitsbereichen des Roten Kreuzes, insbesondere jedoch auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes, können sich jederzeit Einsätze oder Situationen ergeben, die außerhalb der täglichen Arbeit und daher unter besonderen Voraussetzungen zu bewältigen sind.

Aber auch lange bekannte oder geplante Ereignisse können zu einer außergewöhnlichen Beanspruchung der personellen und materiellen Hilfsmittel eines oder mehrerer Kreisverbände führen. Hierbei ist sowohl an Groß- und Sonderveranstaltungen zu denken wie auch an Übungen und andere Einsätze, bei denen Personal und Material eines Kreisverbandes in großem Umfang und mit besonderen Aufgaben bereitgestellt und eingesetzt werden muß.

Die einheitliche Leitung bzw. Koordinierung von Maßnahmen eines Kreisverbandes zur kurz- und ggf. auch langfristigen Vorbereitung und Durchführung derartiger Einsätze muß sichergestellt sein und nach anerkannten und praktisch erprobten Regeln ausgeübt werden können.

Weiterhin: Was hat in einem DRK-Kreisverband zu geschehen, damit ein unmittelbar bevorstehender oder durch die

staatlichen Behörden bereits angeordneter Katastropheneinsatz von DRK-Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes ordnungsgemäß durchgeführt werden kann? Wer sorgt für die Alarmierung, die Herstellung der Einsatzbereitschaft, die Heranführung von Einheiten bzw. von Ersatzkräften für diejenigen Einheiten, die bereits eingesetzt und dem Hauptverwaltungsbeamten (HVB) unterstellt worden sind?

Auch hier wird deutlich, daß im DRK ein personell-organisatorisches Instrument vorhanden sein muß, das im Katastrophenfall die notwendigen Maßnahmen ergreift und als Ansprechpartner der staatlichen Seite fungiert. Gleichzeitig wird damit ersichtlich, daß die Frage der Mitwirkung des DRK im Stab des Hauptverwaltungsbeamten bzw. in der Katastrophenschutzleitung sich nicht darauf beschränken kann, dort in angemessener und fachlich versierter Weise vertreten zu sein bzw. bestimmte Aufgaben und Funktionen zu erfüllen.

Vielmehr bringt es die Rolle des DRK als einer im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisation mit entsprechenden Befugnissen und Pflichten mit sich, daß vor, während und nach einem Katastrophenschutz Einsatz eine Reihe von Aufgaben im Bereich eines Kreisverbandes zu erfüllen sind, die unter den besonderen Bedingungen einer unter Umständen extrem ernsten Situation zu bewältigen sind.

Um dies zu gewährleisten, bedarf es möglichst klarer und einheitlicher Vorgaben für die personelle, organisatorische und funktionelle Gliederung und Aufgabenerfüllung innerhalb des DRK-Kreisverbandes. Nur wenn hier eine reibungslose und für jedermann nach innen und außen durchschaubare Führung und Koordination im internen Bereich des DRK auf der Ebene des Kreisverbandes vorhanden ist, wird es möglich sein, den Anforderungen extremer Situationen gerecht zu werden. Nur dann wird schnelles, sicheres Handeln und

die Umsetzung von Maßnahmen unter den Bedingungen einer Katastrophensituation möglich sein.

Aus diesen wenigen Überlegungen wird die Erforderlichkeit der Leitungsgruppe im Kreisverband deutlich.

#### 2. Einheitliche Bestimmungen und Verfahrensweisen im Verbandsbereich

Damit in den genannten Situationen im gesamten Bereich des DRK nach übereinstimmenden Vorstellungen geplant und gearbeitet werden kann, müssen entsprechende Vorgaben vorliegen, die von allen Beteiligten als verbindlich anerkannt werden können.

Nach umfangreichen Vorarbeiten in den verschiedenen Fachausschüssen und Gremien des DRK wurden zu diesem Themenkomplex im Laufe des Jahres 1982 detaillierte Beschlüsse des Präsidiums und des Präsidialrats des DRK gefaßt. Damit existieren nunmehr einheitliche Vorstellungen und Vorgaben, die sowohl für die verbandsinterne Planung und Umsetzung eine vereinheitlichte Basis schaffen wie auch für Darstellungen und Vorgehensweisen mit Außenwirkung heranzuziehen sind.

#### 3. Zum grundsätzlichen Verständnis der Leitungsgruppe im DRK-Kreisverband

Für diejenigen Leser, die nicht über entsprechende Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Organisationsstruktur des DRK bzw. des Zivil- und Katastrophenschutzes verfügen, seien einige Bemerkungen allgemeiner Art vorausgeschickt.

● Wenn die DRK-Leitungsgruppe im Kreisverband gegenüber der staatlichen KatS-Führungs-Organisation als Ansprech- und Handlungspartner bezeichnet wird, so handelt es sich bei diesem Gremium um ein Instrument des DRK-Kreisverbandes zur Koordination und Umsetzung von Maßnahmen **innerhalb**

seiner Organisation auf dieser Verbandsstufe. Umgekehrt ausgedrückt: Die Leitungsgruppe im DRK-Kreisverband ist **nicht** ein dem Stabsmodell des HVB oder der KatSL des Kreises nachempfundenen Gegen- oder Konkurrenz-einsatzstab auf der Ebene des DRK, der sich immer und nur dann etabliert, wenn der Stab des HVB zusammentritt; es handelt sich weiterhin **nicht** um ein Gremium, das mit dem Anspruch auf eine Außenwirkung auftritt, die derjenigen der staatlichen Stäbe vergleichbar sein könnte.

● Kommt es in einem Katastrophenfall zum Einsatz von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes unter der Leitung des HVB, dann berücksichtigt die Leitungsgruppe des DRK, soweit in ihrer Arbeit erforderlich, selbstverständlich die Vorschriften und Regeln, die als staatliche Vorgaben für den Einsatz der Einheiten zu beachten sind.

Doch beschränken sich die vorhandenen Hilfsmöglichkeiten des DRK, wie an anderer Stelle dargelegt, oftmals nicht darauf, die im jeweiligen Kreis aufgestellten Einheiten des Katastrophenschutzes einsatzbereit zu machen und zur Verfügung zu stellen.

In der Vorbereitung und Umsetzung **weiterer Hilfsmaßnahmen in eigener Verantwortung**, jedoch per Vermittlung des Rotkreuzbeauftragten im Stab des HVB in möglichst enger Abstimmung und Koordination mit den staatlichen Behörden, werden eine Reihe von Aktivitäten notwendig, die die Schaffung eines besonders organisierten Gremiums im DRK-Kreisverband erforderlich machen, für das es auch besondere Einsatz- und Arbeitsregeln geben muß.

● Der Deutlichkeit halber sei nochmals darauf hingewiesen, daß auch und gerade dann, wenn kein (behördlich) festgestellter Katastrophenfall bzw. vom HVB angeordneter Einsatz vorliegt, die Arbeit und Funktionsweise der Leitungsgruppe durch die nachfolgenden Bestimmungen festgelegt ist, z. B. bei DRK-Übungen, Groß- und Sonderveranstaltungen und insbesondere dann, wenn das DRK aufgerufen sein sollte, im Besetzungsfall unter den besonderen Bedingungen des Artikels 63 im IV. Genfer Abkommen von 1949 seine Pflicht zu erfüllen.

● An der Existenz, dem Aufgabengebiet und der Arbeitsweise des „K-Arbeitskreises“ gem. der Katastrophenschutzvorschrift des DRK ändert sich durch die Bildung der Leitungsgruppe nichts. Wie zu zeigen sein wird, besteht jedoch in der Leitungsgruppe zum Teil Personengleichheit mit den Mitgliedern dieses Arbeitskreises. Soweit also Mitglieder des K-Arbeitskreises in der Leitungsgruppe tätig werden, nehmen sie für

diesen (stets begrenzten) Zeitraum die besonderen Aufgaben und Funktionen dieses Gremiums wahr.

## II. Beschreibung der Leitungsgruppe

### 1. Funktion der Leitungsgruppe im Kreisverband

In jedem Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes ist eine Leitungsgruppe (LGr) zu bilden. Der Kreisverband bedient sich der Leitungsgruppe zur Erfüllung seiner Aufgaben in Einsätzen und Übungen. Sie ist das personelle und organisatorische Instrument des Kreisverbandes zur Wahrnehmung seiner Leitungsfunktionen. Auf diese Aufgabe hat sie sich vorzubereiten.

Die Leitungsgruppe ist ausschließlich ein Instrument der inneren Organisation des Kreisverbandes. Die Vertretung nach außen obliegt den satzungsgemäßen Organen und Vertretern des Kreisverbandes.

### 2. Unterstellungsverhältnis

Die LGr untersteht dem Kreisverbandsvorstand.

### 3. Zusammensetzung

In der Regel setzt sich die LGr zusammen aus:

- der Kreisbereitschaftsführerin,
- dem Kreisbereitschaftsführer,
- der Leiterin der Sozialarbeit,
- dem Kreisverbandsarzt,
- dem Kreisgeschäftsführer,
- Personal der Kreisgeschäftsstelle,
- bei Bedarf weiteren Führungs- und Fachkräften, z. B.:
- dem Leiter des Kreisauskunftsbüros (KAB),
- dem Vertreter des DRK-Rettungsdienstes.

### 4. Führung und Vertretung

Die Kreisbereitschaftsführerin und der Kreisbereitschaftsführer führen die LGr in wechselseitiger Vertretung.

Die Vertretung der übrigen Mitglieder ist sicherzustellen. Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, daß im Fall von längeren Einsätzen genügend Ablösekräfte zur Verfügung stehen.

### 5. Persönliche Voraussetzungen

Die Mitglieder der LGr müssen den Aufbau der staatlichen Katastrophenschutzorganisation des Kreises sowie die Hilfsmöglichkeiten des Kreisverbandes kennen.

Führungskräfte sollen außerdem über die Ausbildung in mindestens einem

Fachdienst sowie über taktische Erfahrungen in der Führung von Einsatzkräften verfügen.

## 6. Tätigwerden

Die LGr wird tätig bei DRK-eigenen Übungen und Einsätzen. Dabei handelt sie gemäß den generellen Weisungen des Kreisvorstands.

Entsprechend den Regeln der Katastrophenschutz-Vorschrift übermittelt der Rotkreuz-Beauftragte den Einsatzauftrag

- bei Übungen und Einsätzen, die von der Katastrophenschutz-Behörde angeordnet sind (vgl. hierzu Ziff. 10),
- im Verteidigungsfall.

## 7. Das DRK-Einsatzpotential

Zum DRK-Einsatzpotential gehören insbesondere:

- Helferinnen und Helfer der Bereitschaften mit ihrer Ausrüstung,
- DRK-Schwesternhelferinnen,
- Angehörige von Arbeitskreisen,
- Fachkräfte der Sozialarbeit,
- Personal der Kreisgeschäftsstelle,
- andere Personen, die sich im Einsatzfall dem DRK zur Verfügung stellen,
- für Einsatzzwecke geeignete Einrichtungen, insbesondere Heime, Krankenhäuser, Küchen etc. mit ihrem Personal,
- die Materialreserven des Kreisverbandes einschließlich der Fahrzeuge,
- die DRK-Unfallhilfs- und -meldestellen sowie die Rotkreuz-Depots.

Das Einsatzpotential des Kreisverbandes kann auf Veranlassung des zuständigen Landesverbandes durch Teile des DRK-Hilfszuges verstärkt werden.

Für den Einsatz des DRK-Rettungsdienstes sind im übrigen die gesetzlichen und DRK-eigenen Vorschriften zu beachten.

## 8. Aufgaben der Leitungsgruppe

Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- Alarmierung der DRK-Einsatzkräfte und Herstellung ihrer Einsatzbereitschaft einschließlich der Registrierung,
- Verhandlungen mit Arbeitgebern zwecks Freistellung, soweit diese nicht verbindlich vorher erreicht werden konnte,
- Ausarbeitung und Erteilung von Einsatzaufträgen,
- Registrierung der ein- und ausgehenden Meldungen sowie der erteilten Aufträge,
- Kontrolle der Durchführung der erteilten Aufträge,
- Führung des Einsatztagebuchs, ggf. einer Lagekarte,
- Vorbereitung und Durchführung von Ablösungen,

- Versorgung und Nachschub für die Einsatz-Einheiten und Einrichtungen, soweit erforderlich,
- Führung der Personalunterlagen der Einsatzkräfte einschließlich der Bearbeitung von Versicherungsangelegenheiten,
- Herbeiführen der Aufnahmebereitschaft und Funktionsfähigkeit von DRK-Einrichtungen für Zwecke des Katastrophenschutzes,
- Entsendung von DRK-Führungskräften, die nicht an Einheiten gebunden sind, in die KatS-Führungs-Org. (z. B. TEL),
- Herstellung und Unterhaltung der Verbindung zum Rotkreuzbeauftragten in der KatSL; insbesondere FM-Verbindungen,
- ständige Information des Rotkreuz-Beauftragten über den Stand der Einsatzbereitschaft der DRK-Kräfte und über die Maßnahmen bzw. Ergebnisse aller veranlaßten Maßnahmen,
- Information des Landesverbandes über den Einsatzverlauf,
- Anfertigung eines Abschlußberichtes für die Vorlage beim Kreisvorstand, der mit dem Rotkreuz-Beauftragten abgestimmt und in der Regel von ihm vorgelegt wird.

Bei behördlich angeordneten Einsätzen und Übungen hat die LGr außerdem nach Maßgabe der Einsatzaufträge des Rotkreuz-Beauftragten folgende Aufgabe:

- Zuführen der DRK-Einsatzkräfte zu dem Teil der KatS-Führungsorganisation, der sie unterstellt werden.

### 9. Durchführung der Aufgaben

Die unter Ziffer 8 beschriebenen Aufgabenbereiche stellen einen Katalog von Mindestanforderungen dar. Eine abschließende Aufzählung aller Aufgaben im Einsatzfall ist nicht möglich.

Ihre Zuteilung auf einzelne Verantwortliche in der LGr ist so zu gestalten, daß ein zu großer Personalbestand der LGr vermieden wird. Den besonderen Fähigkeiten der einzelnen zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten ist Rechnung zu tragen, jedoch sollte auch jedes Mitglied die Aufgabe der übrigen im Auge behalten, um ggf. helfend und unterstützend eingreifen zu können.

Die Einteilung bzw. Zuteilung von Sachgebieten (z. B. in die Sachgebiete „S 1-S 4“) wird im Einzelfall in dieser Form nicht möglich sein.

Vor allem ist die Übernahme der Funktionsbezeichnungen S 1-S 4 oder ähnlicher Abkürzungen **nicht** angezeigt. Bei Meldungen und Kontakten mit der staatlichen Katastrophenschutzleitung oder anderen Stellen kann auf diese Weise die Gefahr von schwerwiegenden Verwechslungen vermieden werden.

### 10. Zusammenarbeit der Leitungsgruppe mit dem RKB

a) Bei DRK-eigenen Einsätzen und Übungen:

Der RKB berät und unterstützt die LGr bei der Durchführung eigener Einsätze und Übungen.

b) Bei vom HVB angeordneten Einsätzen und Übungen:

Wichtigster Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen der LGr und dem RKB ist die ständige wechselseitige Information und Abstimmung über

- durchgeführte Maßnahmen des DRK-Kreisverbandes,
- geplante weitere Maßnahmen und mögliche Hilfsangebote,
- Lageveränderungen etc.

Der RKB übermittelt der LGr die Aufträge des Hauptverwaltungsbeamten bzgl.:

- der DRK-Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes bis zu ihrer Unterstellung (siehe Ziff. 8),
- des übrigen Potentials des DRK-Kreisverbandes (gem. den vorangegangenen Absprachen).

### 11. Aufgaben und Maßnahmen im Besetzungsfall

Tritt im Verteidigungsfall eine Lage ein, in der die Voraussetzungen des Artikels 63 (Abs. 1) im IV. Genfer Abkommen vorliegen, so nimmt ein Mitglied des Vorstands oder ein vom Vorstand Beauftragter unter Beratung durch den Konventionsbeauftragten sowie den Rotkreuz-Beauftragten unverzüglich Verbindung mit den zuständigen Stellen der Besatzungsmacht auf und sorgt dafür, daß das Rote Kreuz seine Tätigkeit entsprechend den Rechten und Pflichten der Genfer Abkommen und des Zusatzprotokolls I. zu den Abkommen von 1977 ungehindert fortsetzen kann. Dies

trifft insbesondere auf die Leitungsgruppe zu.

### 12. Vorbereitende Maßnahmen

Die Mitglieder der LGr werden mit ihren Aufgaben und Funktionen in der Verantwortung des Landesverbandes in entsprechenden Veranstaltungen vertraut gemacht. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen. Es ist insbesondere erforderlich, die Arbeit und Funktionsweise sowie das Zusammenwirken der Beteiligten in regelmäßigen Zeitabständen mit Hilfe von Planübungen zu überprüfen und zu üben.

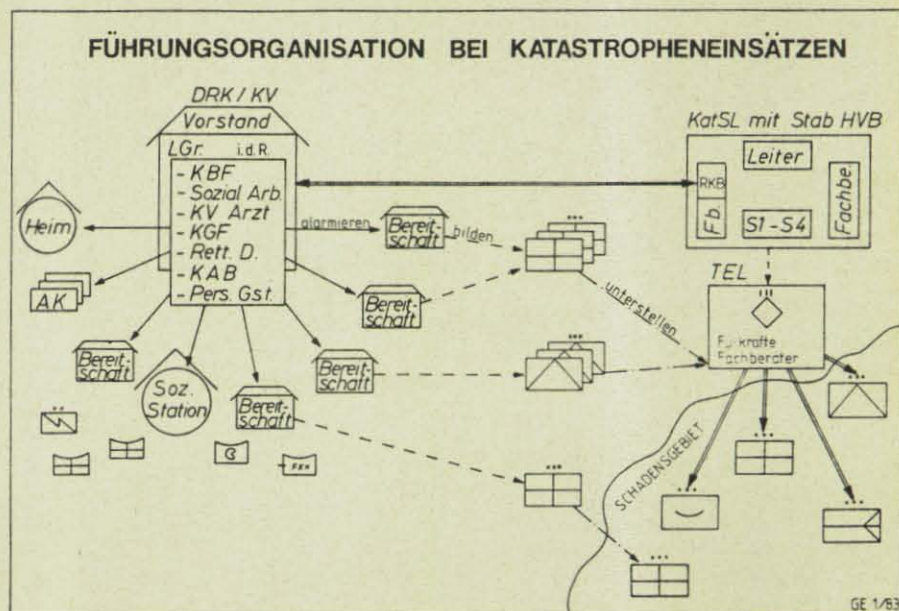
Im übrigen ist bezüglich der Durchführung weiterer vorbereitender Maßnahmen auf die Aufgabe der K-ArbKr hinzuweisen, wie sie in den entsprechenden Vorschriften der K-Vorschrift des DRK festgelegt worden sind.

### III. Einsatzschema

Zur Verdeutlichung der Kompetenzen und Arbeits- und Funktionsweise der Leitungsgruppe des DRK sei eine schematische Übersicht angefügt, die die klare Trennung der jeweiligen Einsatzbereiche, aber auch die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Beteiligten in einem Einsatzfall deutlich macht.

Wie jedes Schema, kann auch dieses nicht alle Situationen erfassen, sich ergebende Fragen beantworten oder in realistischer Weise den örtlichen bzw. zeitlichen Ablauf eines Katastropheneinsatzes in jeder Phase aufzeigen.

Insbesondere im kommunikationstechnischen Bereich ergibt sich aus der Forderung der engen Abstimmung und ständigen Information zwischen Rotkreuzbeauftragtem und Leitungsgruppe die Notwendigkeit einer guten Fernmel-



deverbindung, ohne daß hier an spezielle Einrichtung gedacht werden muß. Notfalls muß die Verbindung zwischen dem Rotkreuzbeauftragten und der Leitungsgruppe durch den Einsatz von Meldern sichergestellt werden.

Fragen der örtlichen Bewegung (Bereitstellung, Heranführung von Einheiten) und damit der zeitlichen Abstimmung der jeweiligen Verbindungsaufnahme zur KatS-Führungs-Organisation durch die Einheitsführer werden mit dem Vorgehen und den Meldungen der Leitungsgruppe abgestimmt werden müssen. Dabei muß ein unmittelbares Eingreifen in den Führungsvorgang vermieden werden; andererseits muß z. B. bei der Heranführung von Ersatzpersonal, von Material oder Nachschub aus dem Bereich des DRK eine schnelle und möglichst komplikationslose Kontaktaufnahme zur eigenen Einheitsführung oder zu sonstigen eingesetzten Einrichtungen des DRK über die KatSL bzw. die TEL vermittelt werden können.

Schließlich muß eine geordnete Rückführung der Einheiten oder deren Rückmeldung bei der Leitungsgruppe möglich sein, d. h. ggf. Funkkontakt bestehen, damit Weisungen durch die Leitungsgruppe ergehen können, wenn das Unterstellungsverhältnis unter die staatliche Katastrophenschutz-Führungs-Organisation beendet ist.

Es wird sicherlich empfehlenswert sein und zu entsprechenden praktischen Erfahrungswerten führen, wenn einerseits im DRK-Bereich mit der Forderung nach ständiger Übung gem. Ziff. 12 ernst gemacht wird und andererseits im staatlichen Bereich eine weitverbreitete Kenntnis über die hier beschriebene Zusammensetzung und Arbeitsweise der Leitungsgruppe ermöglicht wird.

Nur so wird es auch zu erreichen sein, daß die spezifischen, für die Arbeit und den Beitrag des DRK erforderlichen Einsatzvoraussetzungen bei der Zusammenarbeit mit der staatlichen Katastrophenschutz-Führungs-Organisation berücksichtigt werden.

**„Wenn das Unglück kommt, hängt es keine Fahne heraus“**

Zwei Millionen Gastarbeitern, die der Ölboom der siebziger Jahre nach Nigeria gelockt hatte, wird dieses afrikanische Sprichwort eingefallen sein, als sie von einer überraschenden Verfügung der nigerianischen Regierung erfuhren: Da-



Auf hoffnungslos überfüllten Lastwagen versuchen Tausende „illegaler“ Arbeitnehmer, Nigeria zu verlassen – wie es die dortige Regierung wohl aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten beschlossen hat.



Das Deutsche Rote Kreuz leistet in den provisorischen Aufangslagern in Ghana und Togo humanitäre Hilfe, damit die Flüchtlinge ein menschenwürdiges Leben haben. So nahm auch das DRK-Hilfsschiff „Flora“ Kurs auf Accra.

nach hatten alle sogenannten „illegalen“ ausländischen Arbeitnehmer das Land bis zum 31. Januar 1983 zu verlassen. Betroffen waren rund zwei Millionen Menschen aus Ghana, Benin, Togo, dem Tschad und anderen Nachbarländern Nigerias.

Als Grund des Beschlusses der nigerianischen Regierung ist der Verfall des Ölpreises und die damit verbundenen immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses OPEC-Landes anzunehmen. Nun, nachdem Hunderttausende der bisher geduldeten „Illegalen“ auf dem Landweg über Benin und Togo oder per Schiff von Lagos nach Accra Nigeria verlassen haben, hoffen die Einheimischen, daß es für alle Nigerianer Arbeit geben wird und die Wirtschaft wieder aufblüht.

Ansammlungen von Tausenden von Flüchtlingen an der Grenze nach Benin, im Hafen von Lagos und an der Grenze von Togo und Ghana bildeten sich Ende Januar. Horrende Preise für einen Stehplatz auf Lastwagen nach Ghana mußten diejenigen zahlen, die über Ersparnisse verfügten, zu Fuß marschieren mußten jene, die kein Geld hatten. Die wenigen Schiffe, welche einsatzbereit und verfügbar waren, fuhren zum Teil völlig überladen von Lagos nach Accra. Zahlreiche Tote waren Folge dieses Exodus. Unvorbereitet waren die ghanaischen Behörden, die erst nach Zögern die lange, wegen Schmuggels und Kapitalflucht geschlossene Grenze nach Togo öffneten. Neue provisorische Lager wurden an der Grenze und danach am Flugha-

fen Accra, im Seehafen und in einem Messegelände eingerichtet, wo die Flüchtlinge unter zum Teil unsäglichen Umständen hausen mußten, bis über ihre „Verteilung“ im Lande entschieden wurde.

Als Folge ergaben sich Versorgungsschwierigkeiten, die das Rote Kreuz von Ghana aus eigener Kraft nicht lösen konnte. Das Deutsche Rote Kreuz reagierte sofort und entsandte bereits am 1. Februar zwei Großraumflugzeuge mit Zelten, Decken, Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Accra und Lomé, der Hauptstadt Togos. Die Zahl der Delegierten, die vor Ort arbeiteten, wurde auf vier erhöht, so daß eine korrekte und angemessene Verteilung der Hilfsgüter gewährleistet war. Bundesregierung und EG beteiligten sich an dieser Aktion in erheblichem finanziellen Maße, wie auch am Einsatz der „Flora“, die nach Übernahme von rd. 1000 Tonnen Hilfsgütern in Marseille Ende Februar in Accra eintraf. Sie befand sich zur Zeit des Hilfeauftrages im westlichen Mittelmeer auf der Rückfahrt nach Bremerhaven. Nach ihren kürzlichen Einsätzen im Jemen und dem nordöstlichen Afrika kann sie ihren humanitären Auftrag nun in Westafrika fortsetzen.

„Wer unten liegt, braucht sich vor dem Fallen nicht zu fürchten“, lautet ein anderes westafrikanisches Sprichwort. Die Wiederaufrichtung der Untenliegenden begann mit der Hilfe des Roten Kreuzes, sie wird mit Sicherheit noch lange Zeit erforderlich bleiben.

Horst F. Hamborg



ASB-Rettungshundestaffel im Jemen im Einsatz

## Auf der Suche nach den Lebenden

36 Stunden im Einsatz – Fast 50 Verschüttete von deutschen Helfern geborgen

In den frühen Morgenstunden des 14. Dezember 1982 erschütterte ein Erdbeben die Arabische Republik Jemen (Nord-Jemen). Das Beben forderte ca. 1500 Todesopfer und Verletzte, 50000 Menschen wurden obdachlos. 40 Sekunden lang erschütterten die Erdstöße die 100 km südlich der Hauptstadt Sana auf der Straße nach Taizz liegende Stadt Dhamar sowie die umliegenden Dörfer. 142 Ortschaften wurden beschädigt, 19 gänzlich zerstört.

### Eine Aufgabe für Parität International – DPWW

Unter der Einsatzleitung des ASB wurde am 15. Dezember 1982 eine Sofortaktion gestartet, an der die DRF, das THW und der ASB beteiligt waren.

34 Ärzte, Pfleger, Sanitäter und ein Funker sowie 22 Suchhunde und verschiedenes medizinisches Material wurden nach Sana entsandt. Organisiert wurde die Hilfsaktion in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dem Botschafter von Nord-Jemen in Bonn und der Deutschen Lufthansa. 23 Stunden dauerte der Sonderflug nach Sana. Hier wurde der Weitertransport der Helfer ins Katastrophengebiet mit Militärhubschraubern durchgeführt.

### Rettungshunde bewährten sich

Unter den 26 Rettungshunde-Teams war auch die Rettungshundestaffel des ASB Mannheim, die erst im Februar 1982 gegründet worden war. Drei Tage lang arbeiteten Winfried Eberl, Karl Lauermann und Gunther Lichtle mit ihren Suchhunden unter großen Strapazen und Gefahren in der Hoffnung, wenigstens einen Menschen zu bergen. Besonders erschwert wurde die Suche durch den intensiven Verwesungsgeruch, der sich über viele der zerstörten Dörfer gelegt hatte. Die Teams suchten insgesamt zwölf Dörfer nach Lebenden unter den Trümmern ab.

### Verschüttete geborgen

Winfried Eberl vom ASB berichtet: „Das Einsatzgebiet ist Hegradmengede, ein

Ort, der auf einem ca. 2500 m hohen Plateau aus Vulkanfelsen liegt. Er ist zu 70% zerstört. Mangels Zufahrtsmöglichkeit stehen Räumgeräte nicht zur Verfügung. Die Sucharbeit der sofort eingesetzten Hunde wird durch Hitze und Staubentwicklung stark erschwert. Geländewagen, die unsere komplette Ausrüstung nachbringen sollen, treffen nicht ein. So steht den Hundeführern und den Hunden weder Wasser noch Verpflegung zur Verfügung. Wasser, das uns Einheimische bringen, wird wegen starker Verunreinigung abgelehnt.

Die Sucharbeit wird vorübergehend wegen starker Nachbeben abgebrochen, um Hundeführer und Hunde nicht zu gefährden. Die Suche nach vermissten Personen wird dann wieder aufgenommen. Die Anzeige eines Hundes wird durch zwei weitere bestätigt. Einheimische graben mit bloßen Händen an der Anzeigestelle. Eine Puppe kommt zum Vorschein. Durch erneutes Ansetzen eines Hundes wird die genaue Lage der vermissten Person angezeigt. Nach weiterem Graben wird ein Kleinkind geborgen, bei dem nur noch der Tod festgestellt wird. Wir werden daraufhin von Dorfbewohnern umringt, die uns bitten,

nach ihren Angehörigen zu suchen. Unter Randtrümmern werden ein Esel und eine Kuh freigelegt. Es werden noch weitere Personen unter diesen Trümmern vermutet, da die Hunde intensiv anzeigen. Mit primitiven Hilfsmitteln können Einheimische eine Frau und ein Kind bergen. Sie sind beide tot. Ein Vater bittet, nach seinem verschütteten Kind zu suchen. Kurz darauf verweisen die Hunde eindeutig eine Stelle. Schutt und Trümmer werden beiseite geräumt, eine Kinderleiche wird geborgen. Weitere Stellen werden von den Hunden angezeigt. THW-Helfer und Dorfbewohner übernehmen die Bergung. Die Einsatzleitung beschließt im Einvernehmen mit den amtlichen Stellen der Landesregierung, den Einsatz abzubrechen, da mit Überlebenden nicht mehr zu rechnen sei.“

In einem anderen Dorf das gleiche Bild. Ein Hund klettert über den Schutt. Er beginnt zu scharren. Die Helfer fassen mit an. Vorsichtig werden Trümmer beiseite geräumt. Und hier liegt Erschütterung, Grauen und Freude eng beieinander: Die Helfer finden einen Säugling, der unter dem Schutt lebendig begraben war. Er lag 60 Stunden an der Brust seiner toten Mutter.

Bei Temperaturen knapp unter 30 Grad Celsius und in fast 3000 Meter Höhe suchen Mensch und Tier in den Trümmern – rund um die Uhr. Es ist ein Kampf gegen die Zeit. Und erst die rapide wachsende Seuchengefahr und die immer mehr abnehmende Chance, Verschüttete noch lebend befreien zu können, beendeten schließlich den Einsatz der Rettungshunde.



Mit dabei im Jemen: ASB-Helfer Gunther Lichtle mit „Fleckl“ und Winfried Eberl mit „Valet“ (v. r.).

Fazit: Ungefähr 50 Menschen verdanken den untrüglichen Spürnasen der Rettungshunde und dem unermüdlischen Einsatz der Helfer ihr Leben.

Es hätten mehr sein können, wären die Helfer mit ihren Hunden früher vor Ort gewesen.

### 36 Stunden im Einsatz

Insgesamt dauerte der Einsatz im Erdbebengebiet 36 Stunden. Ursprünglich war die Hilfsaktion auf zehn Tage angesetzt worden, wurde aber dann nach den Worten von Einsatzleiter Krüger abgekürzt, weil sich in den vom Erdbeben betroffenen Dörfern „tatsächlich kein Leben mehr retten ließ“. Nach Krügers Angaben mußte das Hilfsteam sehr bald feststellen, daß es mehrere Tage nach dem Erdbeben praktisch keine Chance mehr gibt, jemanden in den zerstörten Häusern zu finden. Bei der üblichen Lehmbauweise gibt es nämlich kaum Hohlräume, in denen ein Überleben möglich ist.

Nachdem etwa 30 Tote von den deutschen Helfern geborgen worden waren, fiel im Einvernehmen mit der deutschen Botschaft in Sana und der jemenitischen Regierung die Entscheidung, die komplette Mannschaft noch am selben Tag gemeinsam zurückfliegen zu lassen.

Am 19. Dezember 1982 waren alle Helfer dieser Sofortaktion wohlbehalten nach Deutschland zurückgekehrt.

### Humanitäre Auslandshilfe – eine Aufgabe des ASB

Die 11. ASB-Bundeskonferenz in Stuttgart – im November 1982 – hat die schon im April 1981 getroffene Entscheidung des ASB-Bundesausschusses bestätigt, die humanitäre Auslandshilfe zu einem festen Bestandteil der ASB-Aufgaben zu machen. Diese Auslandshilfe – hier kurz dargestellt – wird im wesentlichen mit Parität International (PI) und allen wichtigen Stellen wie zum Beispiel dem Auswärtigen Amt oder der EG zusammenarbeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft Parität International wurde auf Anregung des ASB im Juni 1981 im DPVV gegründet. Den Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft hat der ASB übernommen. Parität International leistet humanitäre Hilfe in aller Welt, unabhängig von politischen oder religiösen Verhältnissen in den betroffenen Ländern. Durch Zusammenschluß mit Partnerorganisationen und durch Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes werden Bereitschaft und Einsatz zu Soforthilfen gesichert und Hilfen zur Lebenserhaltung so zielführend und wirksam wie möglich geleistet.

Grundsätzlich hilft der ASB überall da, wo Hilfe erforderlich ist – außer wenn kriegerische Handlungen stattfinden. Die Einsatzzentrale des ASB ist in Köln untergebracht. Hier wird die Einsatzleitung organisiert. Die praktische Durchführung des Hilfseinsatzes kann an einsatzbereite Landesverbände delegiert werden.

Die ASB-Einsatzzentrale hat folgende Aufgabenschwerpunkte:

Sie ist Logistikzentrum, betreibt einen Kurzwellensender, hat Fernschreiber, organisiert Transporte von Gerät, Material, Verpflegung; hat Flugplatzkontakte sowie Verbindung zu Lieferanten von Arzneimitteln, Woldecken, Sanitätsausrüstungen, Betten, Verpflegung usw. und hat personelle Ressourcen.

Die humanitäre Auslandshilfe ist auf die Mitarbeit der ASB-Mitglieder in den Landes- und Ortsverbänden angewiesen. Dort soll deshalb auch die praktische Vorbereitung und Abwicklung des Katastropheneinsatzes angesiedelt werden. Eine Delegation von Auslandshilfeeinsätzen erfolgt vom Bundesverband/Bundesvorstand an den entsprechenden Landesvorstand. Alle Landesverbände, die zur Mitarbeit bereit sind, müssen eine Bereitschaftserklärung gegenüber dem Bundesvorstand abgegeben haben

– zur Mitarbeit in der humanitären Auslandshilfe und

– zum Umfang der vorgesehenen Mitarbeit in personeller und materieller Hinsicht.

Der Landesverband führt den zentralen Nachweis in einer Personal- und Materialdatei.

In der Personaldatei sind sämtliche relevanten persönlichen Daten – wie Ausbildung, Impfungen, gesundheitliches Zeugnis, Sprachen, Verfügbarkeit, Telefon – auf einem Formblatt erfaßt.

Die gesamte zum Einsatz kommende Ausrüstung und das ASB-Eigentum werden in der Materialdatei geführt. Der Landesverband übermittelt fortlaufend der Einsatzzentrale des Bundes die erforderlichen Grunddaten. Für die humanitäre Auslandshilfe werden folgende Einsatzgruppen benötigt:

- Gruppe für Stabsaufgaben und Erkundung, einschließlich Kurzwellenfunkgruppe
- Sanitätsdienst
- Betreuungsdienst
- Trinkwasser-Aufbereitung.

Der Landesverband delegiert im Einsatzfall einen Verbindungsmann zur Einsatzzentrale des Bundesverbandes.

Künftig werden Informationstagungen für die zur Mitarbeit bereiten Landes- und Ortsverbände angeboten.

„Für Menschen, die helfen wollen – Für Menschen, die Hilfe brauchen“ heißt die neue ASB-Broschüre, die dieser Tage erschienen ist. Sie gibt Einblick in die Geschichte und Aufgaben des ASB und berichtet über die tägliche Arbeit der Hilfsorganisation. Alle, die sich näher über den ASB informieren möchten, können die Broschüre gegen eine Schutzgebühr beim ASB, ZEK, 5000 Köln 41, Sülzburgstr. 140, anfordern.



Für Menschen die helfen wollen.  
Für Menschen die Hilfe brauchen.



**ASB** Arbeiter-Samariter-Bund

Katastrophenschutz – wann kommt die Seelsorge?

## Kirchliches Handeln bei Unglücksfällen und Katastrophen

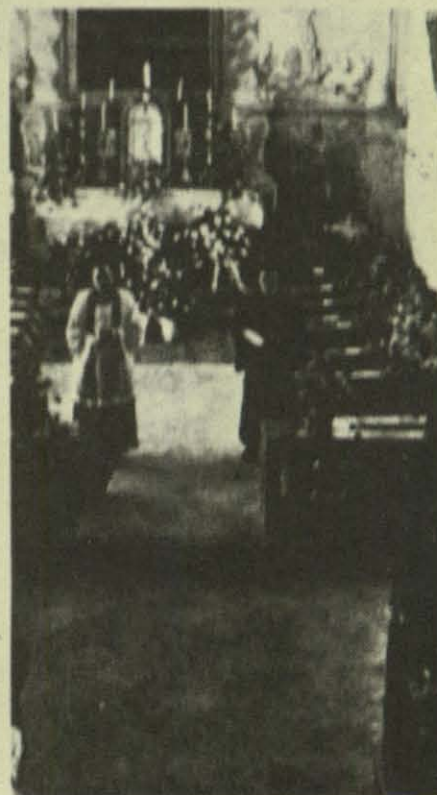
Zweites Frankfurter Rundgespräch über eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kirche und Katastrophenschutz am 17. Februar 1983

12. September 1982, Pfäffikon/Schweiz: Gegen 15.00 Uhr kreuzen ein Omnibus, besetzt mit deutschen Touristen, und ein Zug der Schweizerischen Bundesbahn gleichzeitig einen Bahnübergang. In einem Inferno endet für 39 Menschen das Leben. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen berichten über das grauenvolle Unglück.

11. Dezember 1982, „Mannheim im Quadrat“, ein Volksfest mit internationaler Flugschau: Vor 10000 Besuchern hebt ein amerikanischer Hubschrauber mit drei Besatzungsmitgliedern, 43 Fallschirmspringern und einem Fernseheteam vom Boden ab. Nach wenigen Minuten reißt durch einen technischen Defekt ein Rotor ab, wie ein Stein stürzt der Hubschrauber auf die Autobahn. 48 Menschenleben enden jäh vor den Augen der Verwandten, Freunde und Zuschauer in einem Feuerball.

Beide Geschehnisse wurden erwähnt im „Zweiten Rundgespräch über eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kirche und Katastrophenschutz“. Zum wiederholten Male hatte dazu der evangelische Kirchenrat Wolfgang Kilger, Landeskirchlicher Beauftragter für Polizei- und Verkehrsfragen sowie Landespfarrer der Johanniter-Unfall-Hilfe, Vertreter der Kirchen, der Hilfsorganisationen, von Polizei und Behörden eingeladen.

Präsident Dr. Paul Wilhelm Kolb vom Bundesamt für Zivilschutz eröffnete mit einem beeindruckenden Referat die Tagung. Die von ihm verdeutlichte Notwendigkeit des seelsorgerischen Engagements der beiden großen Kirchen in Katastrophenfällen war überzeugend. Immer wieder, so führte Dr. Kolb u. a. aus, verlange dies der schicksalhafte Verbund von Sache und Sinn. Nicht nur geistlicher Zuspruch und Trost beim Überbringen von Todesnachrichten an Angehörige, sondern auch – vielleicht sogar vor allem – erfahrener, gläubiger Gesprächspartner zu sein für die Hilfe-





leistenden sei Aufgabe der Kirche. Die menschliche Erschütterung junger Polizeibeamter, das sprachlose Entsetzen bei Helfern erfordere in ruhigen Momenten diesen Partner am Ort des Geschehens.

Die Darstellungen der beiden leitenden Polizeibeamten Willi Burger und Werner Heidt, Einsatzleiter für die Hilfsmaßnahmen nach den eingangs geschilderten Katastrophen, bestätigten sehr nachdrücklich die Aufforderung von Dr. Kolb. Ihre Berichte, ergänzt durch Film- und Fotomaterial, wiesen auch schon praktizierte Zusammenarbeit von „Staat und Kirche in Katastrophenfällen“ aus.

Kirchenrat Kilger führte Referat und Berichte unter der von ihm vertretenen These: Wenn Menschen nach Präsenz der Kirche fragen und Hilfe von Christen erwarten, sollten, ja müssen wir bereit sein, das Unsere besonnen zu tun. Katastrophen aller Art sind nicht nur anonyme Gefahren, sondern bedeuten seit Urzeiten auch eine Herausforderung für den Menschen. Oft sind Gefahren viel größer, als daß wir sie allein mit menschlicher Schlaueit oder persönlichem Mut bewältigen können. Wir haben gelernt, mit ihnen zu leben, müssen jedoch immer bereit sein – vorbereitet sein –, ihnen zu begegnen.

In der Bundesrepublik ist die technische Hilfeleistung nach Unglücksfällen und Katastrophen gut organisiert. Das Zusammenwirken von staatlichen Organi-

sationen (Polizei, Feuerwehr, THW u. a.) sowie den Sanitätsorganisationen (JUH, ASB, DRK und MHD) ist vorbildlich. Schwachstellen gibt es jedoch immer noch: die Angst des Menschen, beim Helfen Fehler zu begehen, und die Vernachlässigung der Hilfe bei seelisch-geistiger Not als Folge eines Unglücks.

Die Unbestreitbarkeit der Aufgabe und der Notwendigkeit eines Engagements der Kirchen im Katastrophenschutz war schon in den vorhergehenden Tagungen und Gesprächen festgestellt worden. In Frankfurt galt es nunmehr, Erkenntnisse und Ergebnisse der bisherigen Tagungen zusammenzutragen und das weitere Vorgehen zu entscheiden. Die Vertreter der beiden Kirchen werden in ihren Entscheidungsgremien – Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands und Bischofskonferenz der katholischen Kirche – die erkannten Notwendigkeiten vortragen und Grundsatzentscheidungen herbeiführen lassen. Erarbeitete Konzepte werden mit den staatlichen Behörden abgestimmt und sollen eine gesetzliche Grundlage bekommen.

Präsident Dr. Kolb erklärte die Bereitschaft seines Amtes zur Zusammenarbeit. Pfarrer und geistliche Laien müssen die Strukturen des staatlichen Katastrophenschutzes kennen, um ihren seelsorgerischen Auftrag erfüllen zu können. Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst sind als Fachverbände

ihrer Kirchen ebenso zur Zusammenarbeit bereit. In den kirchlichen Einrichtungen sollen Mitarbeiter für Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall ausgebildet werden. Auf Orts- und Kreisebene soll der ständige Kontakt zu den staatlichen Katastrophenschutzbehörden hergestellt werden. Von den Kirchen beauftragte Mitarbeiter sollten in die Katastrophenschutzstäbe einbezogen werden. In den Landeskirchenleitungen müßten Referenten für den Katastrophenschutz benannt werden. Die Tagungsteilnehmer befürworten die Einsetzung eines kleinen Arbeitsausschusses zur raschen Erledigung dieser dringenden Aufgaben.

Eine in den Tagungsunterlagen enthaltene Begründung für kirchliches Handeln im Katastrophenschutz steht wie ein Schlußwort: Wir müssen um einen Sinn wissen oder ihn doch glauben können, wenn sich Leben lohnen soll. Nur wer ein Wofür kennt, erträgt jedes Wie. Eine Kirche ist nicht nur mit der Seelsorge am einzelnen beauftragt, sondern mit der Diakonie an der Gemeinschaft. Die Gefährdung des Gesamten zu sehen und hier zu helfen, auch das gehört zur Diakonie der Kirche.

Abschließend dankte Oberlandeskirchenrat F. Wandersleb als Leiter der Tagung allen Teilnehmern für ihre engagierte Mitarbeit. Sein besonderer Dank galt Präsident Dr. Kolb und den beiden Polizeiführern.

Georg Reinhold

MHD beendete Somalia-Einsatz

## Wasser- aufbereitung in der Steppe

Tageskapazität  
der 18 Aufbereitungsanlagen  
wurde auf zwei Millionen Liter  
gesteigert –  
Bericht des Projektleiters

Der Somalia-Einsatz des MHD ist beendet: Seit Juni 1980 waren wir im Auftrag von Bundesregierung und Caritas in Somalia tätig, um mit unseren, vom THW entwickelten Wasseraufbereitungsanlagen Flüchtlingshilfe zu leisten. Wasser ist in Somalia das wichtigste Gut. Um seinen Stellenwert zu erläutern, mag man ein somalisches Sprichwort anführen: „Wasser ist Leben, Milch ist Nahrung, Tee ist Vergnügen.“

Man muß sich die somalischen Verhältnisse vorstellen: Es gibt drei größere Städte. Der Rest der viereinhalb Millionen zählenden Bevölkerung lebt nomadisierend auf dem Land, oder besser gesagt: im Busch, ein Busch, der in der Trockenzeit von der Äquatorsonne ausgebrannt wird, wo Sandstürme den Tag gelegentlich zur Nacht machen und in dem weite Landstriche durch Erosion verkarsten und versalzen.

Die vorherrschende Farbe ist braun, und dennoch ist dieser Busch Lebensraum für eine Nomadenbevölkerung, die sich mit ihren Kamelherden die Weideplätze mit spärlicher Vegetation teilt. Das Land ist Allgemeinbesitz, und die stolzen Familienoberhäupter sind Schiedsrichter bei gelegentlichen Streitigkeiten um Weiderechte. Dann werden für uns in endlos lange erscheinenden Sitzungen unter freiem Himmel Probleme erörtert und einvernehmlich Lösungen gefunden.

Die Nomaden hüten die wenigen ergiebigen Wasserstellen wie ihre Augäpfel. Nur wenn sich in der kurzen, aber heftigen Regenzeit die Schleusen des Him-



mels öffnen, verwandelt sich diese unwirtliche Landschaft über Nacht in einen grünen Garten Eden. Es ist die Zeit des Überflusses, einer Herrlichkeit, die leider aber nicht sehr lange anhält. Nach einem Monat fordert die sengende Sonne ihren Tribut. Man wird so verstehen, daß für die Somalis Regenwetter schönes Wetter bedeutet.

1977 entstand zwischen Somalia und seinem Nachbarland Äthiopien ein Krieg. Etwa 1,3 Millionen Flüchtlinge aus dem äthiopischen Ogadengebiet strömten nach Somalia. Somalia war ihr Ziel, weil die Ogaden-Bevölkerung sprachlich, kulturell und ethnologisch zum Volk der Somalis gehört. Sie kamen in ein Land, in dem Hungersnot herrschte.

18 Wasseraufbereitungsanlagen versorgen sämtliche Flüchtlingslager im Süden des Landes.



In den nördlichen Lagern betreute der MHD ein Brunnenbohrprogramm.



Fünf Jahre lang war der Regen ausgeblieben. Trotzdem wollten die Somalis ihre Brüder aufnehmen. Zur Hungerkatastrophe kam nun die Flüchtlingskatastrophe. Es war ein Bild des Schreckens. Die Flüchtlinge kamen halb verhungert an, gezeichnet von Krankheiten, angegriffen vom wenigen, dafür schmutzigen Wasser, das sie getrunken hatten, erschreckt vom Grauen des Krieges.

Eine Welle der internationalen Hilfsbereitschaft setzte ein, und MHD und Caritas sahen sich verpflichtet, zunächst in Zusammenarbeit mit dem THW, später alleinverantwortlich, ein Sofortprogramm zur Trinkwasserversorgung zu starten. Da die Flüchtlinge von der somalischen Regierung in riesigen Camps entlang der beiden Flüsse Dinba und Shebelli, die Somalia durchziehen, angesiedelt wurden, bot sich die Flußwasseraufbereitung an. Anfang 1980 gab es endlich den langersehnten Regen, die Flüsse füllten sich, und wir konnten unsere Arbeit aufnehmen.

Nach und nach wurden 18 Wasseraufbereitungsstationen aufgebaut. Das System ist einfach: Flußwasser wird in Reinigungsbassins gepumpt, mit Chlor und einem Flockungsmittel versetzt, das die Schmutzpartikel aus dem Wasser ausfällt. Nach etwa zehn Stunden wird sauberes Trinkwasser über ein Verteilsystem mit Zapfstellen abgegeben. Innerhalb von sechs Monaten gelang es uns, auf diese Weise eine Kapazität von täglich über zwei Millionen Liter zu erreichen. Sauberes Trinkwasser war nötig, um den desolaten Gesundheitszustand der Flüchtlinge zu verbessern und um sie widerstandsfähiger zu machen. Gleichzeitig kamen über die anderen internationalen Hilfsorganisationen um-

Die Zapfstellen wurden zu Lagerzentren.



fangreiche Nahrungslieferungen zustande, und in den Camps wurden erste medizinische Hilfsprogramme gestartet.

Dazu einige Zahlen: Anfang 1980 betrug die Kindersterblichkeit 52 Prozent, d. h. von 100 Neugeborenen starben in den ersten sechs Wochen 52; Ende 1981 betrug diese Relation noch 27 Prozent, d. h. immerhin starben noch 27 von 100 Neugeborenen. Die letzten Informationen besagen, daß die Mortalität von Neugeborenen auf unter zehn Prozent gesunken ist. Die internationale Hilfsaktion trug Früchte.

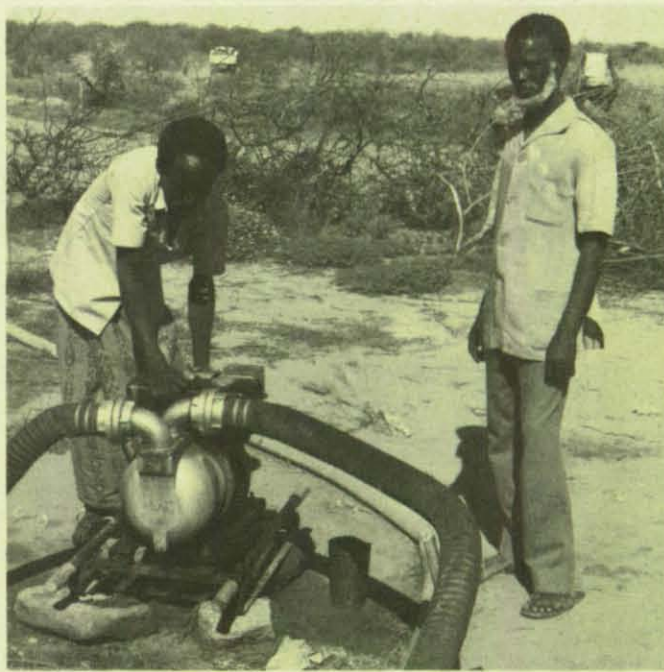
All die zweieinhalb Jahre war es unser Anliegen, die Betroffenen mit der Technik der Wasseraufbereitung und der Reparatur der dazugehörigen Pumpen vertraut zu machen, damit unsere Hilfe zur

Selbsthilfe der Flüchtlinge werden konnte. Mitte 1982 wurden MHD und Caritas von den Vereinten Nationen in Genf gebeten, das Engagement bis Ende des Jahres 1982 zu verlängern. Die letzten sechs Monate wurden dazu genutzt, eine geeignete Nachfolgeorganisation für unser System zu finden und in die Problematik einzuweißen. In enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen somalischen Stellen, der Nachfolgeorganisation und den Vereinten Nationen wurden die Aktionen auf dem Wasserversorgungssektor konsolidiert und ein langfristiges entwicklungsträchtiges Konzept erarbeitet, das die Somalis in die Lage versetzen soll, in absehbarer Zeit die Wasserprobleme selbst zu lösen.

Hans-Wolf Glöckl



Der MHD setzte hochentwickelte Reinigungsanlagen ein.



Lagerbewohner wurden angeleitet und halfen beim Betrieb der Versorgungsanlagen.

Präsidium des DFV tagte in Hannover

## 26. Deutscher Feuerwehrtag 1990

Deutsches Feuerwehr-Museum soll erweitert werden –  
Für einen zweiten Bauabschnitt sind 2 Millionen erforderlich

Die 10. Präsidiumstagung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 21./22. Januar 1983 im Tagungsraum der „Versicherungsgruppe Hannover“ (VGH) beschäftigte sich unter Leitung von Präsident Struve vorrangig mit Beratungspunkten der 31. Delegiertenversammlung des DFV (am 16. April 1983) in Helmstedt. Ein zentrales Thema für den DFV ist seit vielen Jahren der weitere Ausbau des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda. Nachdem sich das Präsidium in der Oktober-Tagung 1982 im Rahmen einer Besichtigung der Museumsräume in Fulda vom vorhandenen Wert der Ausstellungsstücke und dem derzeitigen Zustand der Ausstellungsräumlichkeiten einen Überblick verschaffen konnte, sprach sich dieses Beschlussorgan des DFV im Herbst einstimmig für ein zentrales Deutsches Feuerwehr-Museum und für dessen weiteren Ausbau aus.

Nach vorliegenden Kalkulationen sind für einen zweiten Bauabschnitt Investitionen von rd. 2 Millionen DM erforderlich, für die es gegenwärtig noch keinen abgesicherten Finanzierungsplan gibt.

Aus diesem Grunde berichteten die Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen in der letzten Präsidiumstagung über die Beratungsergebnisse in ihren Verbänden, wonach schon jetzt in sechs Bundesländern die aktiven Mitglieder bereit sind, sich mit einer einmaligen Umlage von DM 1,- pro Kopf an den Investitionen zu beteiligen; in den anderen Ländern liegen derzeit abschließende Beratungsergebnisse noch nicht vor. Bemühungen der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen bei ihren jeweiligen Landesregierungen um eine Zusage zur Übernahme eines Teils der Investitionen zum Erweiterungsbau des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda ergaben derzeit noch keine verbindlichen Zusagen. Präsident Struve wird deshalb in nächster Zeit gemeinsam mit dem jeweiligen Vorsitzenden des LFV/LGr ein Gespräch mit den Innenministern/-senatoren der Länder führen, um endgültig zu klären, mit welchen

Zuschüssen zu den Investitionen konkret zu rechnen ist.

Der in der Präsidiumstagung vom Vorstand vorgelegte Haushaltsplan 1983 sowie die Jahresrechnung 1982 fanden die einstimmige Zustimmung des Präsidiums mit entsprechender Empfehlung an die Delegiertenversammlung 1983.

Die diesjährige Brandschutzwoche findet in der Zeit vom 17. bis 25. September 1983 unter dem Motto „... sicherheits halber – Deine Feuerwehr“ statt. Wie in den vergangenen Jahren unterstützen die Bundesländer diese Aktion wiederum mit einem bundeseinheitlichen Werbeplakat. Die zentrale Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Brandschutzwoche ist am 17. September 1983 in Grünberg/Hessen, wo an diesem Wochenende auch das „4. Bundeswertungsspielen“ der musiktreibenden Züge der Feuerwehren durchgeführt wird. Die Feuerwehrverbände auf allen Verbandsebenen sowie die einzelnen Feuerwehren in der Bundesrepublik werden aufgerufen, sich mit Veranstaltungen der verschiedensten Art im Rahmen der diesjährigen Brandschutzwoche in der Öffentlichkeit darzustellen.

Der Deutsche Feuerwehrverband beabsichtigt, den 26. Deutschen Feuerwehrtag im Jahre 1990 durchzuführen. Falls realisierbar wird ein Austragungsort im süddeutschen Raum bevorzugt, da der 24. Deutsche Feuerwehrtag 1970 in Münster und der 25. Deutsche Feuerwehrtag 1980 in Hannover stattfanden. Als bisher einzige Stadt hat sich die baden-württembergische Kreisstadt Friedrichshafen/Bodensee um die Ausrichtung beworben; inoffizielles Interesse hat noch eine andere Stadt geäußert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Wochen noch weitere offizielle Bewerbungen beim Deutschen Feuerwehrverband (Bonn) eingehen.

Der Deutsche Feuerwehrtag ist eine repräsentative Veranstaltung des Deutschen Feuerwehrverbandes, die lt. Beschluß seiner Organe alle zehn Jahre durchgeführt wird. Nach den Erfahrungen der letzten Veranstaltungen dieser

Art ist mit Teilnehmerzahlen zwischen 20000 und 30000 der Feuerwehren anläßlich der Kundgebung und dem Festumzug zu rechnen. Aus verschiedenen Gründen wird der nächste Deutsche Feuerwehrtag voraussichtlich nicht mit der internationalen Fachausstellung INTERSCHUTZ gekoppelt sein, da diese Ausstellung gemäß Vorstandsbeschluß der hierfür zuständigen „Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes“ (VFDB) voraussichtlich im Jahre 1992 in einer großen Messestadt durchgeführt wird. Vorstand und Präsidium des DFV werden sich in einer der nächsten Tagungen erneut mit dem Austragungsort des nächsten Deutschen Feuerwehrtages beschäftigen.

## Feuerwehr und Rettungsdienst trennen?

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt der Deutsche Feuerwehrverband in den letzten Monaten Diskussionen in verschiedenen Kreisen und Städten einiger Bundesländer, ob der von den öffentlichen Feuerwehren durchgeführte Rettungsdienst zu teuer ist und ob private Hilfsorganisationen diese Leistungen kostengünstiger durchführen können. Nach wie vor steht der DFV auf dem Standpunkt, daß der Status quo im Rettungsdienst gewahrt bleiben sollte und an den Strukturen bezüglich der den Rettungsdienst durchführenden Institutionen nichts verändert werden muß.

Daß der von den Feuerwehren durchgeführte Rettungsdienst eine seit Jahrzehnten anerkannte Organisationsform darstellt, ist in Fachkreisen unbestritten und hat auch die Anerkennung der Bevölkerung gefunden. Wo über hohe und niedrige Kosten im Rettungsdienst gesprochen und verglichen wird, sollten gleiche Kalkulationsmerkmale die Grundlage bilden. Dem DFV sind bisher noch keine stichhaltigen Unterlagen bekanntgeworden, wonach der von den Feuerwehren als öffentliche Einrichtung der Gemeinde durchgeführte Rettungsdienst im Vergleich zu den Leistungen der privaten Hilfsorganisationen teurer ist, berücksichtigt man vergleichbare Ausstattung, Ausbildung und Organisationsform.

Wenn die Schlauchträger einfach abgeschnitten werden

## Die Tricks der Wettkämpfer auf internationaler Ebene

Der Kampf um „Traumzeiten“ – Ein wahrer Kult ums Schuhwerk

Im Juli 1985 finden im oberösterreichischen Vöcklabruck die „8. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“ des CTIF statt, an denen aus der Bundesrepublik Deutschland zehn Wettbewerbsgruppen der Freiwilligen Feuerwehren teilnehmen werden. Zur Auswahl dieser Gruppen führt der Deutsche Feuerwehrverband im Juni 1984 in Holzminden (Niedersachsen) seine Bundesausscheidungen durch, zu denen die Bundesländer ihre besten, in Landesauscheidungen ermittelten Wettbewerbsgruppen entsenden werden. Die meisten dieser Landesauscheidungen werden bereits im Jahre 1983 durchgeführt, so daß die interessierten Wettbewerbsgruppen bereits in den nächsten Wochen mit dem Training für die einzelnen Wettkampfabschnitte beginnen; es scheint also ein „heißer Wettbewerbssommer“ zu werden. Die letzten „Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“ 1980 in Böblingen haben gezeigt, daß die internationale Leistungsspitze immer dichter wird und manchmal nur große Erfahrung und Glück über Sieg und Platzierung entscheidet. Aber auch manche erlaubten (und unerlaubten) Tricks bringen ggf. kleine, aber letztlich entscheidende Vorteile; Tricks, die Gruppen häufig erst durch die Teilnahme an vielen Freundschaftswettbewerben im In- und Ausland erkennen.

In der Bundesrepublik Deutschland stellt der „Internationale Feuerwehrwettkampf“ des CTIF eine besondere Wettbewerbsart dar, weil sich dieser Wettkampf nicht mit den Feuerwehr-Bewerben der einzelnen Bundesländer vergleichen läßt. Dieser „Internationale Feuerwehrwettkampf“ beinhaltet im Vergleich zu den deutschen Wettbewerben mehr feuerwehrsportliche Höchstleistungen, die mit den täglichen Einsatzanforderungen an die Feuerwehren wenig gemeinsam haben.

Trotzdem strahlt dieser internationale Bewerb seine Reize auch auf die deutschen Gruppen aus, und von Jahr zu Jahr ist eine steigende Zahl interessierter Feuerwehren festzustellen. In unserem Nachbarland Österreich stellt dieser „Internationale Feuerwehrwettkampf“ keine so große Besonderheit dar, weil

Erlaubt sind (außer Lederstiefeln) auch Halbschuhe aus Leder (Straßenschuhe) in Slipperform.



Erlaubt: Halbschuhe aus Leder (Straßenschuhe) zum Schnüren.



Erlaubt: hohe Schnürschuhe aus Leder, auch aus Rauhleder, sowie jede Art von hohen Schuhen aus Leder und Stiefel.





der jährliche österreichische Feuerwehr-Leistungsbewerb in vielen Bereichen dem „Internationalen Feuerwehrwettkampf“ ähnelt.

In der österreichischen Bundesfeuerwehr-Zeitung „Die Österreichische Feuerwehr“ erschien vor Monaten ein auch für die deutschen Feuerwehren interessanter Artikel, den wir mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion nachfolgend auszugsweise wiedergeben:

Aus den Wettbewerben hat sich ein Feuerwehr-Breitensport entwickelt, der außer dem Aspekt, daß er dem Feuer-

wehmann im Einsatz zugute kommt, auch die Kameradschaft fördert. Die Gruppe ist ein „Team“, in dem der eine auf den anderen angewiesen ist und der Erfolg nur gemeinsam errungen werden kann. Naturgemäß haben sich daraus Spitzengruppen entwickelt, deren „Traumzeiten“ von Jahr zu Jahr kürzer werden, geht es doch darum, als Vertreter Österreichs an internationalen Wettbewerben teilzunehmen.

Doch mit einem harten Training allein ist es längst nicht mehr getan. Was nützt die beste Trainingszeit, wenn die Män-

ner die Spannung vor dem Wettkampf nicht verkraften, aus Nervosität Fehler machen, die einem Anfänger höchstens nur ein Lächeln abgewinnen können? Wie oft hat ein schlecht angesetzter Kupplungsschlüssel, eine „nicht aus dem Sackerl herauszubringende“ verzurte Saugerleine, ein Sturz beim Staffellauf alle Hoffnungen zunichte gemacht.

Kein Geringerer als Baldur Preiml war es, der erstmals bei den internat. Feuerwehrwettkämpfen in Trient (1977) die Tiroler Gruppen durch autogenes Training auf den Bewerb vorbereitete. Selten sah man Burschen so „cool“ vor einem Wettkampf wie damals die Tiroler in Trient.

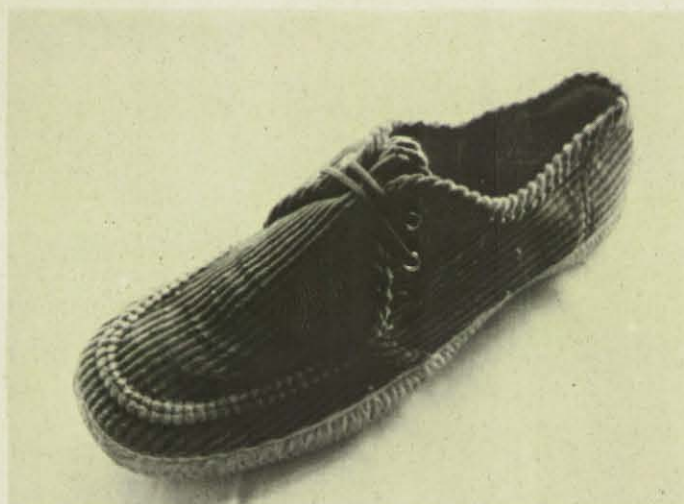
Die Konzentration auf den Wettkampf beginnt schon bei der Vorbereitung des Gerätes. Das „Zusammenräumen“ von den Geräten der vorhergehenden Gruppen auf der Kampfbahn kann zu einer wahren Kulthandlung werden. Geradezu liebevoll werden die Schläuche gewickelt, sorgsam Geräte, wie der Verteiler, die gerollten Schläuche, die Strahlrohre, die Kupplungsschlüssel, auf den Rasen gelegt und deren Lage noch korrigiert.

Ganz Schlaue graben unter den Kuppungsschlüsseln die Erde aus, um sie beim Wettkampf noch exakter aufnehmen zu können. Zu den Tricks, die natürlich verboten sind und eine Disqualifikation zur Folge haben, gehören z. B. das Markieren der Schlauchlängen mit kleinen Steinchen auf der Wettkampfbahn, das Abschneiden von Schlauchträgern, um die Bindung schneller öffnen zu können, und viele andere Dinge. Manche haben schon versucht, Schlauchträger gegen eigens mitgebrachte auszutauschen.

Zu einem wahren Kult hat sich die Auswahl des Schuhwerks entwickelt. Manche schwören auf feste Halblederstiefel, andere wieder auf Rauhlederschuhe mit griffigen Gummisohlen. Erst vor kurzem sprach ich mit einem Gruppenkommandanten, der mir ganz stolz sein Schuhwerk zeigte: Es waren Rauhlederschuhe, die von einer bekannten Sportartikelfirma speziell für die Sherpas einer Himalaja-Expedition hergestellt worden waren ...

Für den größten Teil der Wettkämpfer trifft das freilich nicht zu. Ihnen genügt das in den Wettbewerbsbestimmungen festgelegte Schuhwerk: „Stiefel oder feste Straßenschuhe.“ Sie benötigen kein autogenes Training, keine Konzentrationsübungen und sind mit Freude und Begeisterung dabei.

Auch wenn sie schon zum x-tenmal an einem Bewerb teilnehmen, machen sie sich keine Hoffnung auf Preise und Pokale. Oft treten sie nur deshalb an, um



**Verboten: Freizeitschuhe, z. B. aus Leinen oder Samt.**



**Verboten: Sportschuhe, z. B. Laufschuhe, Turnschuhe, ganz gleich ob aus Rauhleder oder Leinen.**



**Verboten: Sportschuhe, z. B. Laufschuhe, auch hohe, aus Leinen und anderen Materialien.**



Eine österreichische Wettbewerbsgruppe: keine spiritistische Sitzung, sondern Konzentrationsübung vor dem Wettkampf.

einem jungen Feuerwehrkameraden die Möglichkeit zu geben, in ihrer Gruppe mitzumachen, damit er zu seinem Abzeichen kommt.

Die steigende Beteiligung an den Leistungsbewerben zeigt deutlich, daß die Worte von Pierre Coubertin, dem Schöpfer der neuen Olympischen Spiele, noch immer gelten: „Zweck des

Wettkampfes ist nicht Sieg, sondern Teilnahme!“

In den Bestimmungen für den Bewerb sind Stiefel oder feste Straßenschuhe vorgeschrieben. Das Anlegen von Tennis-, Turn- und anderen Sportschuhen ist ausdrücklich verboten. Wir bringen hier eine kleine Auslese von Schuhen, die man beim Wettkampf sieht.

Am Rande notiert:

## Preise für Feuerlöscher-Prüfungen prüfen

Preisvergleiche können kostensenkend sein

Nach den gesetzlichen Vorschriften müssen Feuerlöscher spätestens alle zwei Jahre auf ihre Funktionsfähigkeit hin von einem qualifizierten Prüfdienst überprüft werden. Daß diese Prüfungen bzw. Prüffristen zumindest im privaten häuslichen Bereich in der Vergangenheit erhebliche Schwierigkeiten bereiteten, ist nicht nur in Fachkreisen bekannt. Es liegt die Vermutung nahe, daß eine größere Anzahl der im privaten Bereich befindlichen Feuerlöscher in dieser Zwei-Jahres-Frist nicht überprüft wird, entweder weil der Privatbesitzer von dieser Prüffrist überhaupt nichts weiß, demnach keinen Prüfdienst beauftragt hat, nicht weiß, wo es einen Prüfdienst gibt oder wo der Prüfdienst (trotz vertraglicher Vereinbarung) nicht erscheint.

Um den Bürgern überhaupt und dann noch eine kostengünstige Prüfung zu ermöglichen, sind auf Empfehlung des Deutschen Feuerwehrverbandes seit

vielen Jahren Feuerwehren dazu übergegangen, in Verbindung mit einem anerkannten örtlichen Feuerlöscher-Prüfdienst jährlich auf der Feuerwache zentrale Prüfkationen durchzuführen. Im Interesse der Bevölkerung organisieren die Feuerwehren diese Prüftermine, wobei die Prüfung vom Fachhandel und nicht von der Feuerwehr erfolgt. Seit Jahren bemüht sich auch der Deutsche Feuerwehrverband im Interesse der Bürger in wiederholten Gesprächen mit der Fachindustrie und anderen zuständigen Institutionen darum, daß bundesweit ein qualifizierter Prüfdienst sichergestellt wird; ein Prüfdienst, der die Arbeiten fachgerecht durchführt, und dieses dann auch noch zu vertretbaren Prüfpfeisen.

Ein neues Problem ist durch die seit 1980 gültige neue Druckbehälterverordnung entstanden, wonach die Feuerlöscher mit Druckluft als Treibmittel (Dauerdrucklöcher) von einer amtlich aner-

kannten Sachverständigenstelle überprüft sein müssen und diese Druckbehälter-Überprüfungen alle zehn Jahre zu erfolgen haben. Die vielen im Umlauf befindlichen Dauerdrucklöcher (ohne Prüfzeichen) müssen vor einer Wiederfüllung bei einer amtlich anerkannten Sachverständigenstelle einer solchen Prüfung des Druckbehälters unterzogen werden. Daß dieses gesamte Verfahren für den Verbraucher zusätzliche Kosten verursacht, ist unbestritten.

Es gibt Anlaß zu befürchten, daß aber durch dieses gesamte Prüfverfahren vielen Privatbesitzern von Feuerlöschern Kosten in Rechnung gestellt werden, die in der ausgewiesenen Höhe „zu gut kalkuliert“ sind, wo aber der Privatmann mangels fehlender Vergleiche diese Beträge, zwar murrend, auch zahlt. Der Deutsche Feuerwehrverband hat Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es ratsam ist, vor der Auftragsvergabe zur Überprüfung von Dauerdrucklöschern (Feuerlöschern) einen Preisvergleich vorzunehmen. Dieses scheint gerade dann sinnvoll zu sein, wenn im Rahmen einer allgemeinen Prüfung ein neuer Feuerlöscher „im Austauschverfahren“ gegen den vorhandenen angeboten wird. Dieses Austauschverfahren scheint tatsächlich manchmal teurer zu sein als der Kaufpreis für einen fabrikneuen Löscher!

Dem Deutschen Feuerwehrverband ist ein konkreter Fall bekanntgeworden, daß dem Kunden anläßlich einer regelmäßigen jährlichen Überprüfung durch den Prüfdienst einer renommierten deutschen Fachfirma im „Austauschverfahren“ für einen im Jahre 1979 fabrikneu gelieferten 6-kg-Feuerlöscher (Dauerdrucklöcher mit ABC-Pulver) ein Austauschlöcher für DM 140 plus MWSt. angeboten wurde! Grund: Druckabfall auf ca. 10 bar. Eine Nachfrage bei der gleichen Firma ergab, daß dort ein fabrikneuer Feuerlöscher nur DM 105 plus MWSt. und bei einer ebenfalls renommierten Konkurrenzfirma sogar nur DM 75 plus MWSt. kostet. Eine weitere Nachfrage des Kunden bei der Firma des Prüfdienstes bezüglich der Richtigkeit dieser Preisrelation wurde mit dem Hinweis auf die neue Druckbehälter-Verordnung beantwortet; ohne auf die konkreten Preise direkt einzugehen. Übrigens: Dieser Kunde war zufällig der OFV.

Daß Austausch-Bauelemente im gesamten industriellen Bereich billiger als fabrikneue Bauelemente sind, dürfte eine sachlich festzustellende Tatsache sein. Warum diese Preisrelation aber bei Feuerlöschern anders ist, leuchtet nicht ein. Resümee: Auch bei Feuerlöschern und den Prüfdiensten sind für den Privatmann Preisvergleiche manchmal kostensenkend.

R. Voßmeier

## DLRG Butzbach ist jetzt in den Katastrophenschutz integriert

Erster Wasserrettungstrupp des Wetteraukreises feierlich in den Dienst gestellt

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Mit einer öffentlichen Vorstellung der Mannschaft und der technischen Geräte wurde am Sonntag, dem 19. Dezember 1982, offiziell der erste Wasserrettungstrupp des Wetteraukreises bei der DLRG Butzbach in Dienst gestellt. Landrat Münch überreichte die Anerkennungsurkunde an Gerd Wagner (Reichelsheim), den Leiter des Bezirks Wetterau-Vogelsberg der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Der Landrat dankte für die Bereitschaft, im friedensmäßigen Katastrophenschutz mitzuarbeiten und äußerte die Hoffnung, daß Ernstfall-Einsätze niemals nötig sein werden. Er überreichte einen Scheck zur Beschaffung eines Funkmeldeempfängers.

Bezirksleiter Wagner hatte zuvor in seiner Begrüßungsansprache darauf hingewiesen, daß der Einsatz in Katastrophenfällen zu den satzungsgemäßen Aufgaben der DLRG gehöre. Da man größere Überschwemmungen oder ähnliche Ereignisse nicht ausschließen könne, habe man sich entschlossen, den beiden Landräten in Gießen und Friedberg den Aufbau entsprechender Einheiten vorzuschlagen. Nachdem im Landkreis Gießen bei der DLRG Heuchelheim bereits seit einiger Zeit ein Wasserrettungstrupp organisiert sei, habe nun auch der Wetteraukreis nachgezogen. Der DLRG Butzbach dankte Wagner für die Bereitschaft, diese wichtige Aufgabe durch Schulung der Mannschaft und Bereitstellung des Gerätes übernommen zu haben.

Der Vorsitzende der DLRG Butzbach, Volker Herbert, erwähnte die organisatorischen, technischen und finanziellen Schwierigkeiten, die bei der Aufstellung des Wasserrettungstrupps zu meistern waren. Die Aufgabe fiel zudem in eine Zeit, in der die DLRG-Ortsgruppe mit der Schadensbeseitigung an der Wachstation Inheiden, die durch Hochwasser erheblich beschädigt worden war, personell und finanziell voll in Anspruch genommen war. Er sei deshalb besonders stolz auf seine Kameraden, mit deren Hilfe es möglich wurde, daß die Anerkennung noch in diesem Jahr ausgesprochen werden konnte.

Bürgermeister Hofmann lobte den beispielhaften Einsatz der DLRG in Butz-



Vor dem Bürgerhaus in Butzbach konnte die Öffentlichkeit den neuen Wasserrettungstrupp der DLRG besichtigen. (Foto: Wirk)

bach. Zu den vielfältigen öffentlichen Aufgaben, wie der Betreuung des Schrenzerbades, der Schwimm- und Rettungsausbildung im Hallenbad und den Wachdienstaufgaben am Inheidener See, sei nun noch eine weitere hinzugekommen. Er sei sicher, daß die DLRG Butzbach diese neue Aufgabe mit der gleichen Zuverlässigkeit und Zielstrebigkeit verfolgen werde.

Der Präsident des DLRG-Landesverbandes Hessen, Günter Walter, sprach von einem beglückenden Gefühl, das er immer in solchen Augenblicken empfinde. Er, der er sich seit 1966 den Katastro-



Bezirksleiter Wagner (ganz links) und DLRG-Landesverbands-Präsident Walter (davor) geben Bürgermeister Hofmann und Landrat Münch Erläuterungen zu den Rettungsgeräten. (Foto: Wirk)

phenschutzaufgaben widme, freue sich über jede Masche, die dem Netz der Katastrophenschutzeinheiten hinzugefügt werde. Walter erklärte, daß die Wasserrettungstrupps des DLRG-Bezirks Wetterau-Vogelsberg nicht nur regionale Bedeutung haben, sondern von der Landesregierung auch für überregionale Aufgaben angefordert werden können, beispielsweise für Großeinsätze an Rhein oder Main. Den Landrat beruhigte er mit dem Hinweis, daß in diesen Fällen die Kosten vom Land getragen werden.

Die Geräte, die auf dem Platz vor dem Bürgerhaus in Butzbach zur Besichtigung bereitstanden, bestehen aus einem VW-Bus, einem Rettungsboot mit Bootsanhänger, Apparaten für die Wiederbelebung und die Erste Hilfe, Bergungsgeräten, Seilen, Beleuchtungseinrichtungen, Tauchausrüstungen und einem Funkgerät. Die Besatzung besteht aus vier ausgebildeten Rettungsschwimmern, Bootsführern und Funkern. Der Trupp soll später mit der DLRG Heuchelheim und den im Aufbau befindlichen Einheiten in Friedberg und Lich zu dem „Oberhessischen Wasserrettungszug“ zusammengefaßt werden.

Dietrich Wirk

## DLRG Saar wachte an Stauseen in Bosen und Losheim



Beim Losheimer Seefest galt es, eine Fallschirmspringergruppe der Bundeswehr aus dem Wasser zu bergen. (Foto: Lauer)

Große Anstrengungen unternahm im Jahr 1982 der DLRG-Landesverband Saar, um über die Sicherheit der Wassersportler an den beiden größten saarländischen Stauseen in Bosen und Losheim zu wachen. 729 Hilfeleistungen für Windsurfer, Segler, Ruderer, Schwimmer und sonstige Wassersportler sprechen eine deutliche Sprache über die Notwendigkeit des Wachdienstes, der vom 9. April bis 24. Oktober jeweils am Wochenende sowie an Feier- und Ferientagen von insgesamt 17 saarländischen DLRG-Ortsgruppen durchgeführt wurde.

Wie schon in den Vorjahren hatte die DLRG Saar vor Saisonbeginn an beiden Stauseen Seminare durchgeführt, bei denen die Wachleiter und Bootsführer in ihre Aufgaben und alle für den Wachdienst wichtigen Belange eingeführt wurden. Hierbei wurde festgestellt, daß



Blick von der DLRG-Station auf den Bostalsee, vorn rechts der DLRG-Wachturm. (Foto: Lauer)

die Qualität des geleisteten Wachdienstes mit zunehmender Erfahrung der eingesetzten Wachmannschaften immer mehr steigt. So vertraut man an beiden Seen seit Jahren einem bewährten Stamm von Ortsgruppen, die mit den verschiedensten Witterungsbedingungen an den Stauseen bestens vertraut sind.

Nach dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des Referenten für Rettungswachdienst der DLRG Saar versah die DLRG 1982 an 157 Tagen den Wachdienst an den Stauseen. Hierbei wurden 1140 Rettungsschwimmer aus 17 Ortsgruppen eingesetzt und 11061 Wachstunden geleistet. Sehr erfreulich, daß an beiden Stauseen im zurückliegenden Sommer kein einziger schwerer Badeunfall oder gar Todesfall zu beklagen war.

Dies spricht zum einen für die Qualität und Intensität des geleisteten Wachdienstes, zum anderen für Disziplin und gegenseitige Rücksichtnahme aller Seebesucher. Neben den 20 Segelregatten erforderte vor allem ein nächtliches Fackelschwimmen der Sporttaucher in Bosen höchste Aufmerksamkeit der DLRG, hatte die DLRG doch die Sicherung des nächtlichen Spektakels übernommen. In Losheim galt es, beim jährlichen Seefest eine Fallschirmspringergruppe der Bundeswehr aus dem See zu bergen, was reibungslos funktionierte.

Insgesamt registrierte die DLRG 1982 an den Stauseen in Bosen und Losheim

folgende Hilfeleistungen (auszugsweise): 32 Segelboote wurden an Land geschleppt, weitere 56 aufgerichtet. 232 erschöpfte Windsurfer brachte die DLRG zu den Surferbasen. Bei Tret-, Schlauch- und Ruderbooten registrierte man 41 Hilfeleistungen, während man 168 Schwimmern außerhalb der abgegrenzten Seefreibäder beistand. Bei Schürf-, Brand- oder Schnittwunden, bei Kreislaufkollapsen und Insektenstichen gab es durch die DLRG-Rettungsschwimmer 151 Erste-Hilfe-Leistungen, außerdem führte man 13 Krankentransporte durch.

Insgesamt darf festgestellt werden, daß man bei der DLRG Saar sowohl mit der Qualität des geleisteten Wachdienstes als auch mit der Zuverlässigkeit und Einsatzfreude der einzelnen Wachmannschaften sehr zufrieden ist.

Georg Lauer

### Gemeinsame Katastrophenschutzübung von DLRG, MHD und Feuerwehr

Bei der DLRG des Bezirkes Wetterau-Vogelsberg schreitet der Aufbau des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zügig voran. In einer großangelegten Übung wurde jetzt der „Ernstfall“ in Zusammenarbeit mit anderen Katastrophenschutzeinheiten geprobt. Etwa 200 ehrenamtliche Helfer aus 15 Freiwilligen Feuerwehren des Wetteraukreises, 25 Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Funker des Fernmeldezuges 251 Friedberg und Sanitäter des Malteser-Hilfsdienstes nahmen an der Funk- und Orientierungsübung teil.



Das Zusammenwirken mehrerer Rettungsorganisationen funktionierte ausgezeichnet. (Foto: Wirk)

Neben der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fachdiensten des Katastrophenschutzes hatte die Übung im wesentlichen zwei Hauptziele: Einmal sollten die topografisch bedingten Schwächen im Funkverkehr erkannt und neue Standorte für Relaisstationen erkundet werden, gleichzeitig sollte die Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit der Funkeinrichtungen in den einzelnen Einsatzfahrzeugen überprüft werden. Die ausgebildeten Funker mußten sich in der vorschriftsmäßigen Abwicklung des Sprechfunkverkehrs, für den ein besonderer Übungskanal zur Verfügung stand, bewähren.

Ferner galt es, Kenntnisse in der Kartenkunde zu beweisen. So mußten durch Koordinaten angegebene Punkte im Gelände angefahren und dort bestimmte Übungsaufgaben gelöst werden, z. B. Schadensdarstellungen von Katastrophenfällen abgegeben und Brände eingestuft werden. Die Fahrzeugführer mußten ihre Fahrzeuge mög-



Sie ziehen alle „an einem Strang“: DLRG, Feuerwehr und MHD. (Foto: Wirk)

lichst schnell und platzsparend einparken. Es mußten Testbögen mit Fragen aus den Einsatzbereichen ausgefüllt werden. Zur Auflockerung gab es dabei auch fachfremde Fragen, die sich vielfach als Stolpersteine erwiesen. So waren etwa zehn Blätter verschiedener Bäume zu bestimmen.

Sehr realistisch gestaltet war eine Übungsaufgabe an der Wetter, einem Fließchen, das der Landschaft der „Wetterau“ ihren Namen gab. Nach der Übungsannahme waren die „Nonnenmühle“ und die zugehörige Wetterbrücke durch eine Gasexplosion völlig zerstört. In den Trümmern befand sich noch eine „verletzte“ Person. Die Mannschaften mußten die Art der Verletzung erkennen, geeignete Sofortmaßnahmen einleiten und den Verletzten mit einem Boot aus dem Gefahrenbereich bergen. Hier fühlte sich die DLRG in ihrem Element, während sich bei den Feuerwehrmännern gewisse Unsicherheiten beim Umgang mit einem schwan-

kenden Kahn zeigten. Vor „hautnaher“ Berührung mit dem nassen Element blieben jedoch auch sie verschont.

Dietrich Wirk

## DLRG Hamm und Barmer waren Partner des BVS

„Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ lautete das Motto des Sicherheitswettbewerbes des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS). Neben DRK, JUH, THW, Polizei und Feuerwehr nahm erstmalig für Hamm auch die DLRG Hamm teil. Zweck der Veranstaltung war, Bürgern, die nicht Mitglied der ausrichtenden Organisationen sind, Gelegenheit zu geben, ihr Können und Wissen unter Be-



weis zu stellen. Gefragt waren die Gebiete des Selbst- und Katastrophenschutzes sowie der Sofortmaßnahmen am Unfallort. Gleichzeitig gab es die Möglichkeit, sich anhand von Vorführungen, Dia- und Filmshows zu informieren und sich weiterzubilden.

Für DLRG und Barmer Ersatzkasse war es eine Möglichkeit, vor Ort zu informieren. Hierzu war neben den DLRG-Aktiven auch ein Repräsentant der Hammer Geschäftsstelle der Barmer gekommen. Die schon bisher bewährte Zusammenarbeit zwischen Barmer und DLRG konnte in großem Rahmen einmal mehr gezeigt werden. Broschüren, Plakate, Handzettel und alle anderen Informationen fanden nicht nur bei den Jüngeren Interesse. Dieses war Anlaß genug, die Kontakte noch enger zu knüpfen.

Hermann Gotthardt

## Silvesterschwimmen in der Ruhr

Alljährlich, seit 14 Jahren, startet das traditionelle Silvesterschwimmen in Schwerte an der Rettungsstation. Rettungstaucher aus dem Raum Schwerte,



(Foto: Gotthardt)

von den Ortsgruppen Ergste-Villigst, Westhofen-Garenfeld und Schwerte, treffen sich jedes Jahr mit den Tauchern der DLRG Dortmund zum Jahresabschlußschwimmen.

Insgesamt 30 Taucher, unter ihnen fünf „Amazonen“, begaben sich auf die ca. 4,5 km lange Strecke vom Bootshaus Schwerte bis zum Wehr in Westhofen – bei Wassertemperaturen von ca. 2 bis 4° Celsius und gleichen Außentemperaturen weder für die Taucher noch für die Zuschauer ein reines Vergnügen. Daß Rettungstaucher „harte Männer“ sind, zeigte sich nach einer knappen Stunde: Der größte Teil der gestarteten Schwimmer erreichte das Ziel, der erste nach 45 Minuten, der letzte ca. 30 Minuten später.

Zum Schutz der Schwimmer wurde das Rettungsboot der DLRG Schwerte als Begleitfahrzeug eingesetzt. Die Einsatzfahrzeuge der Ortsgruppen Schwerte und Westhofen nahmen die Schwimmer auf und brachten sie zur Schwerter Station zurück. Hier wurden sie mit warmen Getränken wieder fit gemacht.

A. Sch.

## Feuerwehrlaute wurden DLRG-Rettungsschwimmer

Die Gemeinsamkeiten von DLRG und Feuerwehr wurden in Kirchhain jetzt auf einer sehr praxisorientierten Ebene weiter vertieft: 13 Feuerwehrmänner erhielten die Urkunden und Abzeichen zum Rettungsschwimmerschein in Bronze. Die Ausbildung der „Blauröcke“ erstreckte sich über mehrere Wochen. Im praktischen Teil ging es um Befreiungsgriffe, „an Land“ bringen und Wiederbelebung; im theoretischen Teil standen die biologisch-medizinischen Grundlagen auf dem Programm sowie allgemeine Informationen über Aufgaben und Arbeitsweise der DLRG.

G. Kirschner

# Wassersportfreunde informierten sich über den DLRG-Wach- und Rettungsdienst

Viele zehntausend Besucher waren interessierte Gäste auf dem Ausstellungsstand der DLRG bei der „boot '83“ in Düsseldorf

Die große Zahl der Besucher der diesjährigen Wassersport-Fachausstellung „boot '83“ in Düsseldorf (mit 340 000 Besuchern – Vorjahr 319 000 – wurde ein neuer Rekord verzeichnet) machte erneut deutlich, welch hohen Stellenwert der Wasser-Freizeitsport bei uns einnimmt. Die steigende Beliebtheit dieser Sportart, wird sie nun an Flüssen, an Binnengewässern oder an Nord- und Ostsee ausgeübt, bringt zunehmende Aufgaben auch für den Wach- und Rettungsdienst der DLRG.

Der Landesverband Nordrhein, unterstützt durch das DLRG-Präsidium, nutzte die sich bietende Gelegenheit, durch Errichten eines repräsentativen Informationsstandes ein am Wassersport interessiertes Publikum sowohl über Arbeit und Aufgaben der DLRG wie auch über Gefahren in und am Wasser zu informieren. Mit Erfolg: An neun Messetagen führten die über 60 eingesetzten DLRG-Mitarbeiter Hunderte von Fachgesprächen und verteilten Zehntausende von Informationsschriften, Postern und Plakaten.

bersch



Auch an die jungen Besucher wurde gedacht: Beim Puzzlespiel gab es Wasserbälle, Schirmmützen und Poster zu gewinnen. (Foto: Wieland)



Für die großartige Unterstützung, die der DLRG durch die Messeleitung zuteil wurde, erhielt Kurt Schoop (links), NOWEA-Vorsitzender der Geschäftsführung, aus der Hand von Landesverbandspräsident Jan Schmitz das DLRG-Verdienstzeichen in Silber. (Foto: NOWEA)

Auf 160 Quadratmetern Ausstellungsfläche informierte die DLRG viele zehntausend Wassersportfreunde.

(Foto: NOWEA)



Unter sachkundiger Anleitung konnten Wiederbelebungsvorübungen an einer Übungspuppe unternommen werden.

(Foto: Wieland)



Einer von vielen prominenten Gästen, die den DLRG-Stand aufsuchten: Staatsminister a. D. Dr. Hirsch (3. v. links) informierte sich über technische Details.

(Foto: Hommelsheim)



An der „Infothek“ wurden viele zehntausend Informations- und Werbeproschüren ausgegeben.

(Foto: Wieland)



## Presseschau des Inlands

### Baden-Württemberg: Medizinische Vorsorge soll verbessert werden

Zur Bewältigung von Katastrophen im Friedensfall will das Stuttgarter Sozialministerium die medizinische Vorsorge weiter verbessern. Insbesondere soll die Fortbildung der Ärzte im Bereich Katastrophenschutz sowie die Erstellung von Alarm- und Einsatzplänen in den Krankenhäusern vorangetrieben werden. Dies geht aus der jetzt veröffentlichten Antwort des Sozialministeriums auf einen Antrag der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag hervor. Die gesetzlichen Grundlagen des Katastrophenschutzes sieht die Landesregierung dagegen für ausreichend an. Etwa 1000 Ärzte im Land haben sich laut Angaben über ihre allgemeine Fortbildungsverpflichtung hinaus zur aktiven Mitarbeit im vorbereitenden Katastrophenschutz bereit erklärt. Ziel sei es, in jedem Landkreis bis zu 15 Ärzte zur Verfügung zu haben, deren Namen in Listen erfaßt werden sollen. Darüber hinaus seien rund 160 der 240 Ärzte bei den Sanitätseinheiten des Katastrophenschutzes im vergangenen Jahr mit den Grundlagen der Katastrophenmedizin vertraut gemacht worden. Auch die Seminare über die medizinische Versorgung von Strahlengeschädigten nach einem kerntechnischen Unfall würden fortgesetzt: An ihnen beteiligten sich seit Frühjahr 1981 bereits 130 Ärzte. Neben Kursen für die Amtsärzte im Südwesten seien in den vergangenen zwei Jahren rund 25 Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Katastrophenmedizin“ angeboten worden. Ausreichend sind nach Ansicht des Sozialministeriums die Aufnahmekapazitäten für Katastrophenopfer in den rund 160 leistungsfähigsten Krankenhäusern des Landes. Das Ministerium will nach eigenen Angaben in Kürze allen Krankenhäusern einen Modell-Alarm- und -Einsatzplan zuleiten, der als Anleitung für die Katastrophenpläne der Krankenhäuser dienen solle.

(Stuttgarter Zeitung)

### Staatssekretär Spranger: Kein Verzicht auf Sirenen- proben

Sirenenproben im gesamten Bundesgebiet werden auch in Zukunft stattfinden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, erklärt dazu:

Die Sirenenproben müssen im Gesamtzusammenhang einer Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gesehen werden. Zivilschutzmaßnahmen werden nicht ergriffen, weil wir mit dem Eintritt einer politisch-militärischen Krise, die zu einem Verteidigungsfall führen könnte, rechnen, sondern weil wir eine solche Entwicklung nicht mit Sicherheit ausschließen können. Die Vorsorge für einen solchen Fall ist eine aus der Verantwortung für unsere Bevölkerung entspringende Verpflichtung.

Einer Gefahr kann nur dann begegnet werden, wenn rechtzeitig vor ihr gewarnt wird. Diese Voraussetzung soll durch das Warnsystem geschaffen werden,

### Fundsachen

„Obwohl mit einer **schlafkräftigen** Streitmacht ausgerüstet, würden die Franzosen unter einem nuklearen Konflikt in Europa am dramatischsten zu leiden haben.“

(Der berüchtigte Druckfehlerteufel in Zivilschutz-Magazin 12/82, Seite 60)

Nicht weniger als elf Termine für einen Weltuntergang haben selbsternannte Propheten und Astrologen bis zum Jahre 2000 vorhergesagt. So hat es der katholische Theologe Rhaban Lammeyer aus Würzburg ermittelt. Aus seiner Übersicht über jene „Termine“ geht hervor, daß sich gerade in diesem Jahr, also siebzehn Jahre vor der Jahrtausendwende, solche apokalyptische Stimmung mehr verbreitet als zuvor. Die Jahre 1984, 1986, 1988, 1993 und 1998 werden jeweils einmal erwähnt; für das Jahr 1999 indes wird gleich von drei Propheten das Weltende geweissagt. Im Jahre 2000 dagegen sehen nur zwei Hellseher das Weltende kommen, ein Nachzügler gar erst im Jahre 2008.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

das sich als technisches Medium der Sirenen bedient. Ihre Funktion können die Sirenen nur dann erfüllen, wenn sie jederzeit einsatzbereit sind. Die regelmäßige Erprobung der Sirenen dient dem Zweck, dieses festzustellen.

Die Sirenenwarnung ist trotz der Verkürzung der Vorwarnzeiten bei Einsatz von Raketen nach wie vor sinnvoll. Denn die Warnung soll nicht nur einzelne Objekte oder Regionen erreichen, sie ist vielmehr auf den Schutz der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet ausgerichtet.

Der Unterrichtung darüber, wie sich die Bevölkerung im Alarmfall unter Ernstfallbedingungen verhalten sollte (Abhören von Rundfunkdurchsagen und Aufsuchen von Schutzräumen oder sonstigen Schutzmöglichkeiten), dient eine umfassende Aufklärungstätigkeit der örtlichen Organe des Selbstschutzes, die vom Bundesverband für den Selbstschutz hierfür ausgebildet und mit dem erforderlichen Informationsmaterial versehen werden.

(Gefahrenabwehr,  
SVA-Pressedienst Bonn)

Die Ursache von nicht weniger als 59 Bränden ist in der amerikanischen Stadt Dickson City (Pennsylvania) schlagartig ermittelt worden:

Die Polizei nahm den Feuerwehrhauptmann und sieben Feuerwehrmänner fest; sie gestanden, in den vergangenen fünf Jahren die Brände aus Langeweile und aus Löscheifer gelegt zu haben. In einigen Fällen sei auch „ein wenig geplündert“ worden, gaben die Festgenommenen zu.

Die eifrige „Fire-Brigade“ hat unter anderem eine Schule, mehrere Verwaltungsgebäude, eine Möbelgroßhandlung und eine Mehlfabrik in Flammen aufgehen lassen.

(Agence France Press)

... und dann war da noch der hoffnungsvolle Sohn, der zu seinem Vater sagte: „Soll ich Dir jetzt gleich über die erste Fahrt mit Deinem neuen Auto berichten, oder möchtest Du es lieber morgen früh in aller Ruhe und ausführlich in der Zeitung lesen?“

## Presseschau des Auslands

### Frankreich: Streitfragen zum Zivilschutz

Eine alte Geschichte erzählt, daß sich ein Mann einen Kanister geborgt hatte, den er dem Eigentümer in schleimem Zustand zurückgab, denn der Kanister hatte ein Loch. Als der verärgerte Besitzer des Kanisters Vorwürfe machte, sagte der Mann: „Erstens haben Sie mir niemals den Kanister ausgeliehen. Zweitens habe ich Ihnen den Kanister unversehr zurückgegeben. Und drittens war das Loch schon vorher da.“

Dies ist eine Argumentation derart, wie man sie auch manchmal hören kann, wenn es um die Frage des Nutzens des Zivilschutzes in Kriegszeiten geht.

Wie die Anekdote kann die Diskussion über den Zivilschutz folgenden Tenor haben:

Erstens nützt der Zivilschutz nichts, denn in einem zukünftigen Atomkrieg, der ja tatsächlich möglich ist, kann keiner seine Haut retten.

Zweitens werden die Überlebenden umgeben sein von Ruinen, wo das Leben abscheulich sein wird.

Und drittens ist es eine Schande, daß die Regierung so wenig unternimmt, um den Zivilschutz zu organisieren und voranzutreiben.

Der Streit für oder gegen den Zivilschutz ist oft mit Leidenschaft und Verbissenheit geführt worden. Gründe wurden sehr weit in politischen, moralischen und vor allem religiösen Bereichen gesucht. Beim Studium der beeindruckenden Liste der Argumente pro und kontra kann man sich eine Vorstellung von dieser Streitfrage machen:

- Der Zivilschutz ist eine organisierte Illusion;
- der Zivilschutz ist eine humanitäre Einrichtung, die weder verboten noch verhindert werden darf gemäß der Genfer Konvention;

- während wir alle unsere Anstrengungen auf die Abschreckung oder Abrüstung konzentrieren, kann sich der Atomkrieg bereits ausgebreitet haben;
- das moderne Kriegsbild ist charakterisiert durch den Gebrauch nuklearer Waffen, Atombomben;
- der Schutzraum bietet keine Überlebenschance. Unsere wahre Chance kann nur der Frieden sein, folglich die Abschreckung oder die Abrüstung;
- da wir nicht wissen, ob die Abkommen über die Abrüstung eines Tages zum Abschluß kommen, müssen wir uns für den Ernstfall vorbereiten;
- die Nicht-Kriegsführung schützt kein Land vor Radioaktivität;
- die Konstruktion und Einrichtung des Schutzraumes veranlassen die möglichen Gegner, ganz einfach noch leistungsfähigere Bomben herzustellen; aber die Wahrheit ist, daß es sogar im Fall einer Explosion der fürchterlichsten Wasserstoffbombe oder Atombombe immer eine Randzone gibt, in der Schutzmaßnahmen wirksam sind.

Mit einem Lächeln sagen die Verleumder des Zivilschutzes:

- es ist reiner Wahnsinn, die Hölle herausfordern zu wollen und sich auf den Kopf eine Aktentasche zu legen, um sich zu schützen;
- der Zivilschutz gibt uns die Illusion einer Sicherheit, die nicht existiert.

Schlagkräftig antworten die Verteidiger des Zivilschutzes und behaupten, daß die Schutzräume eine große Überlebenschance bieten.

Die Gegner fahren fort: Zivilschutz heißt, den Todeskampf zu verlängern.

Die Anhänger versichern: Dank der Schutzmaßnahmen ist ein Überleben möglich.

Man tritt auch gegen den Zivilschutz auf und behauptet, er sei ein Bestandteil der psychologischen Abwehr, schaffe ein Gefühl der Drohung und schüre die Angst in der Bevölkerung.

Darauf kann man antworten, daß nur naive, dumme Menschen und Utopisten die wahre Weltsituation und die Realität verkennen . . .

(Securité Civile et Industrielle, Paris)

### Schwedens wirtschaftliche Landesverteidigung

In Schweden ist die Generaldirektion der „Wirtschaftlichen Landesverteidigung“ für die Sicherstellung der Bevor-

ratung in allen Bereichen verantwortlich. Es handelt sich dabei um die Versorgung mit Lebensmitteln, Bekleidung, Licht, Wärme, Wasser, Rohstoffen und Medikamenten; aber auch um die Bereitstellung ausreichender Transportmittel, Arbeitskräfte, Zahlungsmittel und die Koordinierung kriegswichtiger Produktionen. Heute gelten mehr als 20000 Unternehmen als unentbehrlich für die Landesverteidigung im Verteidigungsfall. Sie müssen also in die Bereitschaftsplanungen einbezogen werden.

Unter Leitung der Generaldirektion werden wohlsortierte Depots unterhalten, die zum großen Teil in atomisierteren Felsenbunkern untergebracht sind. Der Wert dieser Vorratslager beläuft sich nach amtlichen Angaben auf mehr als eine Milliarde Dollar. Insgesamt sind zwei Millionen Schweden in die wirtschaftliche Verteidigung einbezogen. Dazu gehören auch die Instandsetzungsdienste für den Maschinen- und Baubereich. Obwohl diese Spezialkräfte der militärischen Leitung unterstehen, stützen sie sich auf zivile Unternehmen, die bereits auf ihre Aufgaben vorbereitet sind.

Im Dienste der Gesamtverteidigung stehen auch die staatliche Postverwaltung, die kommunalen Dienstleistungsbetriebe und die Krankenhausorganisation. Zahlreiche Schulen sind als Hilfslazarette vorgesehen. Das dafür erforderliche Personal rekrutiert sich aus Fachkräften, die durch ein Dienstpflichtgesetz schnell mobilisiert werden können. Als äußerster wichtiger Bestandteil der Gesamtverteidigung gilt auch die wahrheitsgetreue Nachrichtenübermittlung, die als das beste Gegenmittel wider die Feindpropaganda angesehen wird.

(„Gefahrenabwehr“,  
SVA-Pressedienst Bonn)

### London schafft Zivilschutz ab

Die vom linken Labour-Flügel beherrschte Verwaltung der britischen Hauptstadt London unter Führung von Bürgermeister Ken Livingstone plant die Abschaffung aller Zivilschutzanlagen. Nachdem sich London per Beschluß des Stadtparlaments bereits zur „nuklearfreien Zone“ erklärt hat, wurde jetzt ein Rechtsgutachten vorgelegt, das alle von der Regierung in London erstellten Zivilschutzanlagen als illegal und „aufgezwungen“ bezeichnet. Dem Beispiel der Themse-Metropole wollen sich 140 andere britische Gemeinden anschließen, die ebenfalls „atomfrei“ sind.

(Frankfurter Rundschau)

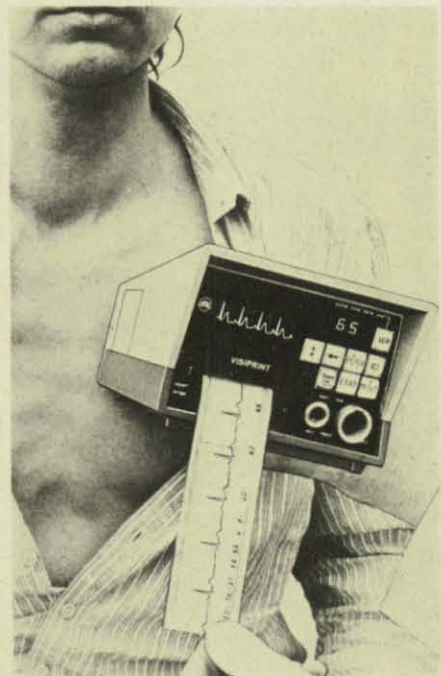


# Wissenschaft & Technik

## Sichtgerät für schnelle Herzdiagnose

Für den Einsatz am Unfallort, im Notarztwagen, im Rettungshubschrauber oder auch in der Sportmedizin wurde ein neues, kleines, batteriebetriebenes, automatisch arbeitendes EKG-Sichtgerät mit Schreiber für die schnelle Herzdiagnose entwickelt. Das kleine tragbare Gehäuse umfaßt Elektro-Kardioskop und EKG-Schreiber sowie Elektroden. Strahlengeschwindigkeit, sieben Ableitungsarten, EKG-Amplitude, Filter, beep und Registrierung sowie automatische Abläufe können am Tastenfeld gewählt werden. Das Gerät kann direkt präcordial auf die Brust aufgesetzt werden für die Schnelldiagnose im Notfall. Ein Patientenkabel steht für die Dauerüberwachung zur Verfügung.

Die technischen Daten des EKG-Sichtgerätes sehen wie folgt aus: Eingangsempfindlichkeit: 4/2/1/0,5 cm/mV; Strahlgeschwindigkeit: 6/12/25 mm pro sec; Frequenzbereiche: 0,1 bis 80 Hz für die Diagnose, 1 bis 30 Hz für die Überwachung, 50 Hz (60 Hz) Sperrfilter zur Netzbrumm-Unterdrückung. Abmessungen des Bildschirms:



30 mm x 40 mm; Registrier-Breite: 30 mm. Registrier-Papier: 30 m lang, gefalteter Metall-Papier-Pack, LCD-Anzeige: 4 Ziffern 8 mm hoch. Ableitungsarten: über integrierte Dreibein-Elektrode oder Extremitäten-Kabel. Stromversorgung: Ni-Cd-Batterien sind eingebaut, Ladegerät separat. Abmessungen: 100 mm hoch, 136 mm breit, 305 mm lang. Nettogewicht: 2,1 kg.

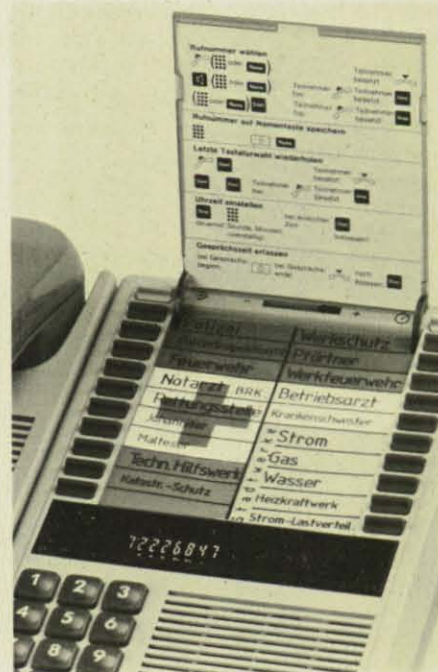
(Werkfoto: Hugo Sachs Elektronik)

## Namentaste ruft Polizei und Feuerwehr

Wenn es um die Sicherheit von Menschen und um den Schutz von Betriebsanlagen geht, sind schnelle Telefonverbindungen sehr wichtig. Der Namentaster-Fernsprecher, der jetzt auf den Markt gekommen ist, gewährt ein rasches und ohne langes Suchen mögliches Erreichen der Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen, aber auch der Betriebswachen für Strom, Gas und Wasser. Mit dem Gerät, das bis zu 40 Ziele speichern kann, haben auch Sicherheitsbeauftragte und Pförtner eine Hilfe.

Alle wichtigen Rufnummern werden über die Wähltastatur eingegeben und bei Bedarf durch einfaches Drücken der zugeordneten Namentaste ausgesendet. Auch bei Stromausfall bleiben die Rufnummern gespeichert. Mit dem Leistungsmerkmal „Lauthören“ kann der Benutzer den Verbindungsaufbau akustisch ohne Abnehmen des Hörers verfolgen. Auch während des Gesprächs läßt sich der Lautsprecher einschalten, Anwesende sind dann gleich ohne weitere Erklärungen informiert.

(Werkfoto: Siemens)



## Für die Erstversorgung von Brandverletzungen

Auf den Markt gekommen ist ein Spezialset, das für die Erstversorgung von schweren Brandverletzungen entwickelt wurde. Die Firma, eine Spezialfabrik für Sanitätsausrüstungen, hält das Set überall dort für erforderlich, wo eine erhöhte Gefahr von Verbrennungen durch elektrischen Strom, offenes Feuer, heiße Flüssigkeiten, Dämpfe, Säuren oder Laugen besteht.

Die praktische Tasche enthält zwei Teile: Im Teil 1 befinden sich metallisierte Spezialverbände für Kopf, Torso, Hand, Arm und Bein. In Teil 2 sind die zur akuten Schockprophylaxe erforderlichen



Mittel. Das Spezialset, so wirbt die Firma, sei die „entscheidende Ergänzung zu bestehenden Erste-Hilfe-Einrichtungen“.

Die Doppeltasche ist aus wärmestrahlendem Material angefertigt und hat eine Faltgröße von 39 x 28 x 16 cm bei einem Gewicht von ca. 1.500 g. Durch Klettenverschlüsse wird die Tasche problemlos geöffnet und geschlossen. Folgende Produkte, die im Hochvakuumverfahren mit reinem Aluminium bedampft sind, enthält Teil 1 des Sets: 1 metallisierte Kopfverbandhaube, 1 metallisierter Armverband, 1 metallisierter Handverband, 1 metallisierter Beinverband, 1 Verbandtuch 60 x 80 cm, 1 Verbandtuch 120 x 80 cm und 1 Rettungsdecke 220 x 80 cm.

In Teil 2 befinden sich: 6 Beutel Trinkwasser à 100 ml, ca. drei Jahre haltbar, 1 Beutel Pulver zur Herstellung einer Elektrolytlösung, 1 Röhrchen Natrontabletten, 1 Trinkklappbecher, 1 Einnehmelloffel, 2 flexible Trinkhalme, 6 Augenkompressen, 5 Alu-Kompressen, 1 Rolle Leukoplast 5 x 2,5 cm, 1 Erste-Hilfe-Kleiderschere und Freiraum für Infusionslösungen.

Die Tasche kann überall problemlos angebracht und bereitgehalten werden und ist durch ihre silberfarbene Oberfläche leicht erkennbar.

# Neue Bücher

## Vom Luftschutz zum Zivilschutz

Von Robert Aeberhard  
Verlag Vogt-Schild AG, Solothurn,  
Schweiz

„Ich habe mir die Aufgabe gestellt, diese Jahre und Jahrzehnte des beispiellosen Aufbaues eines genügenden zivilen Bevölkerungsschutzes in Wort und Bild festzuhalten und vor der Vergessenheit zu bewahren“ – so schreibt Robert Aeberhard, Informationschef des Schweizer Bundesamtes für Zivilschutz, im Begleittext seines jüngst erschienenen Buches „Vom Luftschutz zum Zivilschutz“. Mit „diesen Jahren und Jahrzehnten“ meint der Autor die Zeit, in der das Wettrennen zwischen der Entwicklung von Waffen und der Schaffung entsprechender Schutzvorkehrungen stattfand. Er unterscheidet zwischen dem passiven Luftschutz als „Antwort auf die skrupellose Verwendung jener Waffensysteme, welche ihre tödlichen Wirkungen über die militärischen Fronten hinweg bis tief ins (zivile) Hinterland hineinzutragen vermögen“, und dem „modernen Zivilschutz“ als Antwort auf die diabolische Waffe – die Atombombe – mit ihrer ungeheuren Zerstörungskraft.

Das 200 Seiten umfassende, mit vielen farbigen und Schwarzweißbildern illustrierte Buch erschien als „Jubiläumsausgabe“: 20 Jahre Zivilschutz in der Schweiz, 20 Jahre Bundesamt für Zivilschutz in der Schweiz, 30 Jahre Schweizerischer Zivilschutzverband und – im nächsten Jahr – 50 Jahre ziviler Bevölkerungsschutz in der Schweiz. Die Jubiläen waren Anlaß für den Autor, den ersten und bisher einzigen Bildband über das Werden und Wirken des zivilen Bevölkerungsschutzes in der Schweiz herauszubringen. Das Buch hat einen hohen historischen Erinnerungswert und gleichzeitig einen aktuellen Bezug zu den heutigen und kommenden Aufgaben des Zivilschutzes.

Im Vorwort schreibt der Direktor des Schweizer Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Mumenthaler, über den in der Schweiz verfassungsmäßig verankerten

Zivilschutz und über das Schutzbautengesetz, mit dem die rechtliche Grundlage für die Verwirklichung eines umfassenden Bevölkerungsschutzes gegeben wurde.

Im einzelnen geht Aeberhard auf die Historie, die Schutzmaßnahmen im Altertum und Mittelalter bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts, ein; es folgen die Darstellungen des Ersten Weltkrieges, der zwanziger Jahre mit den Narben des Krieges. Dann kommen die neuen Gewitterwolken über Europa in den dreißiger Jahren mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die Wiedergeburt des baulichen Zivilschutzes in der Schweiz in den fünfziger Jahren, die Zivilschutz-Gesetzgebung in den sechziger Jahren, bis hin zur modernen Zivilschutzkonzeption in den siebziger Jahren.

Auch der Ausblick auf die kommenden Jahre sowie die Ausbildung und der Einsatz des Schutzdienstleistenden kommen in dem Buch zur Sprache – ein informativer und übersichtlicher Bildband über den Schweizer Zivilschutz, der in der Welt als wohl einzigartig in seinem Aufbaustand dasteht.

## Im Brennpunkt: Die Feuerwehren der Welt

Band III  
Weltrundschau Verlag AG, Freiburg

Der dritte Band der Reihe präsentiert sich unter dem Untertitel „Im Zeichen der Technik“. Mit ihm wird das mit den beiden vorausgegangenen Bänden „Faszination“ und „Werden und Wesen der Feuerwehr“ begonnene Werk konsequent fortgesetzt.

Der großformatige Band ist sehr repräsentativ gestaltet und mit überwiegend mehrfarbigen Fotos reich bebildert. Etwa die Hälfte der Fotos wurde speziell für dieses Buch auf ausgedehnten Reisen aufgenommen. Die übrigen Bilder stammen zum größten Teil aus den Archiven der Feuerwehren oder wurden von der Zulieferindustrie zur Verfügung gestellt.

Der vorliegende Band gliedert sich in sechs Hauptkapitel, die sich im wesentlichen aus den Aufgaben der Feuerwehr ergeben: Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung, Krankentransport und Rettungsdienst, Schutz des Feuerwehrmannes, Fernmeldewesen/Einsatzleitung und Normung.

Grundsatzartikel über Aufgaben und Aufbau der verschiedenen Fahrzeug- und Gerätetypen leiten jeweils den Bildteil ein, der Fahrzeuge und Geräte verschiedenster Hersteller und Nationen zeigt. Dabei wurden repräsentative Typen von jeder Fahrzeugart und darüber hinaus bemerkenswerte Besonderheiten, die durch Konstruktion, Dimension oder Leistung hervorstechen, ausgewählt.

Das Werk erhebt nicht den Anspruch, ein technisches Lehrbuch oder ein Nachschlagewerk über die Feuerwehren der Welt zu sein. Die zahlreichen kompetenten Autoren aus Feuerwehr und Feuerwehrgeräteindustrie wollen mit ihren Beiträgen dem interessierten Leser die Tätigkeit der Feuerwehren in aller Welt anhand von Beispielen auf lebendige und anschauliche Weise näherbringen.

Durch seine aufwendige und geschmackvolle Gestaltung bietet sich der Band auch als Präsent bei festlichen Anlässen in Feuerwehrkreisen besonders an.

## Das Taktikschema – Merkblätter zur Feuerwehr-Einsatzlehre

Von Heinrich Schläfer  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Lösung taktischer Probleme ist dem Feuerwehrrührer nur durch eine entsprechende Schulung in der Einsatzlehre möglich. Die vorliegende Veröffentlichung soll ein Hilfsmittel bei der Ausbildung der Gruppen- und Zugführer sein, sie dient als Arbeitsunterlage bei Planübungen sowie zur Vor- und Nachbereitung von Einsatzübungen.

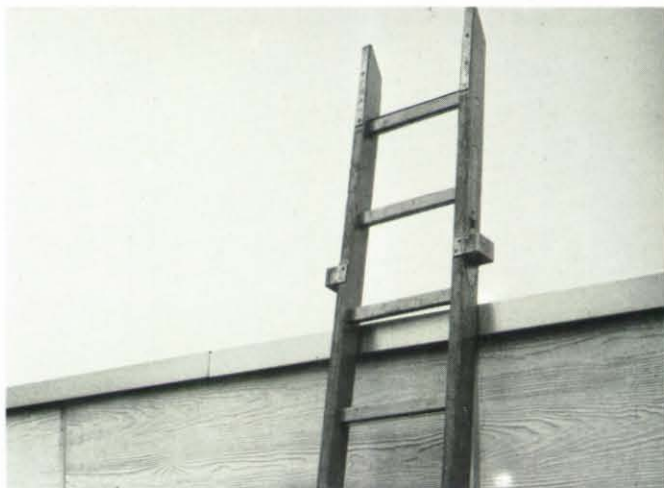
Die einzelnen Phasen des für die Lösung taktischer Aufgaben bewährten Denk- und Handlungsablaufs werden anschaulich beschrieben und durch zugehörige Merkblätter verdeutlicht. Das „Regelungstechnische Blockschema eines Feuerwehr-Einsatzes: Taktikschema“ wird ebenso erläutert wie die Grundbegriffe der Führungsorganisation. Da die Gruppen- und Zugführer auch mit Aufgaben der Technischen Einsatzleitung betraut werden können, schließt sich ein kurzer Abriss über Aufgaben und Organisation einer TEL an.

Paul Claes

## Das Minimagazin

### Safety first – im Brandschutzdienst

Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht  
sich auf die Unfallverhütungsvorschrift  
Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Anlegeleitern dürfen nur an sichere Stützpunkte angelegt werden. Glasscheiben, Spanndrähte, Stangen, unverschlossene Türen usw. sind keine sicheren Stützpunkte (§ 23 UVV „Leitern und Tritte“).

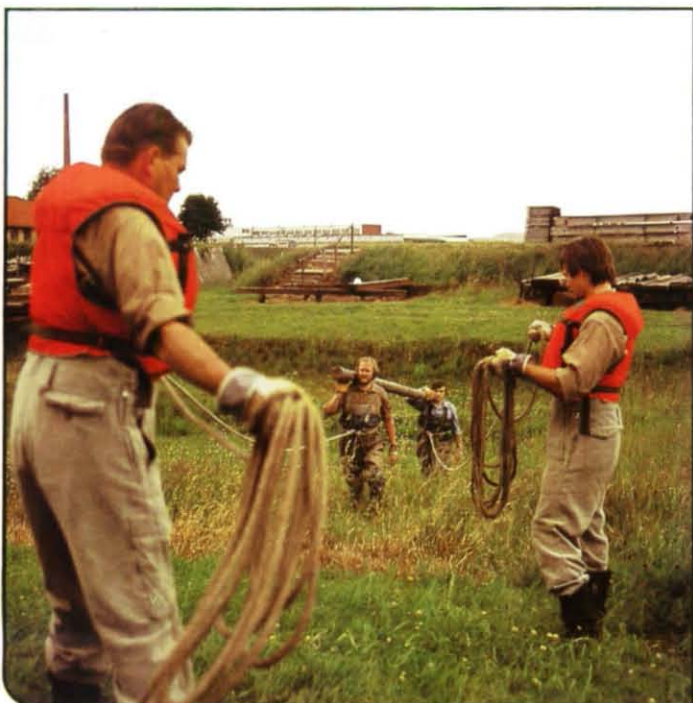
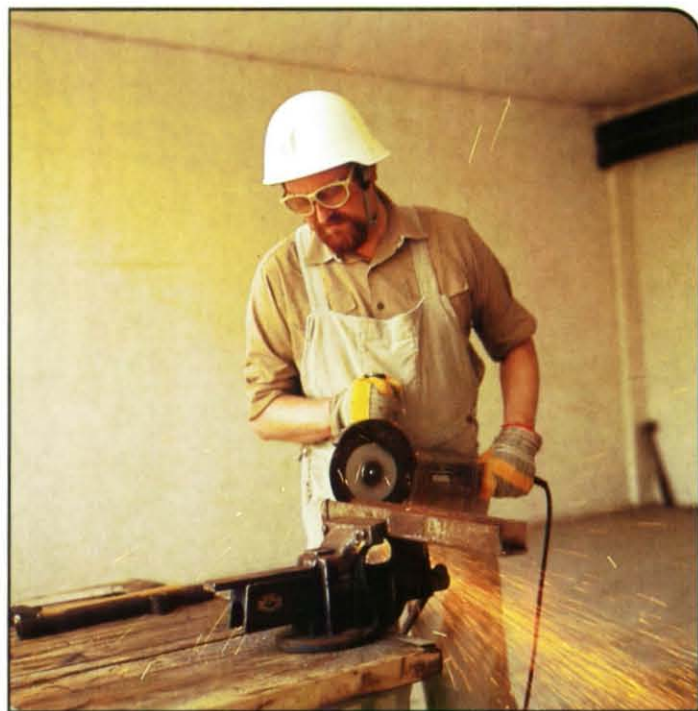


Feuerwehroleitern sind so zu lagern und zu transportieren, daß dabei Verletzungen vermieden werden (§ 20).



Geräte und Ausrüstungen können dann sicher untergebracht werden, wenn für sie in genügender Zahl und Größe zweckmäßig gestaltete Ablagen vorhanden sind, welche die Verkehrswege nicht einengen (D zu § 9).

## Die Praxis des Prüfens erlernen



Die Grundausbildung ist die Basis der Ausbildung im Technischen Hilfswerk. Danach erst schließt sich eine spezielle Fach- und die Gemeinschaftsausbildung für die Helfer an. Der erste Ausbildungsgang findet auf Ortsverbandsebene nach dem „Ausbildungs- und Prüfungskatalog für die Grundausbildung“ statt. Zwischenprüfungen und Abschlußprüfung stellen den Wissens- und Leistungsstand der Helfer in bestimmten Teilgebieten fest.

Die dafür benötigten „Prüfer Grundausbildung“ werden in Sonderlehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, für diese Aufgabe ausgebildet. In praktischen Unterweisungen schulen die Lehrgangsteilnehmer ihr Auge für auftretende Fehler und üben sich darin, diese praxisgerecht zu beurteilen.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen einzelne praktische Aufgaben aus der Grundausbildung, die zur Prüfung gehören (siehe auch Beitrag im Innern dieses Heftes).